

# Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 15/2023

28. August 2023

## Inhaltsverzeichnis

<b>Gesetz über die Wahlen zum Sächsischen Landtag (Sächsisches Wahlgesetz – SächsWahlG) vom 11. August 2023 .....</b>	<b>598</b>	Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Förderschulen vom 31. Juli 2023 .....	630
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Ausbildung und Prüfung im Vorbereitungsdienst der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Finanz- und Steuerverwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt Staatsfinanzverwaltungsdienst (Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung Staatsfinanzverwaltungsdienst – SächsAPOSTF) vom 31. Juli 2023 .....	616	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Fachschule im Freistaat Sachsen (Schulordnung Fachschule – FSO) vom 31. Juli 2023 .....	638
Vierundzwanzigste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der Sächsischen E-Justizverordnung vom 2. August 2023.....	626	Berichtigung der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften über die schulische Bildung und Prüfung an allgemeinbildenden Gymnasien vom 8. August 2023 .....	668
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Umsetzung der Neuregelungen bei der Finanzierung der Kindertagesbetreuung vom 31. Juli 2023 .....	627	Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das Inkrafttreten von Staatsverträgen vom 25. Juli 2023 .....	669
		Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das Inkrafttreten von Staatsverträgen vom 28. Juli 2023 .....	670

# Gesetz über die Wahlen zum Sächsischen Landtag (Sächsisches Wahlgesetz – SächsWahlG)

**Vom 11. August 2023**

Der Sächsische Landtag hat am 5. Juli 2023 das folgende Gesetz beschlossen:

## Inhaltsübersicht

### Teil 1 Wahlsystem

- § 1 Zusammensetzung des Sächsischen Landtages und Wahlrechtsgrundsätze
- § 2 Einteilung des Wahlgebietes
- § 3 Wahlkreiskommission und Wahlkreiseinteilung
- § 4 Direkt- und Listenstimmen
- § 5 Wahl in den Wahlkreisen
- § 6 Wahl nach Landeslisten

### Teil 2 Wahlorgane

- § 7 Wahlorgane
- § 8 Berufung der Wahlorgane
- § 9 Tätigkeit der Wahlausschüsse und Wahlvorstände
- § 10 Ehrenämter

### Teil 3 Wahlrecht und Wählbarkeit

- § 11 Wahlrecht
- § 12 Ausschluss vom Wahlrecht
- § 13 Ausübung des Wahlrechts
- § 14 Wählbarkeit
- § 15 Ausschluss von der Wählbarkeit

### Teil 4 Vorbereitung der Wahlen

- § 16 Wahltag, Wahlzeit
- § 17 Wählerverzeichnis und Wahlschein
- § 18 Wahlvorschlagsrecht, Beteiligungsanzeige
- § 19 Einreichung der Wahlvorschläge
- § 20 Inhalt und Form der Kreiswahlvorschläge
- § 21 Aufstellung von Parteibewerberinnen und Parteibewerbern
- § 22 Vertrauensperson
- § 23 Zurücknahme von Kreiswahlvorschlägen
- § 24 Änderung von Kreiswahlvorschlägen
- § 25 Beseitigung von Mängeln
- § 26 Zulassung der Kreiswahlvorschläge
- § 27 Landeslisten
- § 28 Zulassung der Landeslisten
- § 29 Stimmzettel

### Teil 5 Wahlhandlung

- § 30 Öffentlichkeit der Wahlhandlung
- § 31 Unzulässige Wahlbeeinflussung
- § 32 Wahrung des Wahlheimnisses
- § 33 Wahlräume
- § 34 Stimmabgabe mit Stimmzetteln
- § 35 Briefwahl

### Teil 6 Feststellung des Wahlergebnisses

- § 36 Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk
- § 37 Feststellung des Briefwahlergebnisses
- § 38 Ungültige Stimmen, Zurückweisung von Wahlbriefen, Auslegungsregeln
- § 39 Entscheidung des Wahlvorstandes
- § 40 Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis
- § 41 Feststellung des Ergebnisses der Wahl nach Landeslisten

### Teil 7 Besondere Vorschriften für eine Nachwahl oder Wiederholungswahl

- § 42 Nachwahl
- § 43 Wiederholungswahl

### Teil 8 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag

- § 44 Erwerb der Mitgliedschaft im Landtag
- § 45 Verlust der Mitgliedschaft im Landtag
- § 46 Entscheidung über den Verlust der Mitgliedschaft
- § 47 Berufung von Mandatsnachfolgerinnen und Mandatsnachfolgern sowie Ersatzwahlen

### Teil 9 Schlussbestimmungen

- § 48 Anfechtung
- § 49 Ordnungswidrigkeiten
- § 50 Staatliche Mittel für Träger von Wahlvorschlägen
- § 51 Wahlkosten
- § 52 Wahlstatistik
- § 53 Landeswahlordnung
- § 54 Verwaltungsvorschriften
- § 55 Fristen, Termine und Form
- § 56 Einschränkung von Grundrechten
- § 57 Inkrafttreten und Außerkrafttreten

### Teil 1 Wahlsystem

#### § 1 Zusammensetzung des Sächsischen Landtages und Wahlrechtsgrundsätze

(1) Der Sächsische Landtag (Landtag) besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus 120 Abgeordneten. Sie werden auf die Dauer von fünf Jahren in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl nach einem Verfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl mit den Grundsätzen der Verhältniswahl verbindet.

(2) Von den Abgeordneten werden 60 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeslisten gewählt.

## **§ 2 Einteilung des Wahlgebietes**

(1) Die Einteilung des Freistaates Sachsen (Wahlgebiet) in Wahlkreise ergibt sich aus der Anlage zu diesem Gesetz.

(2) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, die Anlage zu diesem Gesetz erneut bekannt zu machen, wenn die Gebietsbeschreibung unrichtig geworden ist.

(3) Jeder Wahlkreis wird für die Stimmabgabe in Wahlbezirke eingeteilt.

## **§ 3 Wahlkreiskommission und Wahlkreiseinteilung**

(1) Die Landtagspräsidentin oder der Landtagspräsident ernennt eine ständige unabhängige Wahlkreiskommission. Sie besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, einer Richterin oder einem Richter des Sächsischen Obergerichts und drei weiteren Mitgliedern.

(2) Die Wahlkreiskommission hat die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie im Hinblick darauf für erforderlich hält. Sie kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15 Prozent abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 Prozent, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
2. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
3. Die Grenzen der Gemeinden, Verwaltungsverbände, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländerinnen und Ausländer (§ 2 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes) unberücksichtigt.

(3) Der Bericht der Wahlkreiskommission ist dem Staatsministerium des Innern zur Mitte der Wahlperiode des Landtages zu erstatten. Das Staatsministerium des Innern leitet den Bericht unverzüglich der Landtagspräsidentin oder dem Landtagspräsidenten zu und veröffentlicht ihn im Sächsischen Amtsblatt.

(4) Zur nötigen Neuabgrenzung der Wahlkreise hat die Staatsregierung dem Landtag rechtzeitig vor der nächsten Landtagswahl einen Gesetzentwurf zur Änderung der Anlage zum Landeswahlgesetz vorzulegen.

## **§ 4 Direkt- und Listenstimmen**

Jede Wählerin und jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Direktstimme für die Wahl einer oder eines Wahlkreisabgeordneten (Direktbewerberin oder Direktbewerber) und eine Listenstimme für die Wahl einer Landesliste einer Partei.

## **§ 5 Wahl in den Wahlkreisen**

In jedem Wahlkreis wird eine Wahlkreisabgeordnete oder ein Wahlkreisabgeordneter gewählt. Gewählt ist die Direktkandidatin oder der Direktkandidat, die oder der die meisten Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das von der Kreiswahlleiterin oder dem Kreiswahlleiter zu ziehende Los.

## **§ 6 Wahl nach Landeslisten**

(1) Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf Prozent der abgegebenen gültigen Listenstimmen erhalten oder in mindestens zwei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben.

(2) Von der Gesamtzahl der Abgeordneten (§ 1 Absatz 1) wird die Zahl jener erfolgreichen Wahlkreisbewerberinnen und Wahlkreisbewerber (Direktkandidatinnen und Direktkandidaten) abgezogen, die nicht von einer nach Absatz 1 zu berücksichtigenden Partei vorgeschlagen worden sind.

(3) Die nach Absatz 2 verbleibenden Sitze werden auf die gemäß Absatz 1 berücksichtigungsfähigen Parteien nach dem Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë verteilt: es werden die für jede Landesliste einer Partei insgesamt abgegebenen Listenstimmen zusammengezählt und die Gesamtstimmenzahl einer jeden Landesliste nacheinander solange durch 0,5, 1,5, 2,5, 3,5 und so weiter geteilt, bis so viele Höchstzahlen ermittelt sind, wie Sitze zu vergeben sind. Jeder Landesliste wird dabei der Reihe nach so oft ein Mandat angerechnet, als sie jeweils die höchste Teilungszahl aufweist. Ergeben sich für den letzten Sitz oder die letzten Sitze gleiche Höchstzahlen für eine größere Anzahl von Landeslisten, als Sitze zu vergeben sind, entscheidet das von der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter zu ziehende Los.

(4) Erhält bei der Verteilung der Sitze nach Absatz 3 eine Landesliste, auf die mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Listenstimmen aller zu berücksichtigenden Landeslisten entfallen ist, nicht mehr als die Hälfte der zu vergebenden Sitze, wird ihr von den nach Absatz 3 zu vergebenden Sitzen abweichend von Absatz 3 zunächst ein weiterer Sitz zugeteilt. Die restlichen Sitze werden dann nach Absatz 3 zugeteilt.

(5) Von der für jede Landesliste so ermittelten Zahl der Sitze werden die von der Partei in den Wahlkreisen errungenen Direktmandate abgezogen. Die restlichen Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Bewerberinnen und Bewerber, die in einem Wahlkreis direkt gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt. Entfallen auf eine Landesliste mehr Sitze, als Bewerberinnen und Bewerber benannt sind, so bleiben diese Sitze unbesetzt.

(6) In den Wahlkreisen errungene Direktmandate verbleiben einer Partei auch dann, wenn die Summe dieser Sitze die nach den Absätzen 3 und 4 ermittelte Zahl übersteigt (Überhangmandate). Die übrigen Landeslisten erhalten Ausgleichsmandate, wenn auf sie höhere Höchstzahlen entfallen als auf das letzte Überhangmandat. Die Zahl der Ausgleichsmandate darf die der Überhangmandate nicht übersteigen. Die Gesamtzahl der Abgeordneten (§ 1 Absatz 1) erhöht sich um die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate.

## Teil 2 Wahlorgane

### § 7 Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind

1. die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter und der Landeswahlausschuss für das Wahlgebiet,
2. eine Kreiswahlleiterin oder ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuss für jeden Wahlkreis,
3. eine Wahlvorsteherin oder ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
4. mindestens eine Wahlvorsteherin oder ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses.

(2) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter kann bestimmen, dass für mehrere benachbarte Wahlkreise eine gemeinsame Kreiswahlleiterin oder ein gemeinsamer Kreiswahlleiter bestellt und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet wird.

(3) Die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter kann anordnen, dass Briefwahlvorstände statt für den Wahlkreis für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für einzelne Kreise innerhalb des Wahlkreises einzusetzen sind. Sie oder er bestimmt die Anzahl der Briefwahlvorstände und bei mehreren Gemeinden die mit der Briefwahldurchführung betraute Gemeinde.

### § 8 Berufung der Wahlorgane

(1) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter sowie die Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleiter und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden vom Staatsministerium des Innern berufen.

(2) Die Wahlausschüsse bestehen aus der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter als Vorsitzender oder Vorsitzendem und sechs von ihr oder ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzerinnen und Beisitzern. Für jede Beisitzerin und jeden Beisitzer ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu berufen. Bei Berufung der Beisitzerinnen und Beisitzer sind die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

(3) Die Wahlvorsteherinnen und Wahlvorsteher sowie die Briefwahlvorsteherinnen und Briefwahlvorsteher und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden von der Gemeinde berufen.

(4) Die Wahlvorstände und Briefwahlvorstände bestehen aus der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher oder der Briefwahlvorsteherin oder dem Briefwahlvorsteher als Vorsitzender oder Vorsitzendem, ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihrem oder seinem Stellvertreter und weiteren drei bis sieben von der Gemeinde zu berufenden Wahlberechtigten als Beisitzerinnen und Beisitzern. Bei der Zusammensetzung der Wahlvorstände sollen die in der Gemeinde bestehenden Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen angemessen berücksichtigt werden.

(5) Niemand darf in mehrere Wahlorgane berufen werden. Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber, Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge und stellvertretende Vertrauenspersonen dürfen nicht in Wahlorgane berufen werden.

(6) Die Gemeinden sind befugt, personenbezogene Daten von Wahlberechtigten zum Zweck ihrer Berufung als Mitglied eines Wahlvorstandes auch für künftige Wahlen zu erheben und zu verarbeiten, sofern die betroffene Person der Verarbeitung nicht widersprochen hat. Die betroffene Person ist über das Widerspruchsrecht zu unterrichten. Im Einzelnen dürfen folgende Daten erhoben und verarbeitet werden: Name, Vorname, akademischer Grad, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Zahl der Berufungen als Mitglied eines Wahlvorstandes und die dabei ausgeübte Funktion.

(7) Auf Ersuchen der Gemeinde sind zur Sicherstellung der Wahldurchführung Körperschaften und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts verpflichtet, aus dem Kreis ihrer Bediensteten unter Angabe von Namen, Vornamen, akademischem Grad, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse zum Zweck der Berufung als Mitglied eines Wahlvorstandes diejenigen Personen zu benennen, die im Gemeindegebiet wohnen und volljährig sind. Die ersuchte Stelle hat die Betroffenen über die Datenübermittlung zu unterrichten.

(8) Die Gemeinden sind verpflichtet, die erforderlichen sonstigen Hilfskräfte und Hilfsmittel bereitzustellen.

### § 9 Tätigkeit der Wahlausschüsse und Wahlvorstände

(1) Die Wahlausschüsse und Wahlvorstände verhandeln, beraten und entscheiden in öffentlicher Sitzung. Bei den Abstimmungen entscheidet Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

(2) Die Mitglieder der Wahlorgane, ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie die Schriftführerinnen und Schriftführer sind zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten verpflichtet.

### § 10 Ehrenämter

(1) Die Beisitzerinnen und Beisitzer der Wahlausschüsse und die Mitglieder der Wahlvorstände üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Zur Übernahme dieses Ehrenamtes sind alle Wahlberechtigten verpflichtet. Das Ehrenamt darf aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet hinsichtlich der Mitglieder der Wahlvorstände und Briefwahlvorstände der Gemeinderat, im Übrigen der betroffene Wahlausschuss.

(2) Die Übernahme eines Wahlamtes können ablehnen:

1. Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, des Landtages sowie der Bundes- oder Staatsregierung,
2. Wahlberechtigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben,
3. Wahlberechtigte, die glaubhaft machen, dass ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderer Weise erschwert,
4. Wahlberechtigte, die glaubhaft machen, dass sie aus dringenden beruflichen Gründen oder durch Krankheit oder Gebrechen oder aus einem sonstigen wichtigen Grund gehindert sind, das Amt ordnungsgemäß auszuüben.

### Teil 3 Wahlrecht und Wählbarkeit

#### § 11 Wahlrecht

- (1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag
1. das 18. Lebensjahr vollendet haben,
  2. seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung, haben oder, falls sie keine Wohnung in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland haben, sich sonst im Freistaat Sachsen gewöhnlich aufhalten,
  3. nicht nach § 12 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

#### § 12 Ausschluss vom Wahlrecht

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist, wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt.

#### § 13 Ausübung des Wahlrechts

(1) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

(2) Wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis sie oder er geführt wird.

(3) Wer einen Wahlschein hat, kann ihr oder sein Wahlrecht in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

1. durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder
2. durch Briefwahl ausüben.

(4) Jede Wahlberechtigte und jeder Wahlberechtigte kann ihr oder sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben. Eine Ausübung des Wahlrechts durch eine Vertreterin oder einen Vertreter anstelle der oder des Wahlberechtigten ist unzulässig.

(5) Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung oder einer Behinderung an der Abgabe ihrer Stimme gehindert sind, können sich hierzu der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer von der oder dem Wahlberechtigten selbst getroffenen und geäußerten Wahlentscheidung beschränkt. Unzulässig ist eine Hilfeleistung, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung der oder des Wahlberechtigten ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht.

#### § 14 Wählbarkeit

Wählbar sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das 18. Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens zwölf Monaten im Wahlgebiet ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung, haben oder, falls sie keine Wohnung in einem ande-

- ren Land der Bundesrepublik Deutschland haben, sich sonst im Freistaat Sachsen gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 15 von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind.

#### § 15 Ausschluss von der Wählbarkeit

Nicht wählbar ist,

1. wer nach § 12 vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder
2. wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit nicht besitzt.

### Teil 4 Vorbereitung der Wahlen

#### § 16 Wahltag, Wahlzeit

(1) Die Staatsregierung bestimmt im Einvernehmen mit dem Präsidium des Sächsischen Landtages den Wahltag. Wahltag muss ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein. Die Stimmabgabe hat zwischen 8.00 Uhr und 18.00 Uhr (Wahlzeit) zu erfolgen.

(2) Der Wahltag muss frühestens 58, spätestens 60 Monate nach Beginn der Wahlperiode liegen. Hat sich der Landtag gemäß Artikel 58 der Verfassung des Freistaates Sachsen aufgelöst, muss die Neuwahl binnen 60 Tagen stattfinden.

#### § 17 Wählerverzeichnis und Wahlschein

(1) Die Gemeinden führen für jeden Wahlbezirk ein Wählerverzeichnis. Für die Führung des Wählerverzeichnisses dürfen, soweit erforderlich, die Daten des Melderegisters genutzt werden. Alle Wahlberechtigten haben das Recht, an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl während der allgemeinen Öffnungszeiten Einsicht in das Wählerverzeichnis zu nehmen, um die Richtigkeit und Vollständigkeit der zu ihrer Person eingetragenen Daten zu überprüfen. Die Einsichtnahme kann sich auch auf die Eintragung anderer Personen erstrecken, wenn diejenige oder derjenige, die oder der Einsicht nehmen möchte, Tatsachen glaubhaft gemacht hat, aus denen sich die Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses hinsichtlich dieser Personen ergeben kann. Die Einsichtnahme in Daten anderer Personen ist ausgeschlossen, wenn für diese im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 Absatz 1 des Bundesmeldegesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, eingetragen ist.

(2) Wahlberechtigte, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten auf Antrag einen Wahlschein. Das Gleiche gilt für Wahlberechtigte, die aus einem von ihnen nicht zu vertretenden Grund nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen worden sind.

#### § 18 Wahlvorschlagsrecht, Beteiligungsanzeige

(1) Wahlvorschläge können von Parteien und nach Maßgabe des § 20 von Wahlberechtigten eingereicht werden.

(2) Parteien, die nicht parlamentarisch vertreten sind und deren Parteieigenschaft der Bundeswahlausschuss bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag nicht festgestellt hat, können einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens am 90. Tag vor der Wahl bis 18.00 Uhr der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Landeswahlausschuss ihre Parteieigenschaft festgestellt hat. Nicht parlamentarisch vertreten ist eine Partei dann, wenn sie am 90. Tag vor der Wahl weder im Deutschen Bundestag noch in einem Landesparlament aufgrund eigener Wahlvorschläge vertreten ist. Die Anzeige muss enthalten:

1. den Namen und die Kurzbezeichnung, unter denen die Partei sich an der Wahl beteiligen wird, und
2. die eigenhändigen Unterschriften von mindestens drei Mitgliedern des Landesvorstandes, darunter der oder dem Vorsitzenden oder ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihrem oder seinem Stellvertreter oder, wenn ein Landesverband nicht besteht, von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände in deren Bereich der Wahlkreis liegt.

Die schriftliche Satzung und das schriftliche Programm der Parteien sowie ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstandes sind der Anzeige beizufügen.

(3) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter hat die Anzeige nach Absatz 2 unverzüglich nach Eingang zu prüfen. Stellt sie oder er Mängel fest, so benachrichtigt sie oder er sofort den Vorstand und fordert ihn auf, behebbare Mängel zu beseitigen. Nach Ablauf der Anzeigefrist können nur noch Mängel an sich gültiger Anzeigen behoben werden. Eine gültige Anzeige liegt nicht vor, wenn

1. Form oder Frist des Absatzes 2 nicht gewahrt ist,
2. die Parteibezeichnung fehlt,
3. die nach Absatz 2 erforderlichen Unterschriften und die der Anzeige beizufügenden Anlagen fehlen, es sei denn, diese Anlagen können infolge von Umständen, die die Partei nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig vorgelegt werden, oder
4. die Vorstandsmitglieder mangelhaft bezeichnet sind, so dass ihre Person nicht feststeht.

Nach der Entscheidung über die Feststellung der Parteieigenschaft ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen. Gegen Entscheidungen der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren kann der Vorstand den Landeswahlausschuss anrufen.

(4) Der Landeswahlausschuss stellt spätestens am 72. Tag vor der Wahl für alle Wahlorgane verbindlich fest,

1. welche Parteien parlamentarisch vertreten sind,
2. für welche Parteien der Bundeswahlausschuss bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag die Parteieigenschaft festgestellt hat,
3. welche Vereinigungen, die nach Absatz 2 ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Partei anzuerkennen sind.

(5) Eine Partei kann im Wahlgebiet nur eine Landesliste und in jedem Wahlkreis nur einen Kreiswahlvorschlag einreichen.

## § 19

### Einreichung der Wahlvorschläge

Kreiswahlvorschläge sind der Kreiswahlleiterin oder dem Kreiswahlleiter, Landeslisten der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter spätestens am 66. Tag vor der Wahl bis 18.00 Uhr schriftlich einzureichen.

## § 20

### Inhalt und Form der Kreiswahlvorschläge

(1) Der Kreiswahlvorschlag muss den Namen einer Bewerberin oder eines Bewerbers enthalten. Die Bewerberin oder der Bewerber kann nur in einem Wahlkreis und hier nur in einem Kreiswahlvorschlag genannt werden. Als Bewerberin oder Bewerber kann nur vorgeschlagen werden, wer seine Zustimmung hierzu schriftlich erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.

(2) Kreiswahlvorschläge von Parteien müssen von dem Vorstand des Landesverbandes oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, in deren Bereich der Wahlkreis liegt, eigenhändig unterzeichnet sein. Kreiswahlvorschläge von Parteien, die nicht parlamentarisch vertreten sind (§ 18 Absatz 2 Satz 2), müssen außerdem von mindestens 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises eigenhändig unterzeichnet sein. Die Wahlberechtigung muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei der Einreichung der Unterstützungsunterschrift nachzuweisen.

(3) Andere Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises eigenhändig unterzeichnet sein. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Kreiswahlvorschläge von Parteien müssen den Namen der einreichenden Partei und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, andere Kreiswahlvorschläge ein Kennwort enthalten.

## § 21

### Aufstellung von Parteibewerberinnen und Parteibewerbern

(1) Als Bewerberin oder Bewerber einer Partei kann in einem Kreiswahlvorschlag nur benannt werden, wer in einer Mitgliederversammlung zur Wahl einer Wahlkreisbewerberin oder eines Wahlkreisbewerbers oder in einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung hierzu gewählt worden ist. Mitgliederversammlung zur Wahl einer Wahlkreisbewerberin oder eines Wahlkreisbewerbers ist eine Versammlung der im Zeitpunkt ihres Zusammentritts im Wahlkreis wahlberechtigten Mitglieder der Partei. Besondere Vertreterversammlung ist eine Versammlung der von einer derartigen Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Allgemeine Vertreterversammlung ist eine nach der Satzung der Partei (§ 6 Parteiengesetz) allgemein für bevorstehende Wahlen von einer derartigen Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte bestellte Versammlung.

(2) In Landkreisen und Kreisfreien Städten, die mehrere Wahlkreise umfassen, können die Bewerberinnen und Bewerber für diejenigen Wahlkreise, deren Gebiet die Grenze des Landkreises oder der Kreisfreien Stadt nicht durchschneidet, in einer gemeinsamen Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt werden. Dabei sind für jeden Wahlkreis getrennte Wahlen durchzuführen.

(3) Die Bewerberinnen und Bewerber sowie die Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlungen werden in geheimer Wahl mit Stimmzetteln gewählt. Jede stimmberechtigt an der Versammlung teilnehmende Person ist vorschlagsberechtigt; satzungsmäßige Vorschlagsrechte bleiben unberührt. Den Bewerberinnen und Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung vorzustellen. Die Wahlen dürfen frühestens vier Jahre

nach Beginn der Wahlperiode des Landtages stattfinden; dies gilt nicht, wenn die Wahlperiode vorzeitig endet.

(4) Das Nähere über die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlussfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das Verfahren für die Wahl der Bewerberinnen und Bewerber regeln die Parteien durch ihre Satzungen.

(5) Eine Ausfertigung der Niederschrift über die Wahl der Bewerberin oder des Bewerbers mit Angaben über Ort, Art und Zeit der Versammlung, Form der Einladung, Zahl der erschienenen Mitglieder und Ergebnis der Wahlen ist mit dem Kreiswahlvorschlag einzureichen. Hierbei haben die Leiterin oder der Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmte teilnehmende Personen gegenüber der Kreiswahlleiterin oder dem Kreiswahlleiter an Eides statt zu versichern, dass die Anforderungen gemäß Absatz 3 Satz 1 bis 3 beachtet worden sind. Die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides statt zuständig; sie oder er gilt als Behörde im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuches.

#### **§ 22 Vertrauensperson**

(1) In jedem Kreiswahlvorschlag sollen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson bezeichnet werden. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt die Person, die als erste unterzeichnet hat, als Vertrauensperson und diejenige, die als zweite unterzeichnet hat, als stellvertretende Vertrauensperson.

(2) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind nur die Vertrauensperson und die stellvertretende Vertrauensperson, jede für sich, berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Kreiswahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen.

(3) Die Vertrauensperson und die stellvertretende Vertrauensperson können durch schriftliche Erklärung der Mehrheit der Unterzeichner des Kreiswahlvorschlages an die Kreiswahlleiterin oder den Kreiswahlleiter abberufen und durch andere ersetzt werden.

#### **§ 23 Zurücknahme von Kreiswahlvorschlägen**

Ein Kreiswahlvorschlag kann durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson zurückgenommen werden, solange nicht über seine Zulassung entschieden ist. Ein von mindestens 100 Wahlberechtigten unterzeichneter Kreiswahlvorschlag kann auch von der Mehrheit der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner durch eine schriftliche, öffentlich beglaubigte Erklärung zurückgenommen werden.

#### **§ 24 Änderung von Kreiswahlvorschlägen**

Ein Kreiswahlvorschlag kann nach Ablauf der Einreichungsfrist nur durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson und nur dann geändert werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber stirbt oder die Wählbarkeit oder die Mitgliedschaft der Partei, die den Wahlvorschlag eingereicht hat, verliert. Das Verfahren nach § 21 braucht nicht eingehal-

ten zu werden; der Unterschriften nach § 20 Absatz 2 und 3 bedarf es nicht. Nach der Entscheidung über die Zulassung eines Kreiswahlvorschlages (§ 26 Absatz 1 Satz 1) ist jede Änderung ausgeschlossen.

#### **§ 25 Beseitigung von Mängeln**

(1) Die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter hat die Kreiswahlvorschläge unverzüglich nach Eingang zu prüfen. Stellt sie oder er bei einem Kreiswahlvorschlag Mängel fest, so benachrichtigt sie oder er sofort die Vertrauensperson und fordert sie auf, behebbare Mängel rechtzeitig zu beseitigen.

(2) Nach Ablauf der Einreichungsfrist können nur noch Mängel an sich gültiger Wahlvorschläge behoben werden. Ein gültiger Wahlvorschlag liegt nicht vor, wenn

1. die Form oder Frist des § 19 nicht gewahrt ist,
2. die nach § 20 Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie Absatz 3 erforderlichen gültigen Unterschriften mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der Unterzeichnenden fehlen, es sei denn, der Nachweis kann infolge von Umständen, die die oder der Wahlvorschlagsberechtigte nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig erbracht werden,
3. bei einem Parteiwahlvorschlag die Parteibezeichnung fehlt, die nach § 18 Absatz 2 erforderliche Feststellung der Parteieigenschaft abgelehnt ist oder die Nachweise des § 21 nicht erbracht sind,
4. die Bewerberin oder der Bewerber mangelhaft bezeichnet ist, so dass ihre oder seine Person nicht feststeht, oder
5. die Zustimmungserklärung der Bewerberin oder des Bewerbers fehlt.

(3) Nach der Entscheidung über die Zulassung eines Kreiswahlvorschlages (§ 26 Absatz 1 Satz 1) ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen.

(4) Gegen Entscheidungen der Kreiswahlleiterin oder des Kreiswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren können die Vertrauenspersonen oder die Bewerberin oder der Bewerber den Kreiswahlausschuss anrufen.

#### **§ 26 Zulassung der Kreiswahlvorschläge**

(1) Der Kreiswahlausschuss entscheidet am 58. Tage vor der Wahl über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge. Er hat Kreiswahlvorschläge zurückzuweisen, wenn sie

1. verspätet eingereicht sind oder
2. den Anforderungen nicht entsprechen, die durch dieses Gesetz und die Landeswahlordnung aufgestellt sind.

Die Entscheidung ist in der Sitzung des Kreiswahlausschusses bekannt zu geben.

(2) Weist der Kreiswahlausschuss einen Kreiswahlvorschlag zurück, so kann binnen drei Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung Beschwerde an den Landeswahlausschuss eingelegt werden. Beschwerdeberechtigt sind die Bewerberin oder der Bewerber und die Vertrauensperson des Kreiswahlvorschlages, die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter und die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter. Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter und die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter können auch gegen eine Entscheidung, durch die ein Kreiswahlvorschlag zugelassen wird, Beschwerde einlegen. In der Beschwerdeverhandlung sind die erschienenen Beteiligten zu

hören. Die Entscheidung über die Beschwerde muss spätestens am 52. Tage vor der Wahl getroffen werden.

(3) Die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter macht die zugelassenen Kreiswahlvorschläge spätestens am 48. Tage vor der Wahl öffentlich bekannt.

### **§ 27 Landeslisten**

(1) Eine Landesliste kann nur von einer Partei eingereicht werden. Die Verbindung von Wahlvorschlägen mehrerer Parteien und die Aufstellung gemeinsamer Wahlvorschläge ist nicht zulässig. Die Landesliste muss von dem Vorstand des Landesverbandes oder, wenn ein Landesverband nicht besteht, von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, die im Wahlgebiet liegen, eigenhändig unterzeichnet sein. Landeslisten von Parteien, die nicht parlamentarisch vertreten sind (§ 18 Absatz 2 Satz 2) müssen außerdem von mindestens 1 000 Wahlberechtigten des Wahlgebietes eigenhändig unterzeichnet sein. Die Wahlberechtigung muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei der Einreichung der Unterstützungsunterschrift nachzuweisen.

(2) Landeslisten müssen den Namen der einreichenden Partei und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese enthalten.

(3) Die Namen der Bewerberinnen und Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein.

(4) Eine Listenbewerberin oder ein Listenbewerber kann nur in einer Landesliste vorgeschlagen werden. Hierzu bedarf es ihrer oder seiner schriftlichen Zustimmung; diese ist unwiderruflich.

(5) § 21 Absatz 1 und 3 bis 5 sowie die §§ 22 bis 25 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass sich die Versicherung an Eides statt nach § 21 Absatz 5 Satz 2 auch darauf zu erstrecken hat, dass die Festlegung der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in der Landesliste in geheimer Abstimmung erfolgt ist.

### **§ 28 Zulassung der Landeslisten**

(1) Der Landeswahlausschuss entscheidet am 58. Tage vor der Wahl über die Zulassung der Landeslisten. Er hat Landeslisten zurückzuweisen, wenn sie

1. verspätet eingereicht sind oder
2. den Anforderungen nicht entsprechen, die durch dieses Gesetz und die Landeswahlordnung aufgestellt sind.

Sind die Anforderungen nur hinsichtlich einzelner Bewerberinnen oder Bewerber nicht erfüllt, so werden ihre Namen aus der Landesliste gestrichen und die folgenden Bewerberinnen oder Bewerber rücken nach. Die Entscheidung ist in der Sitzung des Landeswahlausschusses bekannt zu geben.

(2) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter macht die zugelassenen Landeslisten spätestens am 48. Tage vor der Wahl öffentlich bekannt.

### **§ 29 Stimmzettel**

(1) Die Stimmzettel, die Wahlumschläge für die Briefwahl und die Wahlbriefumschläge (§ 35 Absatz 1) werden amtlich hergestellt.

(2) Der Stimmzettel enthält

1. für die Wahl in den Wahlkreisen die Namen der Direktbewerberinnen und Direktbewerber der zugelassenen Kreiswahlvorschläge, bei Kreiswahlvorschlägen von Parteien außerdem die Namen der Parteien und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, bei anderen Kreiswahlvorschlägen außerdem das Kennwort,
2. für die Wahl nach Landeslisten die Namen der Parteien und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, sowie die Namen der ersten fünf Bewerberinnen und Bewerber der zugelassenen Landeslisten.

(3) Die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien richtet sich nach der Zahl der Listenstimmen, die sie bei der letzten Landtagswahl erreicht haben. Die übrigen Landeslisten schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien an. Die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge richtet sich nach der Reihenfolge der entsprechenden Landeslisten. Sonstige Kreiswahlvorschläge schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien oder der Kennwörter an.

### **Teil 5 Wahlhandlung**

#### **§ 30 Öffentlichkeit der Wahlhandlung**

Die Wahlhandlung ist öffentlich. Der Wahlvorstand kann Personen, die die Ordnung stören, aus dem Wahlraum verweisen.

#### **§ 31 Unzulässige Wahlbeeinflussung**

(1) Während der Wahlzeit sind in und an dem Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Beeinflussung der Wählerinnen und Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung verboten.

(2) Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Wahlentscheidung ist vor Ablauf der Wahlzeit unzulässig.

#### **§ 32 Wahrung des Wahlheimnisses**

(1) Es sind Vorkehrungen dafür zu treffen, dass die Wählerin oder der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen und falten kann. Für die Aufnahme der gefalteten Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden, die die Wahrung des Wahlheimnisses sicherstellen.

(2) Die nach § 13 Absatz 5 zulässige Hilfe bei der Stimmabgabe bleibt unberührt. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Wahl einer anderen Person erlangt hat.



### § 33 Wahlräume

Die Wahlräume sollen nach den örtlichen Gegebenheiten so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere Menschen mit Behinderungen, die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Die Gemeinde teilt frühzeitig und in geeigneter Weise mit, welche Wahlräume barrierefrei sind.

### § 34 Stimmabgabe mit Stimmzetteln

(1) Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln.

- (2) Die Wählerin oder der Wähler gibt
1. ihre oder seine Direktstimme in der Weise ab, dass sie oder er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welche Direktbewerberin oder welchen Direktbewerber sie oder er wählt,
  2. ihre oder seine Listenstimme in der Weise ab, dass sie oder er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welche Landesliste sie oder er wählt.

Die Wählerin oder der Wähler faltet daraufhin den Stimmzettel in der Weise, dass ihre oder seine Stimmabgabe von außen nicht erkennbar ist und wirft den Stimmzettel in die Wahlurne ein.

### § 35 Briefwahl

(1) Bei der Briefwahl hat die Wählerin oder der Wähler der Kreiswahlleiterin oder dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt worden ist, im verschlossenen Briefumschlag

1. den Wahlschein und
2. in einem besonderen verschlossenen Umschlag ihren oder seinen Stimmzettel

so rechtzeitig zu übersenden, dass der Wahlbrief spätestens am Wahltag bis 16.00 Uhr eingeht. § 32 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) Auf dem Wahlschein hat die Wählerin oder der Wähler oder die Hilfsperson gegenüber der Kreiswahlleiterin oder dem Kreiswahlleiter an Eides statt zu versichern, dass der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen der Wählerin oder des Wählers gekennzeichnet worden ist. Die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides statt zuständig; sie oder er gilt als Behörde im Sinne des § 156 des Strafbuches.

### Teil 6 Feststellung des Wahlergebnisses

### § 36 Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk

Nach Beendigung der Wahlhandlung stellt der Wahlvorstand fest, wie viele Stimmen im Wahlbezirk auf die einzelnen Kreiswahlvorschläge (Direktkandidatinnen und Direktkandidaten) und Landeslisten abgegeben worden sind.

### § 37 Feststellung des Briefwahlergebnisses

Der für die Briefwahl eingesetzte Wahlvorstand stellt fest, wie viele durch Briefwahl abgegebene Stimmen auf die einzelnen Kreiswahlvorschläge (Direktkandidatinnen und Direktkandidaten) und Landeslisten entfallen.

### § 38 Ungültige Stimmen, Zurückweisung von Wahlbriefen, Auslegungsregeln

- (1) Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel
1. nicht amtlich hergestellt ist oder für eine andere Wahl gültig ist,
  2. keine Kennzeichnung enthält,
  3. für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
  4. den Willen der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
  5. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den Fällen der Nummern 1 und 2 sind beide Stimmen (Direkt- und Listenstimme) ungültig; im Falle der Nummer 3 ist nur die Direktstimme ungültig. Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht in einem amtlichen Wahlumschlag oder einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung gemäß Absatz 2 Nummer 7 oder 8 nicht erfolgt ist.

(2) Bei der Briefwahl sind Wahlbriefe zurückzuweisen, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beiliegt,
3. dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beigelegt ist,
4. weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen ist,
5. der Wahlbriefumschlag mehrere Wahlumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Wahlscheine enthält,
6. die Wählerin oder der Wähler oder die Hilfsperson die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat,
7. kein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden ist,
8. ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Die Einsenderinnen und Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wählerinnen oder Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

(3) Bei der Briefwahl gelten mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen. Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig.

(4) Die Stimmen einer Wählerin oder eines Wählers, der an der Briefwahl teilgenommen hat, werden nicht dadurch ungültig, dass sie oder er vor dem oder am Wahltag stirbt, aus dem Wahlgebiet wegzieht oder das Wahlrecht nach § 12 verliert.

**§ 39****Entscheidung des Wahlvorstandes**

Der Wahlvorstand entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle Fragen, die sich bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses ergeben. Der Kreiswahlausschuss hat das Recht der Nachprüfung.

**§ 40****Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis**

(1) Der Kreiswahlausschuss stellt fest, wie viele Stimmen im Wahlkreis für die einzelnen Kreiswahlvorschläge (Direktbewerberinnen und Direktbewerber) und Landeslisten abgegeben worden sind und welche Direktbewerberin oder welcher Direktbewerber als Wahlkreisabgeordnete oder Wahlkreisabgeordneter gewählt ist.

(2) Die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter benachrichtigt die gewählte Wahlkreisabgeordnete oder den gewählten Wahlkreisabgeordneten und fordert sie oder ihn auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob sie oder er die Wahl annimmt.

**§ 41****Feststellung des Ergebnisses der Wahl nach Landeslisten**

(1) Der Landeswahlausschuss stellt fest, wie viele Stimmen im Wahlgebiet für die einzelnen Landeslisten abgegeben worden sind.

(2) Der Landeswahlausschuss stellt auch fest, wie viele Sitze auf die einzelnen Landeslisten entfallen und welche Bewerberinnen und Bewerber gewählt sind.

(3) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter benachrichtigt die Gewählten und fordert sie auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

**Teil 7****Besondere Vorschriften für eine Nachwahl oder Wiederholungswahl****§ 42****Nachwahl**

- (1) Eine Nachwahl findet statt,
1. wenn in einem Wahlkreis oder in einem Wahlbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist,
  2. wenn eine Wahlkreisbewerberin oder ein Wahlkreisbewerber nach der Zulassung des Kreiswahlvorschlages, aber noch vor der Wahl stirbt.

(2) Die Nachwahl soll im Falle des Absatzes 1 Nummer 1 spätestens drei Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden. Im Falle des Absatzes 1 Nummer 2 kann sie am Tag der Hauptwahl stattfinden; sie soll spätestens sechs Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden. Den Tag der Nachwahl bestimmt die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter.

(3) Die Nachwahl findet nach denselben Vorschriften, auf denselben Grundlagen und aufgrund derselben Wählerverzeichnisse wie die Hauptwahl statt.

(4) Im Falle einer Nachwahl ist das vorläufige Ergebnis der Hauptwahl unmittelbar nach Beendigung der Wahlhandlung auf der Grundlage der abgegebenen Stimmen zu ermitteln, festzustellen und bekannt zu geben.

**§ 43****Wiederholungswahl**

(1) Wird im Wahlprüfungsverfahren eine Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, so ist sie nach Maßgabe der Entscheidung zu wiederholen.

(2) Die Wiederholungswahl findet nach denselben Vorschriften, denselben Wahlvorschlägen und, wenn seit der Hauptwahl noch nicht sechs Monate verfloßen sind, aufgrund derselben Wählerverzeichnisse wie die Hauptwahl statt, soweit nicht die Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren hinsichtlich der Wahlvorschläge und Wählerverzeichnisse Abweichungen vorschreibt.

(3) Die Wiederholungswahl muss spätestens 60 Tage nach Unanfechtbarkeit der Entscheidung stattfinden, durch die die Wahl für ungültig erklärt worden ist. Ist die Wahl nur teilweise für ungültig erklärt worden, so unterbleibt die Wiederholungswahl, wenn feststeht, dass innerhalb von sechs Monaten ein neuer Landtag gewählt wird. Den Tag der Wiederholungswahl bestimmt die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter.

(4) Aufgrund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis nach den Vorschriften des Sechsten Teils neu festgestellt. § 40 Absatz 2 und § 41 Absatz 3 gelten entsprechend.

**Teil 8****Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag****§ 44****Erwerb der Mitgliedschaft im Landtag**

(1) Eine gewählte Bewerberin oder ein gewählter Bewerber erwirbt die Mitgliedschaft im Landtag mit dem fristgerechten Eingang der auf die Benachrichtigung nach § 40 Absatz 2 oder § 41 Absatz 3 erfolgenden schriftlichen Annahmeerklärung bei der zuständigen Wahlleiterin oder dem zuständigen Wahlleiter, jedoch nicht vor Ablauf der Wahlperiode des letzten Landtages und im Falle des § 43 Absatz 4 nicht vor Ausscheiden der oder des nach dem ursprünglichen Wahlergebnis gewählten Abgeordneten. Gibt die oder der Gewählte bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist keine oder keine schriftliche Erklärung ab, so gilt die Wahl zu diesem Zeitpunkt als angenommen. Eine Erklärung unter Vorbehalt gilt als Ablehnung. Annahme und Ablehnung können nicht widerrufen werden.

(2) Nach Annahme des Mandats hat die oder der Abgeordnete innerhalb einer Woche der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtages ihre oder seine Wohnanschriften der letzten zehn Jahre vor der Herstellung der Einheit Deutschlands schriftlich mitzuteilen. Die oder der Abgeordnete soll ihre oder seine Personenkennzahl nach dem Recht der DDR hinzufügen. Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages fordert vom Bundesarchiv sämtliche die Person der oder des gewählten Abgeordneten betreffenden Unterlagen im Sinne der § 20 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe b, § 21 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe b des Stasi-Unterlagen-Gesetzes an und gibt der oder dem Abgeordneten hiervon Kenntnis. Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages übersendet dem Bundesarchiv die ihr oder ihm nach Satz 1 zugegangenen Mitteilungen.

(3) Der Landtag bildet zu Beginn der Wahlperiode einen Bewertungsausschuss. Dieser setzt sich aus je zwei Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen zusammen. Der Bewertungsausschuss bewertet die vom Bundesarchiv übergebenen Unterlagen. Er erstellt einen Bericht mit einer Beschlussempfehlung, ob Antrag auf Erhebung der Anklage mit dem Ziel der Aberkennung des Mandats gemäß Artikel 118 der Verfassung des Freistaates Sachsen empfohlen werden soll. Der Landtag entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung.

(4) Die Sitzungen des Bewertungsausschusses sind nichtöffentlich. Die Mitglieder des Bewertungsausschusses sind zur Verschwiegenheit über die Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit im Bewertungsausschuss bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

(5) Der Bewertungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

(6) Vor der Entscheidung über eine Beschlussempfehlung an den Landtag, ob ein Antrag auf Erhebung der Abgeordnetenanklage gemäß Artikel 118 der Verfassung des Freistaates Sachsen empfohlen werden soll, gibt der Ausschuss dem betroffenen Mitglied des Landtages Gelegenheit zur Stellungnahme. Die oder der Betroffene kann Einsicht in die Unterlagen verlangen. Sie oder er hat das Recht, sich durch eine Person des Vertrauens begleiten und bei der Einsichtnahme vertreten zu lassen.

(7) Eine Beschlussempfehlung, in der dem Landtag empfohlen werden soll, die Erhebung der Anklage mit dem Ziel der Aberkennung des Mandats gemäß Artikel 118 der Verfassung des Freistaates Sachsen zu empfehlen, bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bewertungsausschusses. In der Beschlussempfehlung ist zu begründen, weshalb die fortdauernde Innehabung des Mandats als untragbar erscheint. Die Beschlussempfehlung wird nur an die Mitglieder des Landtages verteilt.

#### § 45

##### Verlust der Mitgliedschaft im Landtag

(1) Eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter verliert die Mitgliedschaft im Landtag bei

1. Ungültigkeit des Erwerbs der Mitgliedschaft,
2. Neufeststellung des Wahlergebnisses,
3. Wegfall einer Voraussetzung ihrer oder seiner jederzeitigen Wählbarkeit,
4. Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Partei oder der Teilorganisation einer Partei, der sie oder er angehört, durch das Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Absatz 4 des Grundgesetzes,
5. Verzicht,
6. Aberkennung des Mandats gemäß Artikel 118 der Verfassung des Freistaates Sachsen.

Verlustgründe nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleiben unberührt.

(2) Bei Ungültigkeit ihrer oder seiner Direktwahl im Wahlkreis bleibt die oder der Abgeordnete Mitglied des Landtages, wenn sie oder er zugleich auf einer Landesliste gewählt war, aber nach § 6 Absatz 5 Satz 3 unberücksichtigt geblieben ist.

(3) Der Verzicht ist nur wirksam, wenn er zur Niederschrift der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages oder einer Notarin oder eines Notars, die ihren oder der seinen Sitz im Wahlgebiet hat, erklärt wird. Die notarielle Verzichtserklärung hat die oder der Abgeordnete der Präsi-

dentin oder dem Präsidenten des Landtages zu übermitteln. Der Verzicht kann nicht widerrufen werden.

(4) Wird eine Partei oder die Teilorganisation einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Absatz 4 des Grundgesetzes für verfassungswidrig erklärt, verlieren die Abgeordneten ihre Mitgliedschaft im Landtag und die Listennachfolgerinnen und Listennachfolger ihre Anwartschaft, sofern sie dieser Partei oder Teilorganisation in der Zeit zwischen der Antragstellung (§ 43 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes) und der Verkündung der Entscheidung (§ 46 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes) angehört haben. Haben gewählte Direktbewerberinnen und Direktbewerber nach Satz 1 ihre Mitgliedschaft verloren, wird die Wahl einer oder eines Wahlkreisabgeordneten in diesen Wahlkreisen bei entsprechender Anwendung des § 43 Absatz 2 bis 4 wiederholt; hierbei dürfen die Abgeordneten, die nach Satz 1 ihre Mitgliedschaft verloren haben, nicht als Bewerberinnen und Bewerber auftreten. Soweit Abgeordnete, die nach Satz 1 ihre Mitgliedschaft verloren haben, nach einer Landesliste der für verfassungswidrig erklärten Partei oder Teilorganisation der Partei gewählt waren, bleiben die Sitze unbesetzt. Im Übrigen gilt § 47 Absatz 1.

#### § 46

##### Entscheidung über den Verlust der Mitgliedschaft

(1) Über den Verlust der Mitgliedschaft nach § 45 Absatz 1 Satz 1 entscheidet

1. in den Fällen der Nummern 1 und 3 der Landtag im Wahlprüfungsverfahren,
2. in den Fällen der Nummern 2 und 4 der Landtag oder ein von ihm beauftragter Ausschuss,
3. im Falle der Nummer 5 die Landtagspräsidentin oder der Landtagspräsident, der eine Verzichtserklärung schriftlich bestätigt,
4. im Falle der Nummer 6 der Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen.

(2) Führt eine Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren zum Verlust der Mitgliedschaft, so scheidet die oder der Abgeordnete mit Rechtskraft der Entscheidung aus dem Landtag aus.

(3) Führt eine Entscheidung des Landtages, der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten oder eines Landtagsausschusses zum Verlust der Mitgliedschaft, so scheidet die oder der Abgeordnete mit der Entscheidung aus dem Landtag aus. Die Entscheidung ist unverzüglich von Amts wegen zu treffen. Innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung der Entscheidung kann die betroffene Person die Entscheidung des Landtages über den Verlust der Mitgliedschaft im Wahlprüfungsverfahren beantragen. Die Zustellung erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

#### § 47

##### Berufung von Mandatsnachfolgerinnen und Mandatsnachfolgern sowie Ersatzwahlen

(1) Wenn eine gewählte Bewerberin oder ein gewählter Bewerber stirbt oder die Annahme der Wahl ablehnt oder wenn eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter stirbt oder sonst nachträglich aus dem Landtag ausscheidet, so wird der Sitz aus der Landesliste in der dort am Wahltag fest-

geschriebenen Reihenfolge derjenigen Partei besetzt, für die die oder der Ausgeschiedene bei der Wahl aufgetreten ist. Bei der Nachfolge bleiben diejenigen Listenbewerberinnen und Listenbewerber unberücksichtigt, die seit dem Zeitpunkt der Aufstellung der Landesliste aus dieser Partei ausgeschieden sind. Ist die Liste erschöpft, so bleibt der Sitz unbesetzt. Die Feststellung, wer als Listennachfolgerin oder Listennachfolger eintritt, trifft die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter. § 41 Absatz 3 und § 44 gelten entsprechend.

(2) War die oder der Ausgeschiedene als Wahlkreisabgeordnete oder Wahlkreisabgeordneter einer Wählergruppe oder einer Partei gewählt, für die im Wahlgebiet keine Landesliste zugelassen worden war, so findet im Wahlkreis eine Ersatzwahl statt. Die Ersatzwahl muss spätestens 60 Tage nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens stattfinden. Sie unterbleibt, wenn feststeht, dass innerhalb von sechs Monaten ein neuer Landtag gewählt wird. Die Ersatzwahl wird nach den allgemeinen Vorschriften durchgeführt. Den Wahltag bestimmt die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter. § 40 Absatz 2 und § 44 gelten entsprechend.

## Teil 9 Schlussbestimmungen

### § 48 Anfechtung

Entscheidungen und Maßnahmen, die sich unmittelbar auf das Wahlverfahren beziehen, können nur mit den in diesem Gesetz und in der Landeswahlordnung vorgesehenen Rechtsbehelfen sowie im Wahlprüfungsverfahren angefochten werden.

### § 49 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer
1. entgegen § 10 ein Ehrenamt ablehnt oder sich ohne genügende Entschuldigung den Pflichten eines solchen entzieht oder
  2. entgegen § 31 Absatz 2 ein Ergebnis einer Wählerbefragung veröffentlicht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nummer 1 kann mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Euro, die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nummer 2 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist

1. bei Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 1
  - a) die Kreiswahlleiterin oder der Kreiswahlleiter, wenn eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter das Amt einer Wahlvorsteherin oder eines Wahlvorstehers, einer Briefwahlvorsteherin oder eines Briefwahlvorstehers, einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters oder einer Beisitzerin oder eines Beisitzers im Wahlvorstand oder im Kreiswahlausschuss,
  - b) die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter, wenn eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter das Amt einer Beisitzerin oder eines Beisitzers im Landeswahlausschussunberechtigt ablehnt oder sich ohne genügende Entschuldigung den Pflichten eines solchen Amtes entzieht.
2. bei Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 2 die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter.

### § 50

#### Staatliche Mittel für Träger von Wahlvorschlägen

(1) Bewerberinnen und Bewerber eines nach Maßgabe des § 20 Absatz 3 von Wahlberechtigten eingereichten Wahlvorschlages, die nach dem endgültigen Wahlergebnis mindestens 10 Prozent der in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen Direktstimmen erreicht haben, erhalten je gültige Stimme 2,56 Euro.

(2) Die Festsetzung und die Auszahlung der staatlichen Mittel sind von der Bewerberin oder dem Bewerber innerhalb von zwei Monaten nach dem Zusammentritt des Sächsischen Landtages bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Sächsischen Landtages zu beantragen; danach eingehende Anträge bleiben unberücksichtigt. Der Betrag wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Sächsischen Landtages festgesetzt und ausgezahlt.

(3) Die Vorschriften des Parteiengesetzes über die absolute und relative Obergrenze finden keine Anwendung.

(4) Die nach dem Parteiengesetz vom Bund dem Freistaat Sachsen für die Landesverbände der Parteien zugewiesenen Mittel werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Sächsischen Landtages ausgezahlt.

### § 51 Wahlkosten

(1) Die Kosten der Landtagswahl trägt der Freistaat Sachsen. Im Wege der Einzelabrechnung werden erstattet

1. den Gemeinden oder Verwaltungsverbänden
  - a) die Kosten für den Versand der Wahlbenachrichtigungen,
  - b) die Kosten für den Versand der Briefwahlunterlagen,
  - c) die Erfrischungsgelder für die Mitglieder der Wahlvorstände,
2. die Kosten der Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleiter,
3. die Kosten der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters.

Die übrigen Kosten der Gemeinden oder Verwaltungsverbände werden durch einen Festbetrag je Wahlberechtigter oder Wahlberechtigten erstattet, der auf der Grundlage einer Kostenerhebung festgesetzt wird.

(2) Der Betrag wird vom Staatsministerium des Innern im Benehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen festgesetzt. Bei der Festsetzung werden laufende persönliche und sachliche Kosten und Kosten für die Benutzung von Räumen und Einrichtungen der Gemeinden (Verwaltungsgebäude) und Landkreise nicht berücksichtigt.

(3) Der Freistaat Sachsen erstattet den Blindenvereinen, die ihre Bereitschaft zur Herstellung von Stimmzettelschablonen erklärt haben, die durch die Herstellung und Verteilung der Stimmzettelschablonen verursachten notwendigen Ausgaben.

### § 52 Wahlstatistik

(1) Das Ergebnis der Wahlen zum Landtag ist statistisch zu bearbeiten.

(2) In den von der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter im Einvernehmen mit dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen zu bestimmenden

Wahlbezirken sind auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten sowie der Wählerinnen und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern ist nur zulässig, soweit die Stimmabgabe der einzelnen Wählerinnen und Wähler dadurch nicht erkennbar wird.

### **§ 53 Landeswahlordnung**

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung (Landeswahlordnung) die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsvorschriften zu erlassen, insbesondere über

1. die Bestellung der Wahlleiterinnen und Wahlleiter, Wahlvorsteherinnen und Wahlvorsteher sowie Briefwahlvorsteherinnen und Briefwahlvorsteher, die Bildung der Wahlausschüsse, Wahlvorstände und Briefwahlvorstände sowie über die Tätigkeit, Beschlussfähigkeit und das Verfahren der Wahlorgane einschließlich der Berufung in ein Wahl Ehrenamt und über den Ersatz von Auslagen für Inhaberinnen und Inhaber von Wahl Ehrenämtern und über das Bußgeldverfahren,
2. die Bildung der Wahlbezirke und ihre Bekanntmachung,
3. die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Wählerverzeichnisse, deren Führung, Einsichtnahme, Berichtigung und Abschluss, den Einspruch und die Beschwerde gegen das Wählerverzeichnis sowie die Benachrichtigung der Wahlberechtigten,
4. die Voraussetzungen für die Erteilung von Wahlscheinen, deren Ausstellung, den Einspruch und die Beschwerde gegen die Ablehnung der Erteilung von Wahlscheinen,
5. den Nachweis der Wahlrechtsvoraussetzungen,
6. das Verfahren nach § 18 Absatz 2 bis 4,
7. Einreichung, Inhalt und Form der Wahlvorschläge sowie der dazugehörigen Unterlagen, über ihre Prüfung, ihre Zulassung, die Beseitigung von Mängeln, die Beschwerde gegen Entscheidungen des Kreiswahlausschusses und des Landeswahlausschusses sowie die Bekanntgabe der Wahlvorschläge,
8. Form und Inhalt des Stimmzettels,
9. Bereitstellung, Einrichtung und Bekanntmachung der Wahlräume sowie über Wahlschutzvorrichtungen und Wahlkabinen,
10. die Stimmabgabe, auch soweit besondere Verhältnisse besondere Regelungen erfordern,
11. die Briefwahl,
12. die Wahl in Kranken- und Pflegeanstalten sowie in sozialtherapeutischen und Justizvollzugsanstalten,
13. die Feststellung der Wahlergebnisse, ihre Weitermeldung und Bekanntgabe sowie die Benachrichtigung der Gewählten,

14. die Durchführung von Nachwahlen, Wiederholungswahlen und Ersatzwahlen sowie die Berufung von Listennachfolgerinnen und Listennachfolgern,
15. die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik.

### **§ 54 Verwaltungsvorschriften**

Das Staatsministerium des Innern erlässt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

### **§ 55 Fristen, Termine und Form**

(1) Die in diesem Gesetz und in den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen vorgesehenen Fristen und Termine verlängern oder ändern sich nicht dadurch, dass der letzte Tag der Frist oder ein Termin auf einen Sonnabend, einen Sonntag, einen gesetzlichen oder religiösen Feiertag fällt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

(2) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, für den Fall einer Auflösung des Landtages die in diesem Gesetz und in den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen vorgesehenen Fristen und Termine durch Rechtsverordnung abzukürzen.

(3) Soweit in diesem Gesetz oder in der Landeswahlordnung nichts anderes bestimmt ist, müssen die nach diesem Gesetz oder der Landeswahlordnung vorgeschriebenen Erklärungen persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein und bei der zuständigen Stelle im Original vorliegen.

### **§ 56 Einschränkung von Grundrechten**

Durch dieses Gesetz wird das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen eingeschränkt.

### **§ 57 Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Sächsische Wahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2003 (SächsGVBl. S. 525), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. Juli 2019 (SächsGVBl. S. 542) geändert worden ist, außer Kraft.

Dresden, den 11. August 2023

Der Landtagspräsident  
Dr. Matthias Rößler

Der Ministerpräsident  
Michael Kretschmer

Der Staatsminister des Innern  
Armin Schuster

**Anlage**

(zu § 2 Absatz 1)

**Wahlkreiseinteilung**

<b>Wahlkreis (WK)</b>		<b>Gebiet des Wahlkreises</b>
<b>Nr.</b>	<b>Name</b>	
1	Vogtland 1	vom Vogtlandkreis die Gemeinden Plauen, Stadt; Pausa-Mühltroff, Stadt; Rosenbach/Vogtl.; Weischlitz (übrige Gemeinden siehe WK 2 und 3)
2	Vogtland 2	vom Vogtlandkreis die Gemeinden Adorf/Vogtl., Stadt; Auerbach/Vogtl., Stadt; Bad Brambach; Bad Elster, Stadt; Ellefeld; Falkenstein/Vogtl., Stadt; Grünbach; Klingenthal, Stadt; Markneukirchen, Stadt; Mühlental; Muldenhammer; Neustadt/Vogtl.; Rodewisch, Stadt; Schöneck/Vogtl., Stadt; Steinberg (übrige Gemeinden siehe WK 1 und 3)
3	Vogtland 3	vom Vogtlandkreis die Gemeinden Bergen; Bösenbrunn; Eichigt; Elsterberg, Stadt; Heinsdorfergrund; Lengenfeld, Stadt; Limbach; Netzschkau, Stadt; Neumark; Neuensalz; Oelsnitz/Vogtl., Stadt; Pöhl; Reichenbach im Vogtland, Stadt; Theuma; Treuen, Stadt; Tirpersdorf; Triebel/Vogtl.; Werda (übrige Gemeinden siehe WK 1 und 2)
4	Zwickau 1	vom Landkreis Zwickau die Gemeinden Crinitzberg; Hartenstein, Stadt; Hartmannsdorf b. Kirchberg; Hirschfeld; Kirchberg, Stadt; Langenweißbach; Lichtentanne; Mülsen; Reinsdorf; Wildenfels, Stadt; Wilkau-Haßlau, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 5, 6, 7 und 8)
5	Zwickau 2	vom Landkreis Zwickau die Gemeinden Crimmitschau, Stadt; Dennheritz; Fraureuth; Langenbernsdorf; Neukirchen/ Pleiß; Werdau, Stadt; von der Gemeinde Zwickau, Stadt der Stadtbezirk West (übrige Stadtbezirke und Gemeinden siehe WK 4, 6, 7 und 8)
6	Zwickau 3	vom Landkreis Zwickau von der Gemeinde Zwickau, Stadt die Stadtbezirke Mitte, Ost, Nord und Süd (übrige Stadtbezirke und Gemeinden siehe WK 4, 5, 7 und 8)
7	Zwickau 4	vom Landkreis Zwickau die Gemeinden Bernsdorf; Glauchau, Stadt; Lichtenstein/Sa., Stadt; Meerane, Stadt; Oberwiera; Remse; Schönberg; St. Egidien; Waldenburg, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 4, 5, 6 und 8)
8	Zwickau 5	vom Landkreis Zwickau die Gemeinden Callenberg; Gersdorf; Hohenstein-Ernstthal, Stadt; Limbach-Oberfrohna, Stadt; Niederfrohna; Oberlungwitz, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 4, 5, 6 und 7)
9	Chemnitz 1	von der Kreisfreien Stadt Chemnitz die Stadtteile Altendorf, Grüna, Hutholz, Kaßberg, Mittelbach, Morgenteile, Rabenstein, Reichenbrand, Röhrsdorf, Rottluff, Schloßchemnitz, Siegmar und Stelzendorf (übrige Stadtteile siehe WK 10 und 11)

Wahlkreis (WK)		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
10	Chemnitz 2	von der Kreisfreien Stadt Chemnitz die Stadtteile Borna-Heinersdorf, Ebersdorf, Furth, Gablenz, Glösa-Draisdorf, Hilbersdorf, Lutherviertel, Sonnenberg, Wittgensdorf, Yorckgebiet und Zentrum (übrige Stadtteile siehe WK 9 und 11)
11	Chemnitz 3	von der Kreisfreien Stadt Chemnitz die Stadtteile Adelsberg, Altchemnitz, Bernsdorf, Einsiedel, Erfenschlag, Euba, Harthau, Helbersdorf, Kapellenberg, Kappel, Klaffenbach, Kleinolbersdorf-Altenhain, Markersdorf, Reichenhain und Schönau (übrige Stadtteile siehe WK 9 und 10)
12	Erzgebirge 1	vom Erzgebirgskreis die Gemeinden Amtsberg; Auerbach; Burkhardtsdorf; Gornsdorf; Hohndorf; Jahnsdorf/Erzgeb.; Lugau/Erzgeb., Stadt; Neukirchen/Erzgeb.; Niederdorf; Niederwürschnitz; Oelsnitz/Erzgeb., Stadt; Stollberg/Erzgeb., Stadt; Thalheim/Erzgeb., Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 13, 14, 15 und 16)
13	Erzgebirge 2	vom Erzgebirgskreis die Gemeinden Aue-Bad Schlema, Stadt; Bockau; Eibenstock, Stadt; Schneeberg, Stadt; Schönheide; Stützengrün; Zschorlau (übrige Gemeinden siehe WK 12, 14, 15 und 16)
14	Erzgebirge 3	vom Erzgebirgskreis die Gemeinden Breitenbrunn/Erzgeb.; Elterlein, Stadt; Grünhain-Beierfeld, Stadt; Johanngeorgenstadt, Stadt; Lauter-Bernsbach, Stadt; Lößnitz, Stadt; Raschau-Markersbach; Schwarzenberg/Erzgeb., Stadt; Zwönitz, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 12, 13, 15 und 16)
15	Erzgebirge 4	vom Erzgebirgskreis die Gemeinden Annaberg-Buchholz, Stadt; Bärenstein; Crottendorf; Ehrenfriedersdorf, Stadt; Gelenau/Erzgeb.; Geyer, Stadt; Jöhstadt, Stadt; Königswalde; Mildena; Oberwiesenthal, Kurort, Stadt; Scheibenberg, Stadt; Schlettau, Stadt; Sehmatal; Tannenberg; Thermalbad Wiesenbad; Thum, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 12, 13, 14 und 16)
16	Erzgebirge 5	vom Erzgebirgskreis die Gemeinden Börnichen/Erzgeb.; Deutschneudorf; Drebach; Gornau/Erzgeb.; Großolbersdorf; Großrückerswalde; Grünhainichen; Heidersdorf; Marienberg, Stadt; Olbernhau, Stadt; Pockau-Lengefeld, Stadt; Seiffen/Erzgeb., Kurort; Wolkenstein, Stadt; Zschopau, Stadt, Motorradstadt (übrige Gemeinden siehe WK 12, 13, 14 und 15)
17	Mittelsachsen 1	vom Landkreis Mittelsachsen die Gemeinden Bobritzsch-Hilbersdorf; Dorfchemnitz; Frauenstein, Stadt; Freiberg, Stadt, Universitätsstadt; Großschirma, Stadt; Halsbrücke; Lichtenberg/Erzgeb.; Mulda/Sa.; Neuhausen/Erzgeb.; Rechenberg-Bienenmühle; Reinsberg; Sayda, Stadt; Weißborn/Erzgeb. (übrige Gemeinden siehe WK 18, 19 und 20)
18	Mittelsachsen 2	vom Landkreis Mittelsachsen die Gemeinden Augustusburg, Stadt; Brand-Erbisdorf, Stadt; Eppendorf; Flöha, Stadt; Frankenberg/Sa., Stadt, Garnisonsstadt; Großhartmannsdorf; Hainichen, Stadt; Leubsdorf; Niederwiesa; Oberschöna; Oederan, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 17, 19 und 20)

<b>Wahlkreis (WK)</b>		<b>Gebiet des Wahlkreises</b>
<b>Nr.</b>	<b>Name</b>	
19	Mittelsachsen 3	vom Landkreis Mittelsachsen die Gemeinden Altmitweida; Burgstädt, Stadt; Claußnitz; Erlau; Hartmannsdorf; Königsfeld; Königshain-Wiederau; Lichtenau; Lunzenau, Stadt; Mitweida, Stadt, Hochschulstadt; Mühlau; Penig, Stadt; Rochlitz, Stadt; Seelitz; Taura; Wechselburg; Zettlitz (übrige Gemeinden siehe WK 17, 18 und 20)
20	Mittelsachsen 4	vom Landkreis Mittelsachsen die Gemeinden Döbeln, Stadt; Geringswalde, Stadt; Großweitzschen; Hartha, Stadt; Kriebstein; Leisnig, Stadt; Jahnatal; Rossau; Roßwein, Stadt; Striegistal; Waldheim, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 17, 18 und 19)
21	Leipzig Land 1	vom Landkreis Leipzig die Gemeinden Borna, Stadt; Frohburg, Stadt; Geithain, Stadt; Kitzscher, Stadt; Neukieritzsch; Regis-Breitungen, Stadt; Rötha, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 22, 23 und 24)
22	Leipzig Land 2	vom Landkreis Leipzig die Gemeinden Böhlen, Stadt; Elstertrebnitz; Groitzsch, Stadt; Markkleeberg, Stadt; Markranstädt, Stadt; Pegau, Stadt; Zwenkau, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 21, 23 und 24)
23	Leipzig Land 3	vom Landkreis Leipzig die Gemeinden Bad Lausick, Stadt; Belgershain; Colditz, Stadt; Grimma, Stadt; Großpösna; Naunhof, Stadt; Otterwisch; Parthenstein (übrige Gemeinden siehe WK 21, 22 und 24)
24	Leipzig Land 4	vom Landkreis Leipzig die Gemeinden Bennewitz; Borsdorf; Brandis, Stadt; Lossatal; Machern; Thallwitz; Trebzen/Mulde, Stadt; Wurzen, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 21, 22 und 23)
25	Leipzig 1	von der Kreisfreien Stadt Leipzig der Stadtbezirk Mitte ohne die Ortsteile Zentrum-Nordwest und Zentrum-Nord, vom Stadtbezirk Ost der Ortsteil Neustadt-Neuschönefeld, vom Stadtbezirk Südost der Ortsteil Reudnitz-Thonberg (übrige Stadtbezirke und Ortsteile siehe WK 26, 27, 28, 29, 30, 31 und 32)
26	Leipzig 2	von der Kreisfreien Stadt Leipzig der Stadtbezirk Ost ohne die Ortsteile Neustadt-Neuschönefeld, Volkmarsdorf und Anger-Crottendorf, vom Stadtbezirk Südost die Ortsteile Liebertwolkwitz, Holzhausen und Stötteritz (übrige Stadtbezirke und Ortsteile siehe WK 25, 27, 28, 29, 30, 31 und 32)
27	Leipzig 3	von der Kreisfreien Stadt Leipzig der Stadtbezirk Nord ohne die Ortsteile Seehausen und Wiederitzsch, vom Stadtbezirk Mitte der Ortsteil Zentrum-Nord (übrige Stadtbezirke und Ortsteile siehe WK 25, 26, 28, 29, 30, 31 und 32)
28	Leipzig 4	von der Kreisfreien Stadt Leipzig der Stadtbezirk Süd, vom Stadtbezirk Südost die Ortsteile Probstheida und Meusdorf (übrige Stadtbezirke und Ortsteile siehe WK 25, 26, 27, 29, 30, 31 und 32)
29	Leipzig 5	von der Kreisfreien Stadt Leipzig der Stadtbezirk West, der Stadtbezirk Südwest ohne die Ortsteile Schleußig und Plagwitz (übrige Stadtbezirke und Ortsteile siehe WK 25, 26, 27, 28, 30, 31 und 32)
30	Leipzig 6	von der Kreisfreien Stadt Leipzig vom Stadtbezirk Südwest die Ortsteile Schleußig und Plagwitz, der Stadtbezirk Alt-West ohne die Ortsteile Böhlitz-Ehrenberg und Burghausen- Rückmarsdorf (übrige Stadtbezirke und Ortsteile siehe WK 25, 26, 27, 28, 29, 31 und 32)



<b>Wahlkreis (WK)</b>		<b>Gebiet des Wahlkreises</b>
<b>Nr.</b>	<b>Name</b>	
31	Leipzig 7	von der Kreisfreien Stadt Leipzig der Stadtbezirk Nordwest, vom Stadtbezirk Mitte der Ortsteil Zentrum-Nordwest, vom Stadtbezirk Alt-West die Ortsteile Böhlitz-Ehrenberg und Burghausen- Rückmarsdorf (übrige Stadtbezirke und Ortsteile siehe WK 25, 26, 27, 28, 29, 30 und 32)
32	Leipzig 8	von der Kreisfreien Stadt Leipzig der Stadtbezirk Nordost, vom Stadtbezirk Ost die Ortsteile Volkmarsdorf und Anger-Crottendorf, vom Stadtbezirk Nord die Ortsteile Seehausen und Wiederitzsch (übrige Stadtbezirke und Ortsteile siehe WK 25, 26, 27, 28, 29, 30 und 31)
33	Nordsachsen 1	vom Landkreis Nordsachsen die Gemeinden Delitzsch, Stadt; Krostitz; Löbnitz; Rackwitz; Schkeuditz, Stadt; Schönwölkau; Wiedemar (übrige Gemeinden siehe WK 34 und 35)
34	Nordsachsen 2	vom Landkreis Nordsachsen die Gemeinden Bad Dübén, Stadt; Doberschütz; Dommitzsch, Stadt; Eilenburg, Stadt; Elsnig; Jesewitz; Laußig; Mockrehna; Taucha, Stadt; Trossin; Zschepplin (übrige Gemeinden siehe WK 33 und 35)
35	Nordsachsen 3	vom Landkreis Nordsachsen die Gemeinden Arzberg; Beilrode; Belgern-Schildau, Stadt; Cavertitz; Dahlen, Stadt; Dreiheide; Liebschützberg; Mügeln, Stadt; Naundorf; Oschatz, Stadt; Torgau, Stadt; Wermisdorf (übrige Gemeinden siehe WK 33 und 34)
36	Meißen 1	vom Landkreis Meißen die Gemeinden Diera-Zehren; Hirschstein; Käbschütztal; Lommatzsch, Stadt; Riesa, Stadt; Stauchitz; Strehla, Stadt; Zeithain (übrige Gemeinden siehe WK 37, 38 und 39)
37	Meißen 2	vom Landkreis Meißen die Gemeinden Ebersbach; Glaubitz; Gröditz, Stadt; Großenhain, Stadt; Lampertswalde; Nünchritz; Priestewitz; Radeburg, Stadt; Röderaue; Schönfeld; Thiendorf; Wülknitz (übrige Gemeinden siehe WK 36, 38 und 39)
38	Meißen 3	vom Landkreis Meißen die Gemeinden Klipphausen; Meißen, Stadt; Niederau; Nossen, Stadt; Weinböhla (übrige Gemeinden siehe WK 36, 37 und 39)
39	Meißen 4	vom Landkreis Meißen die Gemeinden Coswig, Stadt; Moritzburg; Radebeul, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 36, 37 und 38)
40	Dresden 1	von der Kreisfreien Stadt Dresden der Stadtbezirk Klotzsche, vom Stadtbezirk Pieschen die Stadtteile Kaditz, Mickten und Trachau, vom Stadtbezirk Loschwitz der Stadtteil Dresdner Heide, die Ortschaften Langebrück, Schönborn und Weixdorf (übrige Stadtbezirke/Ortschaften und Stadtteile siehe WK 41, 42, 43, 44, 45, 46 und 47)
41	Dresden 2	von der Kreisfreien Stadt Dresden der Stadtbezirk Neustadt, vom Stadtbezirk Altstadt die Stadtteile Johannstadt-Nord und Johannstadt-Süd (übrige Stadtbezirke/Ortschaften und Stadtteile siehe WK 40, 42, 43, 44, 45, 46 und 47)

<b>Wahlkreis (WK)</b>		<b>Gebiet des Wahlkreises</b>
<b>Nr.</b>	<b>Name</b>	
42	Dresden 3	von der Kreisfreien Stadt Dresden der Stadtbezirk Leuben, der Stadtbezirk Loschwitz ohne den Stadtteil Dresdner Heide, die Ortschaft Schönfeld-Weißig (übrige Stadtbezirke/Ortschaften und Stadtteile siehe WK 40, 41, 43, 44, 45, 46 und 47)
43	Dresden 4	von der Kreisfreien Stadt Dresden vom Stadtbezirk Blasewitz die Stadtteile Tolkewitz/Seidnitz-Nord und Seidnitz/Dobritz, der Stadtbezirk Prohlis ohne den Stadtteil Strehlen (übrige Stadtbezirke/Ortschaften und Stadtteile siehe WK 40, 41, 42, 44, 45, 46 und 47)
44	Dresden 5	von der Kreisfreien Stadt Dresden der Stadtbezirk Blasewitz ohne die Stadtteile Tolkewitz/Seidnitz-Nord und Seidnitz/Dobritz (übrige Stadtbezirke/Ortschaften und Stadtteile siehe WK 40, 41, 42, 43, 45, 46 und 47)
45	Dresden 6	von der Kreisfreien Stadt Dresden der Stadtbezirk Altstadt ohne die Stadtteile Johannstadt-Nord und Johannstadt-Süd, der Stadtbezirk Pieschen ohne die Stadtteile Kaditz, Mickten und Trachau vom Stadtbezirk Prohlis der Stadtteil Strehlen (übrige Stadtbezirke/Ortschaften und Stadtteile siehe WK 40, 41, 42, 43, 44, 46 und 47)
46	Dresden 7	von der Kreisfreien Stadt Dresden der Stadtbezirk Cotta ohne Löbtau-Nord und Löbtau-Süd, die Ortschaften Altfranken, Cossebaude, Oberwartha, Mobschatz und Gompitz (übrige Stadtbezirke/Ortschaften und Stadtteile siehe WK 40, 41, 42, 43, 44, 45 und 47)
47	Dresden 8	von der Kreisfreien Stadt Dresden der Stadtbezirk Plauen, vom Stadtbezirk Cotta die Stadtteile Löbtau-Nord und Löbtau-Süd (übrige Stadtbezirke/Ortschaften und Stadtteile siehe WK 40, 41, 42, 43, 44, 45 und 46)
48	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 1	vom Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Gemeinden Dorfhain; Freital, Stadt; Tharandt, Stadt; Wilsdruff, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 49, 50 und 51)
49	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 2	vom Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Gemeinden Altenberg, Stadt; Bannewitz; Dippoldiswalde, Stadt; Glashütte, Stadt; Hartmannsdorf-Reichenau; Hermsdorf/Erzgeb.; Klingenberg; Kreischa; Rabenau, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 48, 50 und 51)
50	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 3	vom Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Gemeinden Bad Gottleuba-Berggießhübel, Stadt; Bahretal; Dohma; Dohna, Stadt; Heidenau, Stadt; Liebstadt, Stadt; Müglitztal; Pirna, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 48, 49 und 51)
51	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 4	vom Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Gemeinden Bad Schandau, Stadt; Dürrröhrsdorf-Dittersbach; Gohrisch; Hohnstein, Stadt; Königstein/Sächs. Schw., Stadt; Lohmen; Neustadt in Sachsen, Stadt; Rathen, Kurort; Rathmannsdorf; Reinhardtsdorf-Schöna; Rosenthal-Bielatal; Sebnitz, Stadt; Stadt Wehlen, Stadt; Stolpen, Stadt; Struppen (übrige Gemeinden siehe WK 48, 49 und 50)
52	Bautzen 1/ Budyšin 1	vom Landkreis Bautzen/Wokrjes Budyšin die Gemeinden Bischofswerda, Stadt; Burkau/Porchow; Cunewalde; Demitz-Thumitz; Frankental; Göda/Hodžij; Großharthau; Großpostwitz/O. L./Budestecy; Neukirch/Lausitz; Obergurig/Hornja Hórka; Rammenau; Schirgiswalde-Kirschau, Stadt; Schmölln-Putzkau; Sohland a. d. Spree; Steinigtwolmsdorf; Wilthen, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 53, 54, 55 und 56)

Wahlkreis (WK)		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
53	Bautzen 2/ Budyšin 2	vom Landkreis Bautzen/Wokrjes Budyšin die Gemeinden Arnsdorf; Crostwitz/Chróścicy; Elstra, Stadt/Halštrow; Großnaundorf; Großröhrsdorf, Stadt; Haselbachtal; Kamenz, Stadt/Kamjenc; Lichtenberg; Nebelschütz/Njebjelčicy; Ohorn; Panschwitz- Kuckau/Pančicy-Kukow; Pulsnitz, Stadt; Räckelwitz/Worklecy; Ralbitz-Rosenthal/Ralbicy-Róžant; Steina (übrige Gemeinden siehe WK 52, 54, 55 und 56)
54	Bautzen 3/ Budyšin 3	vom Landkreis Bautzen/Wokrjes Budyšin die Gemeinden Bernsdorf, Stadt; Königsbrück, Stadt; Laußnitz; Neukirch; Oßling/Wóslin; Ottendorf-Okrilla; Radeberg, Stadt; Schwepnitz; Wachau; Wittichenau, Stadt/Kulow, město (übrige Gemeinden siehe WK 52, 53, 55 und 56)
55	Bautzen 4/ Budyšin 4	vom Landkreis Bautzen/Wokrjes Budyšin die Gemeinden Elsterheide/Halštrowska Hola; Hoyerswerda, Stadt/ Wojerecy; Königswartha/Rakecy; Lauta, Stadt; Lohsa/Łaz; Neschwitz/Njeswačidło; Puschwitz/Bóšicy; Radibor/Radwor; Spreetal/Sprjewiny Doł (übrige Gemeinden siehe WK 52, 53, 54 und 56)
56	Bautzen 5/ Budyšin 5	vom Landkreis Bautzen/Wokrjes Budyšin die Gemeinden Bautzen, Stadt/Budyšin; Doberschau-Gaußig/Dobruša-Huska; Großdubrau/ Wulka Dubrawa; Hochkirch/Bukey; Kubschütz/Kubšicy; Malschwitz/Malešecy; Weißenberg, Stadt/Wóspork (übrige Gemeinden siehe WK 52, 53, 54 und 55)
57	Görlitz 1/ Zhorjelc 1	vom Landkreis Görlitz/Wokrjes Zhorjelc die Gemeinden Bad Muskau, Stadt/Mužakow; Boxberg/O. L./Hamor; Gablenz/Jabłońc; Groß Düben/Džěwin; Hähnichen; Hohendubrau/Wysoka Dubrawa; Horka; Kodersdorf; Krauschwitz i.d. O.L./Krušwica; Kreba-Neudorf/ Chrjebja-Nowa Wjes; Mücka/Mikow; Neißeaue; Niesky, Stadt; Quitzdorf am See; Rietschen/Rěčicy; Rothenburg/O. L., Stadt; Schleife/ Slepo; Schöpstal; Trebendorf/Trjebin; Waldhufen; Weißkeißel/Wuskidź; Weißwasser/O. L., Stadt/Běła Woda (übrige Gemeinden siehe WK 58, 59 und 60)
58	Görlitz 2	vom Landkreis Görlitz die Gemeinden Görlitz, Stadt; Königshain; Markersdorf; Reichenbach/O. L., Stadt; Vierkirchen (übrige Gemeinden siehe WK 57, 59 und 60)
59	Görlitz 3	vom Landkreis Görlitz die Gemeinden Beiersdorf; Bernstadt a. d. Eigen, Stadt; Dürrhennersdorf; Ebersbach-Neugersdorf, Stadt; Großschweidnitz; Herrnhut, Stadt; Kottmar; Lawalde; Löbau, Stadt; Neusalza-Spremberg, Stadt; Oppach; Ostritz, Stadt; Rosenbach; Schönau-Berzdorf a. d. Eigen; Schönbach (übrige Gemeinden siehe WK 57, 58 und 60)
60	Görlitz 4	vom Landkreis Görlitz die Gemeinden Bertsdorf-Hörnitz; Großschönau; Hainewalde; Jonsdorf, Kurort; Leutersdorf; Mittelherwigsdorf; Oderwitz; Olbersdorf; Oybin; Seiffhennersdorf, Stadt; Zittau, Stadt (übrige Gemeinden siehe WK 57, 58 und 59)

**Verordnung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen**  
**über die Ausbildung und Prüfung im Vorbereitungsdienst der**  
**ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung**  
**Finanz- und Steuerverwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt**  
**Staatsfinanzverwaltungsdienst**  
**(Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung**  
**Staatsfinanzverwaltungsdienst – SächsAPOSTf)**

**Vom 31. Juli 2023**

Auf Grund des § 30 Satz 1 und 2 Nummer 1, 2 und 4 bis 9 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), von denen § 30 Satz 1 und Satz 2 Nummer 9 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juni 2018 (SächsGVBl. S. 430) und § 30 Satz 2 Nummer 8 durch Artikel 11 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, verordnet das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern:

**Inhaltsübersicht**

Abschnitt 1  
Allgemeine Regelungen

- § 1 Geltungsbereich und Gegenstand
- § 2 Ziel und Grundsätze der Ausbildung
- § 3 Studiengang
- § 4 Zugang zur Laufbahnausbildung
- § 5 Auswahlverfahren
- § 6 Rechtsstellung der Studentinnen und Studenten, Einstellungsbehörde
- § 7 Leitung der Ausbildung und Ausbildungsbehörden
- § 8 Ausbildungsverantwortliche
- § 9 Vorgesetzte
- § 10 Lehrveranstaltungsfreie Zeiten und Erholungsurlaub

Abschnitt 2  
Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes

- § 11 Gliederung des Vorbereitungsdienstes
- § 12 Fachstudien
- § 13 Aufsichtsarbeiten und Hausarbeiten während der Fachstudien
- § 14 Beurteilungen und Studiennoten für die Fachstudien
- § 15 Berufspraktische Studienzeiten
- § 16 Praktische Ausbildung
- § 17 Dienstbegleitende Lehrveranstaltungen
- § 18 Ausbildungsplan und Beschäftigungsnachweis
- § 19 Studienplan und Lehrpläne

Abschnitt 3  
Prüfungen

Unterabschnitt 1  
Gemeinsame Vorschriften

- § 20 Zwischenprüfung und Laufbahnprüfung
- § 21 Prüfungsbehörde und Prüfungsorgane
- § 22 Bestellung, Zusammensetzung und Beschlussfassung der Prüfungsausschüsse
- § 23 Aufgaben des Prüfungsausschusses und seiner oder seines Vorsitzenden

- § 24 Prüferinnen und Prüfer
- § 25 Prüfungskommission für die mündliche Prüfung
- § 26 Geheimhaltung
- § 27 Schriftliche Prüfung
- § 28 Nachteilsausgleich
- § 29 Prüfungsnoten
- § 30 Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten
- § 31 Fehlerberichtigung
- § 32 Säumnis und Rücktritt
- § 33 Mängel im Prüfungsverfahren
- § 34 Ordnungsverstöße
- § 35 Wiederholung von Prüfungen
- § 36 Prüfungsakte

Unterabschnitt 2  
Zwischenprüfung

- § 37 Ziel
- § 38 Schriftliche Prüfungsarbeiten
- § 39 Ergebnis der Zwischenprüfung
- § 40 Bekanntgabe des Ergebnisses der Zwischenprüfung

Unterabschnitt 3  
Laufbahnprüfung

- § 41 Ziel
- § 42 Schriftliche Prüfungsarbeiten
- § 43 Zulassung zur mündlichen Prüfung
- § 44 Mündliche Prüfung
- § 45 Ergebnis der Laufbahnprüfung
- § 46 Bekanntgabe des Ergebnisses der Laufbahnprüfung
- § 47 Platzziffer

Abschnitt 4  
Aufstiegsverfahren

- § 48 Einführungszeit und Aufstiegsprüfung

Abschnitt 5  
Schlussbestimmungen

- § 49 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Abschnitt 1  
Allgemeine Regelungen

§ 1

**Geltungsbereich und Gegenstand**

Diese Verordnung regelt die Ausbildung und Prüfung der Anwärterinnen und Anwärter im Vorbereitungsdienst für die erste Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Finanz- und Steuerverwaltung mit dem fachlichen

Schwerpunkt Staatsfinanzverwaltungsdienst des Freistaates Sachsen.

## § 2

### Ziel und Grundsätze der Ausbildung

(1) Ziel des Vorbereitungsdienstes ist der Erwerb der Befähigung für die erste Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Finanz- und Steuerverwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt Staatsfinanzverwaltungsdienst. Die Befähigung wird durch das Ableisten des Vorbereitungsdienstes und den erfolgreichen Abschluss der Laufbahnprüfung erworben.

(2) Der Vorbereitungsdienst vermittelt die berufliche Grundbildung, die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur Erfüllung der Aufgaben einer oder eines Bediensteten der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Finanz- und Steuerverwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt Staatsfinanzverwaltungsdienst erforderlich sind. Die Fähigkeiten zu problemorientiertem und methodischem Denken und Handeln sowie zur selbstständigen Wissenserweiterung sollen geweckt und gefördert werden. In der Ausbildung ist die Informationstechnologie einzubeziehen, die den späteren Tätigkeitsbereich berührt.

(3) Die Anwärterinnen und Anwärter sind verpflichtet, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten durch Selbststudium zu ergänzen.

## § 3

### Studiengang

(1) Zum Erwerb der Laufbahnbefähigung wird an der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum im Fachbereich Steuer- und Staatsfinanzverwaltung der Studiengang Staatsfinanzverwaltung eingerichtet.

(2) Der Studiengang beginnt aller zwei Jahre zum 1. September, erstmalig am 1. September 2023.

## § 4

### Zugang zur Laufbahnausbildung

Zur Laufbahnausbildung ist zugelassen, wer

1. ein Auswahlverfahren nach § 5 erfolgreich durchlaufen hat,
2. die Bildungsvoraussetzungen nach § 16 Absatz 2 Nummer 1 des Sächsischen Beamtengesetzes erfüllt und
3. die persönlichen Voraussetzungen für die Berufung ins Beamtenverhältnis erfüllt.

## § 5

### Auswahlverfahren

(1) Das Staatsministerium der Finanzen setzt für jeden Einstellungsjahrgang eine Obergrenze der Studienplätze fest.

(2) Die Studienplätze werden in einem zentralen Auswahlverfahren vergeben. Durch das Auswahlverfahren soll festgestellt werden, ob die Bewerberinnen und Bewerber für das Studium und die Laufbahnbefähigung geeignet sind.

(3) Für die Durchführung des zentralen Auswahlverfahrens wird bei der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum ein Auswahlausschuss gebildet.

(4) Die Auswahlentscheidung trifft das Landesamt für Steuern und Finanzen als Einstellungsbehörde.

## § 6

### Rechtsstellung der Studentinnen und Studenten, Einstellungsbehörde

(1) Der Vorbereitungsdienst wird im Beamtenverhältnis auf Widerruf abgeleistet. Wer zur Laufbahnausbildung zugelassen wird, führt die Dienstbezeichnung „Regierungsinspektoranwärterin“ oder „Regierungsinspektoranwärter“.

(2) Einstellungsbehörde ist das Landesamt für Steuern und Finanzen.

## § 7

### Leitung der Ausbildung und Ausbildungsbehörden

(1) Das Landesamt für Steuern und Finanzen lenkt die Gesamtausbildung. Es ist für die Durchführung der berufspraktischen Studienzeiten verantwortlich und stimmt die Gesamtausbildung mit der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum ab. Es weist die Anwärterinnen und Anwärter der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum für die einzelnen Fachstudien und den Ausbildungsbehörden für die einzelnen Ausbildungsabschnitte zu. Es kann den Besuch zusätzlicher Lehrgänge oder Veranstaltungen, die der Ausbildung dienen, anordnen.

(2) Für die Fachstudien ist die Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum verantwortlich.

(3) Ausbildungsbehörden sind

1. das Staatsministerium der Finanzen,
2. das Landesamt für Steuern und Finanzen,
3. der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement,
4. die Wahlausbildungsstelle.

## § 8

### Ausbildungsverantwortliche

(1) Beim Landesamt für Steuern und Finanzen ist eine Bedienstete oder ein Bediensteter als Ausbildungsleiterin oder Ausbildungsleiter zu benennen. Sie oder er koordiniert die Gesamtausbildung und stellt den Einsatzplan auf.

(2) Bei jeder Ausbildungsbehörde ist eine Bedienstete oder ein Bediensteter als Ausbildungsverantwortliche oder Ausbildungsverantwortlicher zu benennen.

(3) Die oder der Ausbildungsverantwortliche bestimmt, welchen Bediensteten (Ausbilderinnen und Ausbilder) die Anwärterinnen und Anwärter zur praktischen Ausbildung zugewiesen werden. Die Ausbilderinnen und Ausbilder sind für einen ausbildungsfördernden Einsatz der Anwärterinnen und Anwärter in ihrem Bereich verantwortlich und überprüfen die Beschäftigungsnachweise.

(4) Mit der Ausbildung soll nur betraut werden, wer über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt und nach seiner Persönlichkeit geeignet ist. Ausbildungsverantwortliche sowie Ausbilderinnen und Ausbilder sollen ungeachtet der Pflicht zur eigenen Fortbildung berufspäd-

agogisch und fachlich gefördert werden. Sie sollen von den übrigen Dienstgeschäften angemessen entlastet werden.

### **§ 9 Vorgesetzte**

Vorgesetzte der Anwärterinnen und Anwärter im Sinne § 2 Absatz 3 des Sächsischen Beamtengesetzes sind

1. während der Fachstudien die Rektorin oder der Rektor und die Leiterin oder der Leiter des Fachbereiches Steuer- und Staatsfinanzverwaltung der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum sowie für ihre Lehrveranstaltungen die Lehrkräfte,
2. während der berufspraktischen Studienzeiten die Leitung der Ausbildungsbehörde, die oder der Ausbildungsverantwortliche, die Ausbilder im Rahmen ihrer Ausbildungstätigkeit und für die dienstbegleitenden Lehrveranstaltungen die damit beauftragten Lehrkräfte.

### **§ 10 Lehrveranstaltungsfreie Zeiten und Erholungsurlaub**

(1) Die lehrveranstaltungsfreien Zeiten werden von der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum bestimmt.

(2) Soweit lehrveranstaltungsfreie Zeiten nicht ausdrücklich zum Selbststudium oder zur Prüfungsvorbereitung angesetzt werden, sind sie auf den Anspruch auf Erholungsurlaub anzurechnen. Der verbleibende Erholungsurlaub darf grundsätzlich nur während der berufspraktischen Studienzeit gewährt werden.

### **Abschnitt 2 Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes**

#### **§ 11 Gliederung des Vorbereitungsdienstes**

(1) Der Vorbereitungsdienst umfasst

1. Fachstudien im Umfang von 2200 Lehrveranstaltungsstunden einschließlich Aufsichtsarbeiten in einem Grund- und Hauptstudium von 21 Monaten Dauer und
2. berufspraktische Studienzeit von 15 Monaten Dauer.

(2) Fachstudien und berufspraktische Studienzeiten bilden eine Einheit. Die berufspraktischen Studienzeiten sind inhaltlich mit den im Grund- und Hauptstudium stattfindenden Fachstudien zu verbinden.

(3) Das Grundstudium beginnt spätestens einen Monat nach Beginn des Vorbereitungsdienstes und dauert mindestens zwölf Monate; es kann geteilt werden.

(4) Das Hauptstudium dauert mindestens sechs Monate; es kann geteilt werden.

(5) Die Anwärterin oder der Anwärter hat an den Lehrveranstaltungen teilzunehmen und die ihr oder ihm zur Ausbildung übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

(6) Die Anwärterin oder der Anwärter legt im Vorbereitungsdienst eine Zwischenprüfung und eine Laufbahnprüfung ab.

(7) Der Vorbereitungsdienst kann im Einzelfall aus wichtigem, nicht von der Anwärterin oder dem Anwärter zu vertretenden Grund verlängert werden.

### **§ 12 Fachstudien**

(1) Die Fachstudien umfassen Studienfächer in folgenden Fachgruppen:

1. Fachgruppe Rechtswissenschaften I, untergliedert in
  - a) Öffentliches Recht mit den Bereichen Staatsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Beamtenrecht, Beihilferecht, Reisekosten- und Umzugskostenrecht, Besoldungsrecht sowie Versorgungsrecht,
  - b) Steuerrecht mit den Bereichen Besitz- und Verkehrssteuern, Lohnsteuerabzug, Einheitsbewertung sowie Grundsteuer,
2. Fachgruppe Rechtswissenschaften II, untergliedert in
  - a) Privatrecht mit den Bereichen Bürgerliches Recht, Liegenschaftsrecht, Liegenschaftswesen sowie Zivilprozessrecht,
  - b) Arbeitsrecht mit den Bereichen Arbeitsvertrags- und Arbeitsschutzrecht, Tarifrecht, Sozialversicherungsrecht sowie Zusatzversorgungsrecht,
3. Fachgruppe Wirtschaftswissenschaften, untergliedert in
  - a) Finanzwissenschaften,
  - b) Haushaltsrecht,
  - c) Kassenwesen,
  - d) Rechnungswesen,
  - e) Betriebswirtschaftslehre,
  - f) Ökonomie des Verwaltungshandelns,
  - g) Controlling,
  - h) Verwaltungsinformatik,
4. Fachgruppe Sozial- und Verwaltungswissenschaften, untergliedert in
  - a) Einführung in die Methoden der Rechtsanwendung,
  - b) Arbeits- und Selbstorganisation sowie Management mit den Bereichen Zeit- und Selbstmanagement, Innovatives Denken, Umgang mit Innovationen, Probleme bewältigen,
  - c) Sozialwissenschaftliche Grundlagen des Verwaltungshandelns mit den Bereichen Kommunikation, Sachvortrag und Präsentation, Kooperation, Bürgerorientierung, Konfliktlösung.

(2) Außer Lehrveranstaltungen in den in Absatz 1 genannten Studienfächern können auch fächer- und fachgruppenübergreifende Lehrveranstaltungen durchgeführt werden. Außer den in Absatz 1 genannten Studienfächern können weitere Studienfächer als Wahlpflichtfächer oder Wahlfächer angeboten werden.

### **§ 13 Aufsichtsarbeiten und Hausarbeiten während der Fachstudien**

(1) Während des Grundstudiums ist vor der Zwischenprüfung aus jedem Schwerpunkt der Zwischenprüfung im Sinne von § 38 Absatz 1 mindestens eine Aufsichtsarbeit zu fertigen. Im weiteren Verlauf des Grundstudiums und während des Hauptstudiums ist aus jedem Schwerpunkt des schriftlichen Teils der Laufbahnprüfung im Sinne von § 42 Absatz 1 mindestens eine Aufsichtsarbeit zu fertigen. Es können weitere Aufsichtsarbeiten gestellt werden. Die Bearbeitungszeit der Aufsichtsarbeiten während des Grundstudiums beträgt mindestens 180 Minuten und im Übrigen beträgt die Bearbeitungszeit 300 Minuten. § 27 Absatz 1 und 4 Satz 1, die §§ 28 und 29, § 30 Absatz 3, § 32 Absatz 1 und 2 Satz 1 sowie § 34 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass mit Ausnahme von § 28 anstelle des Staatsministeriums der Finanzen die Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum entscheidet.

(2) Während des Hauptstudiums ist zu einem vorgegebenen Thema eine schriftliche Hausarbeit unter Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden zu fertigen. Die Bewertung der schriftlichen Hausarbeit schließt mit einer Punktzahl nach § 29 Absatz 1 bis 3 ab.

#### § 14

##### **Beurteilungen und Studiennoten für die Fachstudien**

(1) Vor der Zwischenprüfung und nach Beendigung des Grundstudiums sowie nach Beendigung des Hauptstudiums beurteilen die Lehrkräfte die Leistungen der Anwärterin oder des Anwärters auf der Grundlage der Durchschnittsnoten der Aufsichtsarbeiten in den einzelnen Studienabschnitten. Aus diesen Beurteilungen, den Leistungen in den Abschlussklausuren im Grundstudium und der schriftlichen Hausarbeit im Hauptstudium werden die Studiennoten berechnet.

(2) Im Grundstudium ist die Studiennote ein Siebtel der Summe aus

1. dem vierfachen der Durchschnittsnotenpunktzahl der Beurteilungen der Lehrkräfte und
2. dem dreifachen der Durchschnittsnotenpunktzahl der Abschlussklausuren.

(3) Im Hauptstudium ist die Studiennote ein Siebtel der Summe aus

1. dem fünffachen der Durchschnittsnotenpunktzahl der Beurteilungen der Lehrkräfte und
2. dem zweifachen der Notenpunktzahl der schriftlichen Hausarbeit.

(4) Die Beurteilungen und die Studiennoten sind der Anwärterin oder dem Anwärter schriftlich bekannt zu geben.

#### § 15

##### **Berufspraktische Studienzeiten**

Die berufspraktischen Studienzeiten umfassen die praktische Ausbildung und die Teilnahme an dienstbegleitenden Lehrveranstaltungen.

#### § 16

##### **Praktische Ausbildung**

(1) Die praktische Ausbildung soll sich in folgende Abschnitte gliedern:

1. beim Staatsministerium der Finanzen mindestens ein Monat,
2. beim Landesamt für Steuern und Finanzen mindestens fünf Monate,
3. beim Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement mindesten drei Monate,
4. bei der Wahlausbildungsstelle ein Monat.

(2) In den einzelnen Abschnitten sind die Anwärterinnen und Anwärter anhand praktischer Fälle in Rechtsanwendung und Arbeitstechniken zu schulen. Sie sollen an Dienstbesprechungen teilnehmen. Sie sind zur selbstständigen Erledigung der Arbeiten anzuleiten. Aufgaben ohne Ausbildungswert dürfen ihnen nicht übertragen werden.

(3) Jede Ausbildungsbehörde hat alsbald nach Beendigung des Ausbildungsabschnitts eine Beurteilung über die Anwärterin oder den Anwärter abzugeben. Die Beurteilung muss erkennen lassen, ob die Anwärterin oder der Anwärter das Ziel des Ausbildungsabschnitts erreicht hat. Die Leistungen der Anwärterin oder des Anwärters sind mit einer Punkt-

zahl und einer Note nach § 29 Absatz 1 bis 3 zu bewerten. Die Beurteilung ist der Anwärterin oder dem Anwärter mitzuteilen und mit ihr oder ihm zu besprechen.

(4) Am Ende der berufspraktischen Studienzeit bildet das Landesamt für Steuern und Finanzen aus den einzelnen Beurteilungen der Ausbildungsbehörden eine Gesamtbeurteilung, die mit einer Punktzahl und einer Note gemäß § 29 Absatz 4 und 5 schließt. Die Gesamtbeurteilung ist der Anwärterin oder dem Anwärter mitzuteilen.

#### § 17

##### **Dienstbegleitende Lehrveranstaltungen**

(1) Die Anwärterinnen und Anwärter nehmen während der berufspraktischen Studienzeiten an dienstbegleitenden Lehrveranstaltungen teil. Ihnen ist dabei Gelegenheit zu geben, ihr Fachwissen bei der Lösung praktischer Fälle anzuwenden und sich Arbeits- und Entscheidungstechniken anzueignen. Die dienstbegleitenden Lehrveranstaltungen können als Blockunterricht durchgeführt werden.

(2) Die Lehrpläne für die dienstbegleitenden Lehrveranstaltungen erstellt das Landesamt für Steuern und Finanzen im Einvernehmen mit der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum. Die Lehrpläne bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen. Die Organisation der dienstbegleitenden Lehrveranstaltungen obliegt dem Landesamt für Steuern und Finanzen.

#### § 18

##### **Ausbildungsplan und Beschäftigungsnachweis**

(1) Das Landesamt für Steuern und Finanzen stellt für jede Anwärterin und jeden Anwärter einen Ausbildungsplan auf. Der Ausbildungsplan ist der Anwärterin oder dem Anwärter zur Verfügung zu stellen.

(2) Der Ausbildungsplan bestimmt die zeitliche Folge der berufspraktischen Studienzeiten. Abweichend vom Ausbildungsplan darf die Anwärterin oder der Anwärter nur im Einvernehmen mit der Ausbildungsleiterin oder dem Ausbildungsleiter eingesetzt werden.

(3) Die Anwärterin oder der Anwärter führt für die Dauer der berufspraktischen Studienzeiten einen Beschäftigungsnachweis. Darin ist zu vermerken, in welchen Arbeitsgebieten und mit welchen Arbeiten er oder sie beschäftigt worden ist. Der Beschäftigungsnachweis ist der Ausbildungsleitung am Ende jedes Ausbildungsabschnitts vorzulegen. Der Beschäftigungsnachweis kann auch elektronisch geführt und vorgelegt werden.

#### § 19

##### **Studienplan und Lehrpläne**

(1) Der Studienplan enthält

1. die Verteilung der Lehrveranstaltungsstunden auf die Fachgruppen und die Studienfächer sowie auf die vorgesehenen fächerübergreifenden Lehrveranstaltungen während der Fachstudien,
2. die Verteilung der Lehrveranstaltungsstunden auf die einzelnen Abschnitte der Fachstudien und die dienstbegleitenden Lehrveranstaltungen während der berufspraktischen Studienzeit.

(2) Auf der Grundlage des Studienplans werden Lehrpläne erstellt, in denen eine Gliederung der Studienfächer

und vorgesehenen fächerübergreifenden Lehrveranstaltungen, die Lehrinhalte und gegebenenfalls die Lernziele für die Fachstudien festgelegt werden.

(3) Der Studienplan und die Lehrpläne für die Fachstudien werden von der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum unter Beteiligung des Landesamtes für Steuern und Finanzen aufgestellt. Sie bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

### **Abschnitt 3 Prüfungen**

#### **Unterabschnitt 1 Gemeinsame Vorschriften**

##### **§ 20 Zwischenprüfung und Laufbahnprüfung**

(1) Nach mindestens vier und höchstens sechs Monaten Fachstudien ist eine Zwischenprüfung abzulegen.

(2) Nach dem Hauptstudium ist der schriftliche und, nachdem die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Zulassung erteilt hat, der mündliche Teil der Laufbahnprüfung abzulegen.

##### **§ 21 Prüfungsbehörde und Prüfungsorgane**

(1) Prüfungsbehörde ist das Staatsministerium der Finanzen. Die Durchführung der Prüfungen obliegt dem Staatsministerium der Finanzen. Die Organisation der Zwischenprüfung und des schriftlichen Teils der Laufbahnprüfung wird der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum übertragen.

(2) Prüfungsorgane sind

1. der Prüfungsausschuss,
2. die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses,
3. die Prüferinnen und Prüfer,
4. die Prüfungskommission für die mündliche Prüfung.

(3) Die Prüfungsorgane sind bei ihrer Tätigkeit unabhängig, nicht an Weisungen gebunden sowie zur Unparteilichkeit und Verschwiegenheit verpflichtet.

##### **§ 22 Bestellung, Zusammensetzung und Beschlussfassung der Prüfungsausschüsse**

(1) Für die Prüfungen werden Prüfungsausschüsse gebildet. Das Staatsministerium der Finanzen bestellt jeweils die Mitglieder des Prüfungsausschusses für die Zwischenprüfung und die Laufbahnprüfung. Für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ist mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter für den Verhinderungsfall zu bestellen.

(2) Jedem Prüfungsausschuss müssen eine Beamtin oder ein Beamter der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 und mindestens vier Beamtinnen oder Beamte der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 angehören. Den Prüfungsausschüssen können auch andere Bedienstete des öffentlichen Dienstes angehören, wenn sie dieselben fachlichen Voraussetzungen wie die in Satz 1 genannten Beamtinnen und Beamten erfüllen.

(3) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die oder der Vorsitzende oder die Stellvertreterin oder der Stellvertreter und mindestens drei Mitglieder des Prüfungsausschusses anwesend sind. Beschlüsse des Prüfungsausschusses werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Stimm Enthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

(4) Auf Anordnung der oder des Vorsitzenden kann der Prüfungsausschuss Beschlüsse auch im schriftlichen oder elektronischen Sternverfahren fassen, wenn kein Mitglied dem widerspricht.

(5) Die oder der Vorsitzende ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. Hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich zu unterrichten.

##### **§ 23 Aufgaben des Prüfungsausschusses und seiner oder seines Vorsitzenden**

(1) Der Prüfungsausschuss hat

1. die schriftlichen Prüfungsarbeiten und die zugelassenen Hilfsmittel festzulegen,
2. über das Vorliegen eines Tatbestandes nach § 30 Absatz 3 und nach den §§ 32 bis 34 sowie über seine Folgen zu entscheiden,
3. bei der nachträglichen Geltendmachung von Mängeln im Prüfungsverfahren (§ 33) die erforderlichen Maßnahmen zu treffen,
4. sonstige ihm durch diese Verordnung übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Der Prüfungsausschuss kann die Wahrnehmung der Aufgaben nach Satz 1 Nummer 2 der oder dem Vorsitzenden übertragen.

(2) Die oder der Vorsitzende leitet den Prüfungsausschuss und hat für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben des Prüfungsausschusses zu sorgen. Sie oder er entscheidet, soweit nicht andere Prüfungsorgane zuständig sind.

(3) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich.

##### **§ 24 Prüferinnen und Prüfer**

(1) Die Prüferinnen und Prüfer bewerten die schriftlichen Prüfungsarbeiten und wirken bei der Abnahme der mündlichen Prüfung mit.

(2) Die Prüferinnen und Prüfer bestellt das Landesamt für Steuern und Finanzen.

(3) Die Prüferinnen und Prüfer müssen grundsätzlich der Laufbahngruppe 2 angehören. Prüferin oder Prüfer können auch andere Bedienstete des öffentlichen Dienstes sein, wenn sie dieselben fachlichen Voraussetzungen erfüllen.

##### **§ 25 Prüfungskommission für die mündliche Prüfung**

(1) Zur Abnahme der mündlichen Prüfung werden vom Landesamt für Steuern und Finanzen eine oder mehrere Prüfungskommissionen bestellt.



(2) Die Prüfungskommission besteht aus vier Prüferinnen oder Prüfern. Die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission muss der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 angehören. § 22 Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

### **§ 26 Geheimhaltung**

(1) Die Prüfungsaufgaben sind nach Prüfungsfächern getrennt bis zum Prüfungsbeginn geheim zu halten.

(2) Alle Verwaltungsangehörigen, die vom Inhalt der Entwürfe und von etwaigen Lösungshinweisen Kenntnis erhalten, sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

### **§ 27 Schriftliche Prüfung**

(1) Vor der schriftlichen Prüfung ist die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer über die Folgen von Verstößen gegen die Prüfungsordnung zu belehren. Sie oder er ist ferner über die Folgen einer nicht erfolgten oder verspäteten Abgabe der schriftlichen Prüfungsarbeiten zu belehren.

(2) Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer geben anstelle ihres Namens nur die Nummer des vorher ausgelosten Arbeitsplatzes an. Die Verzeichnisse mit den Nummern der Arbeitsplätze sind bis zum Abschluss der Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten verschlossen im Landesamt für Steuern und Finanzen zu verwahren.

(3) Die schriftlichen Prüfungsarbeiten sind hintereinander in einem Prüfungsblock zu absolvieren, soweit in dieser Rechtsverordnung nichts anderes geregelt ist. An einem Tag darf nur eine Aufgabe gestellt werden. Spätestens nach zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Prüfungstagen bleibt ein Tag prüfungsfrei.

(4) Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer haben die schriftlichen Prüfungsarbeiten selbstständig unter ständiger Aufsicht anzufertigen. Die von der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum eingesetzten Aufsichtskräfte erstellen über jeden Prüfungstag eine Prüfungsniederschrift, in der Beginn und Ende der schriftlichen Prüfung, Prüfungsverstöße und sonstige Unregelmäßigkeiten protokolliert werden.

### **§ 28 Nachteilsausgleich**

(1) Schwerbehinderten Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern sowie diesen gleichgestellten behinderten Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern (§ 2 Absatz 2 und 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch) ist auf Antrag ein ihrer Behinderung angemessener Nachteilsausgleich zu gewähren. Der Antrag ist beim Staatsministerium der Finanzen zu stellen. Die fachlichen Anforderungen dürfen durch die Gewährung eines Nachteilsausgleichs nicht herabgesetzt werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer, die nicht schwerbehindert oder diesen gleichgestellte behinderte Prüfungsteilnehmerinnen oder Prüfungsteilnehmer sind, aber wegen einer festgestellten, nicht nur vorübergehenden körperlichen Einschränkung bei der Fertigung der Prüfungsarbeiten erheblich beeinträchtigt sind. Bei vorübergehender körperlicher Beeinträchtigung können Maßnahmen nach Absatz 1 in Ausnahmefällen ge-

troffen werden, soweit dies die Chancengleichheit nicht beeinträchtigt.

(3) Anträge auf Nachteilsausgleich sind zu Beginn der Ausbildung zu stellen, spätestens jedoch vier Wochen vor Beginn der schriftlichen oder mündlichen Prüfungen. Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung eines Nachteilsausgleichs erst zu einem späteren Zeitpunkt vor, ist der Antrag unverzüglich zu stellen. In diesem Fall hat die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer die Unverzüglichkeit der Antragstellung darzulegen und nachzuweisen. Der Nachweis der Prüfungseinschränkung ist durch ein amtsärztliches oder betriebsärztliches Zeugnis zu führen. Aus diesem müssen Tatsachen, die die Prüfungseinschränkung belegen, hervorgehen. Die Begutachtung durch eine weitere Ärztin oder einen weiteren Arzt kann angeordnet werden.

### **§ 29 Prüfungsnoten**

(1) Die einzelnen Prüfungsleistungen werden bewertet bei einem erreichten Anteil der Leistungspunkte

1. von 96 Prozent mit Sehr gut (1) und 15 Punkten für eine den Anforderungen im besonderen Maß entsprechende Leistung,
2. von 91 Prozent mit Sehr gut (1) und 14 Punkten für eine den Anforderungen im besonderen Maß entsprechende Leistung,
3. von 87 Prozent mit Gut (2) und 13 Punkten für eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung,
4. von 82 Prozent mit Gut (2) und zwölf Punkten für eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung,
5. von 78 Prozent mit Gut (2) und elf Punkten für eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung,
6. von 73 Prozent mit Befriedigend (3) und zehn Punkten für eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung,
7. von 68 Prozent mit Befriedigend (3) und neun Punkten für eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung,
8. von 64 Prozent mit Befriedigend (3) und acht Punkten für eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung,
9. von 59 Prozent mit Ausreichend (4) und sieben Punkten für eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,
10. von 54 Prozent mit Ausreichend (4) und sechs Punkten für eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,
11. von 50 Prozent mit Ausreichend (4) und fünf Punkten für eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,
12. von 40 Prozent mit Mangelhaft (5) und vier Punkten für eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können,
13. von 30 Prozent mit Mangelhaft (5) und drei Punkten für eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können,
14. von 25 Prozent mit Mangelhaft (5) und zwei Punkten für eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können,
15. von 20 Prozent mit Ungenügend (6) und einem Punkt für eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind,

dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können,

16. von weniger als 20 Prozent mit Ungenügend (6) und null Punkten für eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

(2) Mit fünf Punkten darf eine Leistung erst bewertet werden, wenn die Anforderungen mindestens zur Hälfte erfüllt worden sind.

(3) Bei der Bewertung von Einzelleistungen sind Zwischenpunktzahlen unzulässig.

(4) Durchschnitts-, Zulassungs- und Endnotenpunktzahlen sind jeweils auf zwei Dezimalstellen nach dem Komma ohne Auf- und Abrundung zu berechnen.

(5) Der Notenwert ist wie folgt abzugrenzen:

1. 13,50 bis 15,00 Punkte entspricht sehr gut,
2. 11,00 bis 13,49 Punkte entspricht gut,
3. 8,00 bis 10,99 Punkte entspricht befriedigend,
4. 5,00 bis 7,99 Punkte entspricht ausreichend,
5. 2,00 bis 4,99 Punkte entspricht mangelhaft,
6. 0 bis 1,99 Punkte entspricht ungenügend.

### § 30

#### Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten

(1) Bei der Bewertung der Prüfungsarbeiten ist die Richtigkeit der Entscheidung, in Abhängigkeit von der Aufgabe auch die Art und Folgerichtigkeit der Begründung, die Gliederung und Klarheit der Darstellung sowie die Ausdrucksweise zu berücksichtigen.

(2) Jede Prüfungsarbeit ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. Bei abweichender Bewertung sollen die Prüferinnen oder Prüfer eine Einigung auf eine Punktzahl versuchen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet der Prüfungsausschuss im Rahmen der Bewertung der Prüferinnen oder Prüfer.

(3) Jede ohne ausreichende Entschuldigung nicht oder nicht rechtzeitig abgelieferte Prüfungsarbeit ist mit null Punkten zu bewerten.

### § 31

#### Fehlerberichtigung

(1) Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten bei der Ermittlung oder der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse können berichtigt werden.

(2) Prüfungszeugnisse, die auf Grund eines Fehlers unrichtig sind, sind zurückzugeben.

### § 32

#### Säumnis und Rücktritt

(1) Versäumt die Anwärterin oder der Anwärter die von ihr oder ihm zu erbringenden Prüfungsleistungen ganz oder teilweise ohne ausreichende Entschuldigung, so entscheidet der Prüfungsausschuss, ob die nicht erbrachte Prüfungsleistung nachgeholt werden kann oder mit Ungenügend zu bewerten ist oder ob die gesamte Prüfung für nicht bestanden erklärt wird.

(2) Beruht die Säumnis auf einem Grund, den die Anwärterin oder der Anwärter nicht zu vertreten hat, so soll die Prüfung nach Wegfall des Hinderungsgrundes unverzüglich nachgeholt werden. Der Hinderungsgrund ist unverzüglich anzuzeigen und nachzuweisen. Eine Erkrankung ist durch Vorlage eines amtsärztlichen Gutachtens nachzuweisen. Über die Anerkennung eines privatärztlichen Gutachtens entscheidet der Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss entscheidet zugleich, ob und in welchem Umfang bereits abgelieferte Prüfungsarbeiten anzurechnen sind. Für die Anrechnung sind insbesondere die Zahl der bereits abgelieferten Prüfungsarbeiten sowie Dauer, Grund und Häufigkeit der Säumnis zu berücksichtigen.

(3) Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann die Anwärterin oder der Anwärter mit Genehmigung des Prüfungsausschusses von der Prüfung zurücktreten. In diesem Fall gilt die schriftliche oder die mündliche Prüfung als nicht begonnen.

### § 33

#### Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die die Chancengleichheit erheblich verletzt haben, kann der Prüfungsausschuss auf Antrag einer Prüfungsteilnehmerin oder eines Prüfungsteilnehmers oder von Amts wegen anordnen, dass von bestimmten oder allen Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern die Prüfungsleistung oder einzelne Teile derselben zu wiederholen sind.

(2) Der Antrag ist unverzüglich beim Staatsministerium der Finanzen stellen. Er darf keine Bedingungen enthalten und kann nicht zurückgenommen werden. Die Geltendmachung ist ausgeschlossen, wenn seit dem Abschluss des Teils des Prüfungsverfahrens, das mit Mängeln behaftet war, ein Monat verstrichen ist.

(3) Anordnungen nach Absatz 1 darf der Prüfungsausschuss von Amts wegen ein Jahr nach Abschluss der Prüfungsleistung nicht mehr treffen.

### § 34

#### Ordnungsverstöße

(1) Über die Folgen eines Täuschungsversuches, einer Täuschung oder eines sonstigen Verstoßes gegen die Ordnung während der Aufsichtsarbeiten, der schriftlichen Hausarbeit, der Abschlussklausuren oder vergleichbaren Leistungen entscheidet das Staatsministerium der Finanzen. In schweren Fällen kann die einzelne Arbeit mit null Punkten bewertet werden.

(2) Über die Folgen eines Täuschungsversuches, einer Täuschung oder eines sonstigen Verstoßes gegen die Ordnung während der Zwischenprüfung oder während des schriftlichen Teils der Laufbahnprüfung entscheidet der Prüfungsausschuss. Er kann in schweren Fällen die einzelne Prüfungsarbeit mit null Punkten bewerten.

(3) Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer, die einen schweren Ordnungsverstoß begehen, können von der Leiterin oder dem Leiter des Fachbereiches Steuer- und Staatsfinanzverwaltung der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum von der Fortsetzung der Prüfungsarbeit ausgeschlossen werden. Der Prüfungsausschuss ist unverzüglich zu unterrichten. Er entscheidet über die endgültig zu treffenden Maßnahmen.

(4) Begeht die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer im mündlichen Teil der Laufbahnprüfung einen Täuschungsversuch oder eine Täuschung oder verstößt sie oder er sonst gegen die Ordnung, so kann die Prüfungskommission sie oder ihn in schweren Fällen von der weiteren Teilnahme an der mündlichen Prüfung ausschließen. Sie kann die Nachholung der mündlichen Prüfung anordnen oder die Prüfung als nicht bestanden erklären.

(5) Stellt sich innerhalb von drei Jahren nach der Bekanntgabe des Prüfungszeugnisses heraus, dass eine Täuschung vorgelegen hat, so kann das Staatsministerium der Finanzen die Prüfung für ungültig und als nicht bestanden erklären oder die Gesamtnote zum Nachteil der Prüfungsteilnehmerin oder des Prüfungsteilnehmers abändern. Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen.

### § 35

#### Wiederholung von Prüfungen

(1) Wer eine Prüfung nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen. Die Prüfung ist im gesamten Umfang zu wiederholen.

(2) Hat eine Anwärtlerin oder ein Anwärter die Zwischenprüfung nicht bestanden und ist eine Wiederholung zulässig, soll diese innerhalb von sieben Monaten nach Bekanntgabe des Ergebnisses stattfinden. Der Ausbildungsablauf wird wegen der Wiederholung der Zwischenprüfung nicht ausgesetzt. Der Vorbereitungsdienst wird nicht verlängert.

(3) Ist die Zwischenprüfung in der Wiederholung nicht bestanden oder aufgrund eigenen Verschuldens der Anwärtlerin oder des Anwerter nicht innerhalb der Frist nach Absatz 2 wiederholt worden, so gilt die Zwischenprüfung als endgültig nicht bestanden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat der Anwärtlerin oder dem Anwärter das Nichtbestehen der Zwischenprüfung schriftlich bekanntzugeben.

(4) Hat eine Anwärtlerin oder ein Anwärter die Laufbahnprüfung nicht bestanden und ist eine Wiederholung zulässig, soll diese innerhalb von sieben Monaten nach Bekanntgabe des Ergebnisses stattfinden. Der Vorbereitungsdienst verlängert sich um diesen Zeitraum.

(5) Prüfungswiederholungen zur Notenverbesserung sind nicht zulässig.

### § 36

#### Prüfungsakte

(1) Nach Abschluss der Zwischenprüfung oder der Laufbahnprüfung können die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer auf schriftlichen oder elektronischen Antrag Einsicht in ihre Prüfungsakte nehmen. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Die Einsichtnahme ist zu vermerken.

(2) Zur Prüfungsakte gehören alle Unterlagen, die für die Ermittlung des Prüfungsergebnisses maßgeblich sind.

(3) Die Prüfungsakte wird nach Beendigung des Vorbereitungsdienstes mindestens fünf und längstens zehn Jahre aufbewahrt und anschließend vernichtet. Prüfungsergebnisse der Laufbahnprüfung können bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden. Sie werden anschließend vernichtet. Die Unterlagen können bei unterschiedlichen Stellen aufbewahrt werden.

## Unterabschnitt 2 Zwischenprüfung

### § 37

#### Ziel

In der Zwischenprüfung soll die Anwärtlerin oder der Anwärter zeigen, ob sie oder er den Kenntnissen und Fähigkeiten nach geeignet erscheint, den Studiengang erfolgreich fortzusetzen. Die Zwischenprüfung erfolgt als schriftliche Prüfung.

### § 38

#### Schriftliche Prüfungsarbeiten

- (1) In der Zwischenprüfung sind anzufertigen
  1. aus der Fachgruppe Rechtswissenschaften I zwei schriftliche Prüfungsarbeiten,
  2. aus der Fachgruppe Rechtswissenschaften II zwei schriftliche Prüfungsarbeiten,
  3. aus der Fachgruppe Wirtschaftswissenschaften eine schriftliche Prüfungsarbeit.

(2) Jedes Prüfungsfach kann mit Aufgaben aus übergreifenden oder angrenzenden Fächern verbunden werden.

(3) Die Bearbeitungszeit beträgt jeweils 180 Minuten.

### § 39

#### Ergebnis der Zwischenprüfung

(1) Im Anschluss an die Bewertung der Prüfungsarbeiten setzt der Prüfungsausschuss die Endnotenpunktzahl der Zwischenprüfung fest.

- (2) Die Endnotenpunktzahl ist die Summe aus
  1. dem zehnfachen der Durchschnittspunktzahl der Leistungen bis zur Zwischenprüfung und
  2. dem 30-fachen der Durchschnittspunktzahl der Prüfungsarbeiten der Zwischenprüfung.

- (3) Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn
  1. mindestens drei Prüfungsarbeiten mit jeweils mindestens fünf Punkten bewertet worden sind,
  2. in der schriftlichen Prüfung eine Durchschnittspunktzahl von mindestens fünf erreicht worden ist und
  3. die Endnotenpunktzahl mindestens 200 beträgt.

(4) Bei bestandener Zwischenprüfung setzt der Prüfungsausschuss anhand der Endnotenpunktzahl die Prüfungsgesamtnote für die Zwischenprüfung fest.

### § 40

#### Bekanntgabe des Ergebnisses der Zwischenprüfung

(1) Die erreichte Endnotenpunktzahl, deren Ermittlung und die aus der Endnotenpunktzahl gebildete Prüfungsgesamtnote werden der Prüfungsteilnehmerin oder dem Prüfungsteilnehmer bekanntgegeben.

(2) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnetes Prüfungszeugnis.

(3) Wer die Prüfung nicht bestanden hat, erhält eine von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnete Mitteilung über das Nichtbestehen.

### Unterabschnitt 3 Laufbahnprüfung

#### § 41 Ziel

(1) Die Laufbahnprüfung dient der Feststellung, ob eine Prüfungsteilnehmerin oder ein Prüfungsteilnehmer die Ziele des Vorbereitungsdienstes erreicht hat und nach dem Gesamtbild ihrer oder seiner Persönlichkeit für die angestrebte Laufbahn befähigt ist. Das Bestehen der Laufbahnprüfung begründet keinen Anspruch auf die Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Probe.

(2) Die Laufbahnprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil.

(3) Geprüft werden das Verständnis des Erlernten und insbesondere im mündlichen Teil die methodische und soziale Handlungsfähigkeit. Unter dieser Zielsetzung ist auch die Feststellung von Einzelkenntnissen einzubeziehen.

#### § 42 Schriftliche Prüfungsarbeiten

(1) Im schriftlichen Teil der Laufbahnprüfung sind anzufertigen

1. aus der Fachgruppe Rechtswissenschaften I zwei schriftliche Prüfungsaufgaben,
2. aus der Fachgruppe Rechtswissenschaften II zwei schriftliche Prüfungsarbeiten,
3. aus der Fachgruppe Wirtschaftswissenschaften eine schriftliche Prüfungsarbeit.

(2) Jedes Prüfungsfach kann mit Aufgaben aus übergreifenden oder angrenzenden Fächern verbunden werden.

(3) Die Prüfungszeit beträgt jeweils 300 Minuten.

#### § 43 Zulassung zur mündlichen Prüfung

(1) Zum mündlichen Teil der Laufbahnprüfung werden Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer zugelassen, wenn

1. mindestens drei ihrer Prüfungsarbeiten des schriftlichen Teils der Laufbahnprüfung mit jeweils mindestens fünf Punkten bewertet worden sind,
2. im schriftlichen Teil der Laufbahnprüfung eine Durchschnittsnotenpunktzahl von mindestens 5 erreicht worden ist und die Zulassungspunktzahl mindestens 170 beträgt.

(2) Die Zulassungspunktzahl ist die Summe aus

1. dem siebenfachen der Studiennote für das Grundstudium,
2. dem achtfachen der Studiennote für das Hauptstudium,
3. dem fünffachen der Notenpunktzahl für die Leistungen in den berufspraktischen Studienzeiten sowie
4. dem 14-fachen der Durchschnittsnotenpunktzahl der Prüfungsarbeiten des schriftlichen Teils der Laufbahnprüfung.

(3) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses setzt die Zulassungsnotenpunktzahl fest. Ihr oder ihm müssen vorliegen:

1. die Beurteilung in den berufspraktischen Studienzeiten,
2. die Beurteilung der Leistungen im Grundstudium,

3. die Beurteilung der Leistungen im Hauptstudium und
4. das Beurteilungsblatt für die schriftlichen Laufbahnprüfungen.

(4) Wer zum mündlichen Teil nicht zugelassen ist, hat die Laufbahnprüfung nicht bestanden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat der Anwärterin oder dem Anwärter das Nichtbestehen der Laufbahnprüfung schriftlich bekanntzugeben.

#### § 44 Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung kann sich auf alle Studienfächer des § 12 Absatz 1 erstrecken. In der mündlichen Prüfung werden vier Prüfungsgebiete aus mindestens drei Fachgruppen geprüft. Die Prüfungsgebiete bestehen jeweils aus einem oder mehreren Studienfächern derselben Fachgruppe.

(2) Die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission leitet die mündliche Prüfung. Sie oder er achtet darauf, dass die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer in geeigneter Weise befragt wird und ist berechtigt, jederzeit in die Prüfung einzugreifen.

(3) In der mündlichen Prüfung sollen Gruppen von nicht mehr als vier Prüfungsteilnehmerinnen oder Prüfungsteilnehmern geprüft werden. Die Prüfungszeit beträgt für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer in der Regel 45 bis 60 Minuten.

(4) Die Leistungen der Prüfungsteilnehmerin oder des Prüfungsteilnehmers werden von der Prüfungskommission bewertet. Für jedes Prüfungsgebiet wird eine Punktzahl gemäß § 29 Absatz 1 bis 3 vergeben. Weichen die Bewertungen der Prüfer voneinander ab, entscheidet die Prüfungskommission mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden der Prüfungskommission den Ausschlag. Das Ergebnis der mündlichen Prüfung ist in einer Durchschnittspunktzahl auszudrücken.

(5) Für jede Prüfungsteilnehmerin und jeden Prüfungsteilnehmer ist eine Niederschrift über die mündliche Prüfung zu fertigen. Diese ist Bestandteil der Prüfungsakte.

(6) § 28 gilt entsprechend.

#### § 45 Ergebnis der Laufbahnprüfung

(1) Nach Ende der mündlichen Prüfung setzt der Prüfungsausschuss die Endnotenpunktzahl fest und ermittelt das Ergebnis der Laufbahnprüfung.

(2) Die Endnotenpunktzahl der Laufbahnprüfung ist die Summe aus

1. dem fünffachen der Notenpunktzahl der Beurteilung in den berufspraktischen Studienzeiten,
2. dem siebenfachen der Studiennote für das Grundstudium,
3. dem achtfachen der Studiennote für das Hauptstudium,
4. dem 14-fachen der Durchschnittsnotenpunktzahl der Prüfungsarbeiten des schriftlichen Teils der Laufbahnprüfung und
5. dem sechsfachen der Durchschnittsnotenpunktzahl des mündlichen Teils der Laufbahnprüfung.

(3) Die Prüfung ist bestanden, wenn die Anwärtlerin oder der Anwärter

1. den mündlichen Teil der Laufbahnprüfung bestanden hat und
2. eine Endnotenpunktzahl von mindestens 200 erreicht hat.

(4) Bei bestandener Laufbahnprüfung setzt der Prüfungsausschuss anhand der Endnotenpunktzahl die Prüfungsgesamtnote der Laufbahnprüfung fest.

#### § 46

##### **Bekanntgabe des Ergebnisses der Laufbahnprüfung**

(1) Die erreichte Endnotenpunktzahl, deren Ermittlung und die aus der Endnotenpunktzahl gebildete Prüfungsgesamtnote werden der Prüfungsteilnehmerin oder dem Prüfungsteilnehmer bekanntgegeben.

(2) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnetes Zeugnis. Das Zeugnis enthält die Endnotenpunktzahl und die Prüfungsgesamtnote.

(3) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat der Anwärtlerin oder dem Anwärter das Nichtbestehen der Laufbahnprüfung schriftlich bekanntzugeben.

#### § 47

##### **Platzziffer**

(1) Für jede Prüfungsteilnehmerin und jeden Prüfungsteilnehmer, die oder der die Laufbahnprüfung bestanden hat, ist eine Platzziffer festzusetzen. Die Platzziffer ergibt sich aus der Rangfolge der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer entsprechend der erzielten Endnotenpunktzahlen. Bei gleicher Endnotenpunktzahl erhält die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer mit der besseren Durchschnittspunktzahl im schriftlichen Teil der Laufbahnprüfung die niedrigere Platzziffer. Bei gleicher Durchschnittspunktzahl im schriftlichen Teil der Laufbahnprüfung wird die gleiche Platzziffer erteilt. Wird die gleiche Platzziffer mehrfach erteilt, erhält die nächstfolgende Prüfungsteilnehmerin oder der nächstfolgende Prüfungsteilnehmer die Platzziffer, die sich ergibt, wenn die mehreren Platzziffern fortlaufend weitergezählt werden.

(2) Bei der Mitteilung der erreichten Platzziffer wird angegeben, wie viele Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer sich der Laufbahnprüfung unterzogen haben und wie viele die Laufbahnprüfung bestanden haben. Wird die gleiche Platzziffer an mehrere Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer vergeben, ist auch deren Zahl anzugeben.

#### Abschnitt 4

##### **Aufstiegsverfahren**

#### § 48

##### **Einführungszeit und Aufstiegsprüfung**

(1) Die zum Aufstieg zugelassenen Beamtinnen und Beamte der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Finanz- und Steuerverwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt Staatsfinanzverwaltungsdienst werden drei Jahre in die Aufgaben der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Finanz- und Steuerverwaltung mit fachlichem Schwerpunkt Staatsfinanzverwaltungsdienst eingeführt. Sie besuchen als Einführung die Lehrveranstaltungen der Fachstudien an der Hochschule Meißen und nehmen an den berufspraktischen Studienzeiten mit dienstbegleitenden Lehrveranstaltungen teil.

(2) Für den Aufstieg zugelassene Beamtinnen und Beamte gelten die Vorschriften dieser Verordnung mit der Ausnahme des § 6 entsprechend.

(3) Sie haben die Laufbahnprüfung als Aufstiegsprüfung abzulegen.

#### Abschnitt 5

##### **Schlussbestimmungen**

#### § 49

##### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung Staatsfinanzverwaltungsdienst vom 7. August 2017 (SächsGVBl. S. 415) außer Kraft.

Dresden, den 31. Juli 2023

Der Staatsminister der Finanzen  
Hartmut Vorjohann

# **Vierundzwanzigste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der Sächsischen E-Justizverordnung**

**Vom 2. August 2023**

Auf Grund des § 65b Absatz 1 Satz 2 und 5 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), von dem Satz 2 durch Artikel 4 Nummer 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I. S. 837) eingefügt und Satz 5 durch Artikel 18 Nummer 2 Buchstabe a des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Nummer 38 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2014 (SächsGVBl. S. 673), der durch Artikel 1 Nummer 7 der Verordnung vom 28. Mai 2018 (SächsGVBl. S. 410) neu gefasst worden ist, verordnet das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung:

## **Artikel 1**

### **Änderung der Sächsischen E-Justizverordnung**

Der Anlage 1 der Sächsischen E-Justizverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 2014 (SächsGVBl. S. 291), die zuletzt durch die Verordnung vom 6. Juni 2023 (SächsGVBl. S. 422) geändert worden ist, wird folgende Nummer 43 angefügt:

„43.	Sozialgericht Dresden“.
------	-------------------------

## **Artikel 2**

### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 2. August 2023

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie,  
Europa und Gleichstellung  
Katja Meier

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

Die vorliegende Verordnung gibt der weiteren Einführung der elektronischen Verfahrensakte ihren rechtlichen Rahmen. Am 30. Oktober 2023 beginnt der Rollout beim Sozialgericht Dresden.

Aufgrund der bereits bei Erlass der bundesrechtlichen Ermächtigungsnormen vorgenommenen Prüfung zum Erfüllungsaufwand bezüglich der Einführung der elektronischen Verfahrensakte ist eine erneute Prüfung auf Landesebene entbehrlich (§ 4 Absatz 1 Satz 2 SächsNKRg).

### **B. Besonderer Teil**

#### **Zu Artikel 1 (Änderung der Sächsischen E-Justizverordnung)**

##### **Zu Nummer 1**

Mit der Ergänzung der Anlage 1 wird die Einführung der elektronischen Verfahrensakte beim Sozialgericht Dresden ermöglicht. Der Zeitpunkt des Beginns der Einführung und die Art der Verfahren, in denen dies vorgesehen ist, werden in der gleichzeitig inkrafttretenden Änderung der VwVEakte geregelt.

##### **Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)**

Die Vorschrift regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung.

# Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Umsetzung der Neuregelungen bei der Finanzierung der Kindertagesbetreuung

Vom 31. Juli 2023

- Auf Grund
- des § 2 Absatz 3 Satz 5 und des § 18 Absatz 4 Satz 2 des Gesetzes über Kindertagesbetreuung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 2009 (SächsGVBl. S. 225), von denen § 2 Absatz 3 Satz 5 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 1. Juni 2023 (SächsGVBl. S. 326) und § 18 Absatz 4 Satz 2 zuletzt durch Artikel 22 Nummer 4 Buchstabe c Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern und dem Staatsministerium der Finanzen,
  - des § 13 Absatz 4 Satz 2 in Verbindung mit § 16 Absatz 2 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648),
- verordnet das Staatsministerium für Kultus:

## Artikel 1

### Änderung der Sächsischen Kindertageseinrichtungen-Finanzierungsverordnung

Die Sächsische Kindertageseinrichtungen-Finanzierungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. November 2015 (SächsGVBl. S. 695), die zuletzt durch die Verordnung vom 28. Oktober 2021 (SächsGVBl. S. 1280) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Wörter „Kindertageseinrichtungen-Finanzierungsverordnung“ durch die Wörter „Kindertagesbetreuung-Finanzierungsverordnung“ ersetzt.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Im Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Kindertageseinrichtungen“ durch das Wort „Kindertagesbetreuung“ ersetzt.
  - b) In Nummer 2 wird das Wort „Schulvorbereitungsjahr“ durch die Wörter „letzten Kindergartenjahr“ ersetzt.
3. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 wird das Wort „Kindertageseinrichtungen“ durch das Wort „Kindertagesbetreuung“ ersetzt.
    - bb) In Satz 3 wird die Angabe „3 037“ durch die Angabe „3 455“ ersetzt.
  - b) In Absatz 2 wird die Angabe „2 097“ durch die Angabe „2 391“ ersetzt.
  - c) In Absatz 3 wird die Angabe „3 037“ durch die Angabe „3 455“ ersetzt.
4. § 3 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) Im Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Kindertageseinrichtungen“ durch das Wort „Kindertagesbetreuung“ ersetzt.

- bb) In Nummer 1 wird die Angabe „887“ durch die Angabe „908“ ersetzt.
- cc) In Nummer 2 wird die Angabe „194“ durch die Angabe „190“ ersetzt.
- dd) In Nummer 3 wird die Angabe „68“ durch die Angabe „64“ ersetzt.
- ee) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:
  - „4. für Kinder in Kindertagespflege
    - a) an Stelle der Betreuung in einer Kinderkrippe 437 Euro und
    - b) an Stelle der Betreuung in einem Kindergarten 533 Euro.“
- b) In Absatz 3 wird das Wort „Kindertageseinrichtungen“ durch das Wort „Kindertagesbetreuung“ ersetzt.

5. § 4 wird wie folgt gefasst:

### „§ 4 Übergangsregelung

§ 2 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 3 gilt mit der Maßgabe, dass sich der Landeszuschuss zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 31. Juli 2023 auf 3 237 Euro beläuft. § 2 Absatz 2 gilt mit der Maßgabe, dass sich der Landeszuschuss im selben Zeitraum auf 2 235 Euro beläuft.“

## Artikel 2

### Änderung der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung

Die Sächsische Förderschülerbetreuungsverordnung vom 19. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 494), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 329) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden vor dem Wort „Schülern“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
    - „(1) Diese Verordnung gilt für
      1. Heime an allgemeinbildenden Förderschulen gemäß § 13 Absatz 2 des Sächsischen Schulgesetzes und
      2. Betreuungsangebote für die Klassenstufen 1 bis 6 gemäß § 16 Absatz 2 des Sächsischen Schulgesetzes
 soweit in ihnen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf betreut und gefördert werden, die keinen Anspruch auf Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch oder nach § 35a des Achten Buches Sozialgesetzbuch haben (Einrichtungen).“
  - b) In Absatz 2 wird das Wort „Kindertageseinrichtungen“ durch das Wort „Kindertagesbetreuung“ ersetzt und die Wörter „Artikel 22 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ wer-

den durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 1. Juni 2023 (SächsGVBl. S. 326)“ ersetzt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 1 wird das Wort „Kindertageseinrichtungen“ durch das Wort „Kindertagesbetreuung“ ersetzt.
  - bb) In Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 werden vor dem Wort „und“ die Wörter „sowie Schülerinnen“ eingefügt und wird das Wort „Kindertageseinrichtungen“ durch das Wort „Kindertagesbetreuung“ ersetzt.

4. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden vor dem Wort „Mitarbeiter“ die Wörter „Mitarbeiterinnen und“ eingefügt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
  - aa) Satz 1 Nummer 1 bis 3 wird wie folgt gefasst:
    1. für Einrichtungen gemäß § 1 Absatz 1 Nummer 1 eine vollbeschäftigte pädagogische Fachkraft für zwölf Schülerinnen und Schüler sowie eine Nachtwache für bis zu 30 Schülerinnen und Schüler, bezogen auf eine Öffnungszeit des Heimes von Montag bis Freitag an 250 Betreuungstagen jährlich bei 8 Stunden Nachtwache und durchschnittlich 4 Stunden Beschulung pro Betreuungstag; aufgrund der besonderen Betreuungserfordernisse in den Heimen eine tägliche Doppelbesetzung der Gruppen mit pädagogischen Fachkräften von 4 Stunden,
    2. für Einrichtungen gemäß § 1 Absatz 1 Nummer 2 und bei einer Betreuung nach § 1 Absatz 2
      - a) 0,8 vollbeschäftigte pädagogische Fachkräfte für 15 Schülerinnen und Schüler bezogen auf eine 5-stündige Betreuung,
      - b) 0,9 vollbeschäftigte pädagogische Fachkräfte für 15 Schülerinnen und Schüler bezogen auf eine 6-stündige Betreuung,
      - c) 0,054 vollbeschäftigte pädagogische Fachkräfte für mittelbare pädagogische Tätigkeiten für je eine einzusetzende vollbeschäftigte pädagogische Fachkraft,
    3. eine pädagogische Fachkraft zur Leitung einer Einrichtung für je zehn einzusetzende vollbeschäftigte pädagogische Fachkräfte.“
  - bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Bemessungsgrundlage für eine vollbeschäftigte pädagogische Fachkraft ist eine 40-stündige Wochenarbeitszeit.“
  - c) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nummer 1 wird das Wort „eine“ durch die Angabe „1“ ersetzt.
    - bb) In Nummer 2 wird das Wort „zwei“ durch die Angabe „2“ ersetzt.

5. In § 5 Absatz 2 Satzteil vor Nummer 1 und § 6 Absatz 2 Satz 2 wird jeweils die Angabe „11. Dezember 2017 (SächsABl. Sdr. S. S 409)“ durch die Angabe „3. Dezember 2021 (SächsABl. Sdr. S. S 211)“ ersetzt.

6. In § 8 Satz 1 und § 9 Absatz 2 sowie § 10 wird jeweils das Wort „Kindertageseinrichtungen“ durch das Wort „Kindertagesbetreuung“ ersetzt.

7. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 werden jeweils die Wörter „einem Schüler besucht,“ durch die Wörter „einer Schülerin oder einem Schüler besucht, deren oder“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 werden die Wörter „einen Schüler,“ durch die Wörter „eine Schülerin oder einen Schüler, die oder“ ersetzt und die Wörter „der Schüler“ durch die Wörter „die Schülerin oder der Schüler“ ersetzt.

8. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 2 im Satzteil vor Nummer 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerin oder“ eingefügt.
  - bb) In Satz 3 wird das Wort „fünf“ durch die Angabe „5“ und das Wort „sechs“ durch die Angabe „6“ sowie das Wort „neun“ durch die Angabe „9“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 1 und 3 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.

### Artikel 3

#### Weitere Änderungen

#### der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung

Die Sächsische Förderschülerbetreuungsverordnung vom 19. Juni 2008 (SächsGBVl. S. 494), die zuletzt durch Artikel 2 dieser Verordnung geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 4 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 wird folgender Buchstabe d angefügt:

„d) 0,04 vollbeschäftigte pädagogische Fachkräfte für mittelbare pädagogische Tätigkeiten für je eine einzusetzende vollbeschäftigte pädagogische Fachkraft.“
2. § 12 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Buchstabe a wird die Angabe „1 902“ durch die Angabe „2 252“ ersetzt.
  - b) In Buchstabe b wird die Angabe „2 093“ durch die Angabe „2 441“ ersetzt.
3. § 13 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) § 12 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a gilt mit der Maßgabe, dass sich der jährliche Landeszuschuss zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 31. August 2023 auf 2 028 Euro beläuft. § 12 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b gilt mit der Maßgabe, dass sich der jährliche Landeszuschuss im selben Zeitraum auf 2 231 Euro beläuft.“



Artikel 4  
**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt vorbehaltlich der Sätze 2 bis 4 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nummer 3

Buchstabe a Doppelbuchstabe bb, Buchstabe b und c sowie Artikel 3 Nummer 2 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft. Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb bis ee tritt mit Wirkung vom 1. August 2023 in Kraft. Artikel 3 Nummer 1 und 3 tritt am 1. September 2023 in Kraft.

Dresden, den 31. Juli 2023

Der Staatsminister für Kultus  
Christian Piwarz

# **Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Förderschulen**

**Vom 31. Juli 2023**

Auf Grund

- des § 4c Absatz 9 Nummer 1 und 2, § 34 Absatz 3 Nummer 1, § 44 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1, § 62 Absatz 1, 2 Nummer 1, 2, 4, 4a und 5 Buchstabe b, Nummer 6, 7, 9 und 10 sowie Absatz 4 Satz 3 und § 63a Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), von denen durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 731) § 4c Absatz 9 Nummer 1 neu gefasst, § 4c Absatz 9 Nummer 2 eingefügt, § 62 Absatz 2 Nummer 2, 4, 4a, 6, 7 und 9 geändert sowie § 62 Absatz 2 Nummer 10 eingefügt worden ist und § 62 Absatz 2 Nummer 5 Buchstabe b durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Februar 2023 (SächsGVBl. S. 62) zuletzt geändert worden ist,
  - des § 20 Nummer 3 und 4 des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft vom 8. Juli 2015 (SächsGVBl. S. 434), von denen § 20 Nummer 4 durch Artikel 4 Nummer 10 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist,
- verordnet das Staatsministerium für Kultus:

## **Artikel 1**

### **Änderung der Schulordnung Förderschulen**

Die Schulordnung Förderschulen vom 3. August 2004 (SächsGVBl. S. 317), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 22. Juni 2021 (SächsGVBl. S. 713, 1184) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - a) Die Angabe zu § 13 wird wie folgt gefasst:  
„§ 13 Beratung und Verfahren zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf“.
  - b) In der Angabe zu Abschnitt 7 werden die Wörter „im Förderschwerpunkt Lernen und im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung“ gestrichen.
  - c) Die Angaben zu den §§ 33 bis 34a werden durch die folgenden Angaben ersetzt:  
„§ 33 Prüfungen zum Erwerb des Real- und Hauptschulabschlusses  
§ 34 Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschlusses an der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen  
§ 34a Erwerb eines dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschlusses in Klassen zur Erlangung der Berufsreife  
§ 34b Erwerb des erfolgreichen Abschlusses im Förderschwerpunkt Lernen und im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung“.
  - d) Die bisherige Angabe zu § 34b wird die Angabe zu § 34c.
2. § 1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 2 werden die Wörter „§§ 3 bis 9 jeweils Absatz 1“ durch die Wörter „§§ 3 bis 6 jeweils Absatz 1, § 7 Absatz 1 und 4 Satz 2, von den §§ 8 und 9 jeweils Absatz 1“ und die Wörter „4, Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 5 bis 11 und § 34a“ durch die Wörter „2 sowie Absatz 4 bis 10, § 34a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 bis 5 sowie § 34b“ ersetzt.
  - b) In Satz 3 werden die Wörter „findet § 34 Absatz 1 Satz 1 sowie Absatz 3 Satz 1 und 2“ durch die Wörter „finden § 34 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie § 34a Absatz 1 Satz 1“ ersetzt und werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
3. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In den Sätzen 1 bis 3 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
  - b) In Satz 4 werden vor dem Wort „Schülern“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
4. In § 3 Absatz 1 sowie 2 Nummer 3 und 4 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
5. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:  
„(1) Die Schule mit dem Förderschwerpunkt Hören unterrichtet und begleitet Schülerinnen und Schüler, die sonderpädagogischer Hilfe bedürfen, damit die verschiedenen Sprachformen aufgebaut, Kommunikationsformen entwickelt, die auditive Wahrnehmung gefördert und schulische Lernprozesse bewältigt werden.“
  - b) In Absatz 2 Nummer 3 und 4 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
6. § 5 wird wie folgt geändert:
  - a) In den Absätzen 1 und 2 Satz 4 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
  - b) In Absatz 3 werden die Wörter „dem Lehrplan“ durch die Wörter „den Lehrplänen“ ersetzt.
7. In § 6 Absatz 1 sowie 2 Nummer 3 und 4 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
8. § 7 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
  - b) Absatz 2 Satz 3 und 4 wird wie folgt gefasst:  
„Mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde können Klassenstufen bis einschließlich der Klassenstufe 10 eingerichtet werden zur Erlangung
    1. der Berufsreife mit einem dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss in Kooperation mit einer Berufsschule,
    2. des Hauptschulabschlusses oder eines dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschlusses.Die nach Satz 3 Nummer 1 eingerichteten Klassenstufen werden mit B 9 und B 10 bezeichnet. In diesen Klassenstufen nehmen die Schülerinnen und Schüler auch am Unterricht der Berufsschule teil. Die nach Satz 3 Nummer 2 eingerichteten Klassen-

stufen werden mit H 8, H 9 und H 10 bezeichnet. Die Schulbesuchsdauer verlängert sich für Schülerinnen und Schüler, die die Klassenstufen nach Satz 4 oder Satz 6 besuchen, um ein Jahr.“

- c) Nach Absatz 2 werden die folgenden Absätze 3 und 4 eingefügt:

„(3) Der Unterricht in der Klassenstufe B 9 richtet sich nach Absatz 2 Satz 2. In der Klassenstufe B 10 erfolgt der Unterricht grundsätzlich nach den Stundentafeln und Lehrplänen des Berufsvorbereitungsjahres. § 23 bleibt unberührt.“

(4) Der Unterricht in den Klassenstufen H 8, H 9 und H 10 erfolgt grundsätzlich nach den Lehrplänen für die Klassenstufen 7 bis 9 der Oberschule. Davon abweichend wird bei Schülerinnen und Schülern, die einen dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss anstreben, die Fremdsprache Englisch mit der Maßgabe unterrichtet, dass das Ziel der Klassenstufe 7 der Oberschule am Ende der Klassenstufe H 10 erreicht wird. § 23 bleibt unberührt.“

- d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5 und in Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.

9. § 8 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Schule mit dem Förderschwerpunkt Sprache unterrichtet und begleitet Schülerinnen und Schüler, deren Fähigkeit zur Kommunikation und zur sprachlichen Erschließung von Bildungsgegenständen aufgrund von Störungen in der Sprachentwicklung oder im Redefluss oder aufgrund von schwerwiegenden Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen so beträchtlich eingeschränkt sind, dass sie einer vertieften und ganzheitlichen Förderung bedürfen.“

10. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Im Satzteil vor Nummer 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
  - bb) In Nummer 2 werden die Wörter „der auch“ durch das Wort „auch“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz wird das Wort „der“ gestrichen.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
  - bb) In Satz 2 erster Halbsatz wird das Wort „der“ gestrichen.
  - cc) In Satz 4 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.

11. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) In Satz 2 werden nach dem Wort „mit“ die Wörter „der behandelnden Ärztin oder“ eingefügt.

12. § 11 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Schulleiterin oder der Schulleiter betraut eine Lehrkraft der Förderschule mit der Leitung der Beratungsstelle. Diese Lehrkraft wird hierbei von den anderen Lehrkräften der Förderschule, Fachlehrkräften und den sonstigen pädagogischen Fachkräften im Unterricht unterstützt.“

13. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Wörter „Verfahren zur Beratung und“ durch die Wörter „Beratung und Verfahren“ ersetzt.
- b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „mit“ die Wörter „der Schulleiterin oder“ eingefügt.
  - bb) In Satz 2 wird das Wort „Lehrer“ durch das Wort „Lehrkräfte“ ersetzt.
- c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:
 

„Vor Beantragung des Verfahrens zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf soll im Rahmen des Aufnahmeverfahrens die Grundschule, die Oberschule+ oder die Gemeinschaftsschule, nach Beginn der Schulpflicht die Schule, die die Schülerin oder der Schüler besucht, eine Beratung durch den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst der Förderschule beantragen. Die Eltern können eine solche Beratung beantragen. Grundlage für die Beratung sind Entwicklungsberichte, eine lernprozessbegleitende Diagnostik und die bisherige dokumentierte individuelle Förderung der Schülerin oder des Schülers.“
  - bb) Die neuen Sätze 5 und 6 werden wie folgt gefasst:
 

„Der Mobile Sonderpädagogische Dienst kann das Kind in der Kindertageseinrichtung oder in der Schule, die es besucht, beobachten. Er kann sich mit den pädagogischen Fachkräften der Kindertageseinrichtungen, der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer und sonstigen Lehrkräften über deren Erkenntnisse und Wahrnehmungen beraten sowie Hinweise zu Fördermaßnahmen geben.“
  - d) In Absatz 5 Satz 3 werden die Wörter „Gesundheitsdienst und“ durch die Wörter „öffentliche Gesundheitsdienst und eine Schulpsychologin oder“ ersetzt.
  - e) In Absatz 6 werden die Sätze 2 bis 4 durch die folgenden Sätze ersetzt:
 

„Dem Förderausschuss gehören an

    1. eine Vertreterin oder ein Vertreter der bisher besuchten Schule,
    2. eine mit der Diagnostik beauftragte Lehrkraft des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes,
    3. mindestens ein Elternteil,
    4. in der Regel die betroffene Schülerin oder der betroffene Schüler selbst.

Dem Förderausschuss können angehören

    1. eine Schulpsychologin oder ein Schulpsychologe der Schulpsychologischen Beratungsstelle der Schulaufsichtsbehörde,
    2. eine Vertreterin oder ein Vertreter des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere wenn diese die Untersuchungen nach § 4 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Schulgesetzes durchführen.

Der Förderausschuss kann weitere Vertreterinnen und Vertreter anhören

    1. der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und
    2. der örtlichen Träger der Sozialhilfe.

Mit Einwilligung der Eltern können auch Vertreterinnen und Vertreter

    1. der Schulträger,
    2. der Träger der Schülerbeförderung,
    3. der Träger der Horteinrichtungen,

4. des Kooperationsverbundes sowie zur bisherigen Entwicklung des Kindes aus-sagefähige Personen angehört werden.“
- f) In Absatz 7 Satz 2 Nummer 3 werden nach dem Wort „für“ die Wörter „die Schülerin oder“ eingefügt.
- g) Absatz 8 wird wie folgt gefasst:  
„(8) Auf der Grundlage des förderpädagogischen Gutachtens, insbesondere der enthaltenen Fördervorschläge, stellt die Schulaufsichtsbehörde den sonderpädagogischen Förderbedarf der Schülerin oder des Schülers fest. Die Entscheidung wird den Eltern, der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler in schriftlicher oder elektronischer Form bekannt gegeben. Die Schulaufsichtsbehörde übersendet der bisherigen Schule ihre Entscheidung und eine Mehrfertigung des förderpädagogischen Gutachtens sowie dem Mobilen Sonderpädagogischen Dienst eine Mehrfertigung der Entscheidung.“
- h) Absatz 9 wird wie folgt geändert:  
aa) In Satz 1 wird nach der Angabe „Absatz 8“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.  
bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Förderbedarf“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.
- i) Absatz 10 Satz 1 wird wie folgt gefasst:  
„Für die Beratung und das Verfahren zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf sind die von der obersten Schulaufsichtsbehörde veröffentlichten Muster zu verwenden.“
14. § 14 wird wie folgt geändert:  
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:  
aa) In Satz 3 werden nach dem Wort „Aufnahme“ die Wörter „einer Schülerin oder“ eingefügt.  
bb) Satz 6 wird wie folgt geändert:  
aaa) Nach Nummer 9 wird folgende Nummer 10 eingefügt:  
„10. das förderpädagogische Gutachten;“.  
bbb) Die bisherigen Nummern 10 bis 12 werden die Nummern 11 bis 13.  
cc) In Satz 7 werden nach dem Wort „volljährigen“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt und wird die Angabe „11“ durch die Angabe „12“ ersetzt.  
dd) In Satz 8 wird die Angabe „9 und 12“ durch die Angabe „10 und 13“ ersetzt und werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „entscheidet“ die Wörter „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
15. § 14a Absatz 4 wird wie folgt geändert:  
a) In Satz 4 werden die Wörter „der Klassenlehrer“ durch die Wörter „die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer“ ersetzt.  
b) In Satz 5 wird das Wort „vom“ durch die Wörter „von der Schulleiterin oder dem“ ersetzt.
16. § 14b wird wie folgt geändert:  
a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:  
aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.  
bb) Satz 4 wird wie folgt gefasst:  
„Nach Erörterung in der Klassenkonferenz führt die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres mit den Eltern der nach den Lehrplänen für die Grundschule zu unterrichtenden Schülerinnen und Schüler ein Beratungsgespräch zum Entwicklungsstand und zur weiteren Schullaufbahn
- der Schülerin oder des Schülers; dabei können Bildungsvereinbarungen geschlossen werden.“
- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:  
aa) Die Sätze 1 und 2 werden durch die folgenden Sätze ersetzt:  
„Im ersten Schulhalbjahr der Klassenstufe 4 spricht die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer mit den Eltern der nach den Lehrplänen für die Grundschule zu unterrichtenden Schülerinnen und Schüler sowie den Schülerinnen und Schülern, deren Entwicklung eine zukünftige Unterrichtung nach den Lehrplänen für die Oberschule erwarten lässt, über die voraussichtliche Bildungsempfehlung. Zu diesem Gespräch können Beratungslehrkräfte und weitere Lehrkräfte hinzugezogen werden. In dem Gespräch ist auch auf die Aufnahmebedingungen gemäß § 6 Absatz 1 und § 7 der Schulordnung Gymnasien Abiturprüfung vom 30. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 379), in der jeweils geltenden Fassung, hinzuweisen.“  
bb) In dem neuen Satz 4 wird das Wort „Lehrern“ durch das Wort „Lehrkräften“ ersetzt.
- c) In Absatz 5 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- d) In Absatz 6 werden die Wörter „den Schulaufsichtsbehörden“ durch die Wörter „der Schulaufsichtsbehörde“ ersetzt.
17. § 15 Satz 1 bis 3 wird wie folgt gefasst:  
„Lässt die Entwicklung einer Schülerin oder eines Schülers mit sonderpädagogischem Förderbedarf während des Besuches der Förderschule oder während einer inklusiven Unterrichtung gemäß § 4c Absatz 5 des Sächsischen Schulgesetzes erkennen, dass die Förderung nach einem anderen Förderschwerpunkt für sie oder ihn besser geeignet wäre, unterrichtet die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer unter Vorlage eines Entwicklungsberichtes die Schulleiterin oder den Schulleiter. Der Entwicklungsbericht ist unter beratender Beteiligung einer Sonderpädagogin oder eines Sonderpädagogen zu erstellen und soll den besser geeigneten Förderschwerpunkt benennen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter leitet die Darstellung des individuellen Förderbedarfs, die vorhandenen Förderpläne und Entwicklungsberichte sowie bereits vorliegende Gutachten nach Anhörung der Eltern an die Schulaufsichtsbehörde weiter.“
18. § 16 wird wie folgt geändert:  
a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:  
„(1) Lässt die Entwicklung einer Schülerin oder eines Schülers erkennen, dass bei ihr oder ihm kein sonderpädagogischer Förderbedarf gemäß § 4c Absatz 2 des Sächsischen Schulgesetzes mehr besteht, teilt die bisherige Schule ihre entsprechende Einschätzung der Schulaufsichtsbehörde mit. Grundlage der Einschätzung bildet der unter beratender Beteiligung einer Sonderpädagogin oder eines Sonderpädagogen erstellte Entwicklungsbericht. Die Schulaufsichtsbehörde hebt daraufhin ihre Entscheidung zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs auf. Wurde die Schülerin oder der Schüler bisher an einer Förderschule unterrichtet, ist sie oder er an einer anderen allgemeinbildenden Schule aufzunehmen. Die aufnehmende allgemeinbildende Schule entscheidet, in welche Klassenstufe die Schülerin oder der Schüler aufgenommen wird. Sie erhält von der abgebenden Förderschule für die weitere Entwicklung der Schülerin oder des Schülers Vorschläge zur individuellen Förderung.“

- (2) Ist der Wechsel einer Schülerin oder eines Schülers der Förderschule bei fortbestehendem sonderpädagogischen Förderbedarf an eine andere allgemeinbildende Schule zur inklusiven Unterrichtung beabsichtigt, berät die Schulaufsichtsbehörde, an welcher Schule in geeigneter Weise eine Förderung erfolgen kann. Die Schulaufsichtsbehörde berät die Eltern, die volljährige Schülerin oder den volljährigen Schüler.“
- b) In Absatz 3 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) In Absatz 4 wird Satz 1 durch die folgenden Sätze ersetzt:  
„Schülerinnen und Schüler an Förderschulen in Klassen, in denen nach den Lehrplänen für die Oberschule unterrichtet wird, können auf eine Oberschule, eine Gemeinschaftsschule oder ein Gymnasium wechseln, wenn die Entscheidung zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs von der Schulaufsichtsbehörde aufgehoben wird. Schülerinnen und Schüler können auch auf eine Oberschule, eine Gemeinschaftsschule oder ein Gymnasium wechseln, wenn sie voraussichtlich in einer anderen allgemeinbildenden Schule inklusiv unterrichtet werden können.“
- d) In Absatz 6 werden nach dem Wort „Wechselt“ die Wörter „eine Schülerin oder“ eingefügt.
19. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:  
„Die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer und die Fachlehrkräfte dokumentieren die Ziele und Maßnahmen der individuellen sonderpädagogischen Förderung bezogen auf den gegenwärtigen Förderbedarf der Schülerin oder des Schülers sowie deren Ergebnisse fortlaufend in Förderplänen.“
- b) Absatz 3 wird durch die folgenden Absätze 3 und 4 ersetzt:  
„(3) Das Fortbestehen des sonderpädagogischen Förderbedarfs ist regelmäßig von der Klassenkonferenz und unter beratender Beteiligung einer Sonderpädagogin oder eines Sonderpädagogen insbesondere auf der Grundlage lernprozessbegleitender Diagnostik, des Förderplans und der Entwicklungsberichte zu prüfen. Die Förderpläne und Entwicklungsberichte sollen von der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer mit den Eltern und in der Regel mit der Schülerin oder dem Schüler erörtert werden.  
(4) Für die regelmäßige Überprüfung des Fortbestehens des sonderpädagogischen Förderbedarfs sind die von der obersten Schulaufsichtsbehörde veröffentlichten Muster zu verwenden.“
20. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Verhaltensweisen“ die Wörter „der Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) In Absatz 4 wird das Wort „vom“ durch die Wörter „von der Schulleiterin oder dem“ ersetzt.
21. § 19 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In den Sätzen 2 und 3 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- bb) In Satz 4 werden die Wörter „der Schulkonferenz und“ gestrichen.
- b) In Absatz 3 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) In Absatz 4 Satz 4 werden die Wörter „des Lehrers“ durch die Wörter „der Lehrkraft“ ersetzt und vor dem Wort „Schüler“ werden die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- d) In Absatz 5 werden nach dem Wort „mit“ die Wörter „der behandelnden Ärztin oder“ eingefügt.
- e) In Absatz 6 wird das Wort „Der“ durch die Wörter „Die Schulleiterin oder der“ ersetzt.
22. § 21 wird wie folgt geändert:
- a) In den Absätzen 1 und 2 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:  
„(3) Die Aufsicht wird von der Schulleiterin oder dem Schulleiter, den Lehrkräften, den sonstigen pädagogischen Fachkräften im Unterricht und den sonstigen mit der Aufsicht betrauten Personen ausgeübt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter erstellt einen Aufsichtsplan.“
- c) In Absatz 4 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
23. § 22 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „Der“ durch die Wörter „Die Schulleiterin oder der“ ersetzt und vor dem Wort „Schüler“ werden die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) In Absatz 3 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- d) In Absatz 4 werden die Wörter „der Schüler“ durch die Wörter „eine Schülerin oder ein Schüler“ ersetzt und nach dem Wort „ist“ werden die Wörter „sie oder“ eingefügt.
24. § 23 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Förderbedarf“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.
- b) In Absatz 3 wird das Wort „Der“ durch die Wörter „Die Schülerin oder der“ ersetzt und die Wörter „vom Lehrer“ werden durch die Wörter „von der Lehrkraft“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Förderung“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.
- d) In den Absätzen 5 und 6 Satz 1 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
25. § 23a Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Schülerin und jeder“ ersetzt.
- b) Satz 3 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:  
„4. in der Werkstufe an Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und in den Klassen zur Erlangung der Berufsreife der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen weitere Betriebspraktika durchführen.“
26. § 24 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „des Lehrers“ durch die Wörter „der Lehrkraft“ ersetzt.
- bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst:  
„Die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer gibt diese den Eltern sowie den Schülerinnen und Schülern zu Beginn des Schuljahres bekannt.“

- b) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Förderbedarf“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.
- c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „vom“ durch die Wörter „von der Schülerin oder dem“ ersetzt.
- bb) In Satz 4 wird das Wort „Dem“ durch die Wörter „Der Schülerin oder dem“ ersetzt.
- d) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
- „(5) Für Schülerinnen und Schüler,
1. bei denen eine Behinderung im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vorliegt, die nicht zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs geführt hat, oder
2. die eine festgestellte Teilleistungsschwäche aufweisen,
- legt die Fachlehrkraft im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter und unter Berücksichtigung der jeweiligen Beeinträchtigung der Schülerin oder des Schülers Maßnahmen zur Organisation und Gestaltung der Leistungsermittlung fest, ohne die Leistungsanforderungen qualitativ zu verändern.“
- e) Absatz 7 wird durch die folgenden Absätze 7 und 8 ersetzt:
- „(7) Für Schülerinnen und Schüler in der Klassenstufe B 10 richtet sich die Leistungsermittlung und -bewertung nach Teil 3 Abschnitt 3 der Schulordnung Berufsschulen vom 14. März 2023 (Sächs-GVBl. S. 92), in der jeweils geltenden Fassung, soweit in dieser Verordnung nichts Abweichendes geregelt ist. Die Leistungsermittlung und -bewertung in den Klassenstufen B 9 und B 10 obliegt den unterrichtenden Lehrkräften der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und der kooperierenden Berufsschule.
- (8) Dieser Abschnitt findet keine Anwendung auf Schülerinnen und Schüler gemäß § 13 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Schulgesetzes. Die Leistungsermittlung und -bewertung dieser Schülerinnen und Schüler richtet sich in den Klassenstufen 1 bis 4 nach Abschnitt 5 der Schulordnung Grundschulen und in den Klassenstufen 5 bis 10 nach Teil 2 Abschnitt 5 der Schulordnung Ober- und Abendoverschulen, mit der Maßgabe, dass Halbjahresinformationen, Halbjahreszeugnisse und Zeugnisse jeweils die Bemerkung enthalten, dass bei der Schülerin oder dem Schüler kein sonderpädagogischer Förderbedarf besteht.“
27. § 25 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „des Schülers, seinen“ durch die Wörter „der Schülerin oder des Schülers, den“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- bb) In Satz 4 werden vor dem Wort „Schülern“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- cc) In Satz 9 werden nach dem Wort „Förderung“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Bei Schülerinnen und Schülern der Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung sowie bei Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in anderen Förderschultypen richtet sich die Leistungsbewertung ausschließlich am individuellen Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler aus.“
- bb) In Satz 2 werden die Wörter „des einzelnen“ durch die Wörter „der Schülerin oder des“ ersetzt.
- d) In Absatz 4 Nummer 1 werden die Wörter „Schülern der“ durch die Wörter „Schülerinnen und Schülern der“ ersetzt und die Wörter „und bei“ durch die Wörter „sowie bei Schülerinnen und“ ersetzt.
- e) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „einzelnen“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „trifft“ die Wörter „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
- f) In Absatz 9 Satz 1 werden die Wörter „der Lehrer“ durch die Wörter „die Lehrkraft“ ersetzt und werden nach dem Wort „Entwicklungsstand“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.
- g) In Absatz 10 Satz 1 werden die Wörter „des Schülers“ durch die Wörter „der Schülerin oder des Schülers“ ersetzt.
- h) Absatz 11 wird wie folgt geändert:
- aa) In den Sätzen 1 und 2 werden jeweils die Wörter „des Schülers“ durch die Wörter „der Schülerin oder des Schülers“ ersetzt.
- bb) Satz 4 wird wie folgt gefasst:
- „Sie müssen dem Ziel der Ermutigung der Schülerin oder des Schülers dienen und Informationen für ihre oder seine Förderung beinhalten.“
28. § 26 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Leistungsnachweise erbringt die Schülerin oder der Schüler in Form von
1. Klassenarbeiten,
2. Kurzkontrollen,
3. sonstigen Leistungen,
4. Komplexen Leistungen und
5. Komplexen Arbeitsaufgaben.“
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- bb) In Satz 2 werden die Wörter „der Lehrer von den Schülern“ durch die Wörter „die Lehrkraft von den Schülerinnen und Schülern“ ersetzt.
- e) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt und wird die Angabe „H10“ durch die Angabe „H 10“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird nach der Angabe „9“ die Angabe „oder H 10“ sowie werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- f) Folgender Absatz 7 wird angefügt:
- „(7) An der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen ist in der Klassenstufe B 10 eine Komplexe Arbeitsaufgabe nach Maßgabe des § 25 Absatz 2 bis 5 der Schulordnung Berufsschulen zu bearbeiten. Gegenstand dieser Komplexen Arbeitsaufgabe ist eine auf den Berufsbereich bezogene Aufgabenstellung mit berufsbezogenen und berufsübergreifenden Anteilen. Den Schwerpunkt der Aufgabenstellung bildet der berufsbezogene Bereich mit der Ausführung einer beruflichen Handlung, welcher einen Anteil von zwei Dritteln an der Gesamtaufgabenstellung nicht unterschreiten soll. Die Note für

die Komplexe Arbeitsaufgabe wird auf dem Zeugnis des Abschlusses gemäß § 34a gesondert ausgewiesen.“

29. § 26a wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ und vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
  - bb) In Satz 2 werden die Wörter „den Fachlehrer“ durch die Wörter „die Fachlehrkraft“ ersetzt.
  - cc) In Satz 5 werden die Wörter „dem Schüler, soweit“ durch die Wörter „der Schülerin oder dem Schüler, soweit diese oder“ ersetzt.
  - dd) In Satz 6 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) In Absatz 4 werden die Wörter „der Fachlehrer“ durch die Wörter „die Fachlehrkraft“ ersetzt und werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.

30. § 27 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In den Sätzen 1 und 2 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) In Satz 3 wird das Wort „Lehrer“ durch das Wort „Lehrkräfte“ ersetzt sowie werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.

31. § 27a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „der Lehrer“ durch die Wörter „die Lehrkraft“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 1 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen.
  - bb) In Satz 2 wird das Wort „oder“ durch das Wort „und“ ersetzt.

32. § 28 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 5 und 6 sowie Absatz 2 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
  - aa) Die Sätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:
 

„Für Halbjahresinformationen und Halbjahreszeugnisse sind die von der obersten Schulaufsichtsbehörde veröffentlichten Muster zu verwenden. Auf Halbjahresinformationen unterschreibt die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer, auf Halbjahreszeugnissen die Schulleiterin oder der Schulleiter und die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer.“
  - bb) In Satz 4 werden nach dem Wort „Kenntnisnahme“ die Wörter „der Halbjahresinformation oder des Halbjahreszeugnisses“ eingefügt.
- c) Absatz 4 wird aufgehoben.

33. § 29 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
  - bb) In Satz 5 werden die Wörter „des Schülers ist ab der Klassenstufe 5 eine von“ durch die Wörter „der Schülerin oder des Schülers ist ab der Klassenstufe 5 eine von ihr oder“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 

„(2) Für Schülerinnen und Schüler der Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung sowie für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in anderen Förderschultypen enthält das Jahreszeugnis sachliche Feststellungen zum Lernbereich; hier werden Aussagen zur Leistungsfähigkeit der

Schülerin oder des Schülers, insbesondere zum Sprachverständnis, zum mündlichen Ausdruck und zur schriftlichen Darstellung, zur Fähigkeit der Körperbeherrschung, zur Beherrschung der Sinne und zu den kreativen und kognitiven Leistungen getroffen sowie über den Stand des Lernens in den einzelnen Lernbereichen informiert. Der Inhalt des Jahreszeugnisses soll dem Ziel einer ermutigenden Erziehung dienen und Informationen für die Förderung der Schülerinnen und Schüler beinhalten.“

- c) In Absatz 3 Satz 1, 3 und 5 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- d) In Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „Sofern“ die Wörter „eine Schülerin oder“ und wird nach dem Wort „befreit“ das Wort „ist“ eingefügt.
- e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
  - aa) Die Sätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:
 

„Für die Jahreszeugnisse, die Abschluss- und Abgangszeugnisse sowie die Zeugnisse der Schulentlassung sind die von der obersten Schulaufsichtsbehörde veröffentlichten Muster zu verwenden. Auf Jahres- und Abgangszeugnissen sowie Zeugnissen zur Schulentlassung und über die Abschlüsse gemäß § 34 Absatz 6 und 7, § 34a Absatz 3 sowie § 34b Absatz 1 und 4 unterschreiben die Schulleiterin oder der Schulleiter und die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer.“
  - bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „unterschreiben“ die Wörter „die oder“ eingefügt.
- f) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:
 

„(6) Bei regelmäßigem Besuch des Unterrichts der Berufsschule einschließlich der Berufspraktika wird auf dem Abschlusszeugnis der Klassenstufe B 10 folgender Vermerk eingetragen: ‚Die Berufsschulpflicht der Schülerin/des Schülers wird hiermit gemäß § 28 Absatz 5 Satz 1 des Sächsischen Schulgesetzes für beendet erklärt. Die Berufsschulpflicht lebt wieder auf, wenn ein Berufsausbildungsverhältnis begonnen wird und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet wurde.‘“

34. § 30 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 

„(1) In der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen sowie in den Klassen für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im Förderschwerpunkt Lernen in anderen Förderschultypen werden diejenigen Schülerinnen und Schüler in die nächsthöhere Klassenstufe versetzt, die mit ihren Leistungen den Anforderungen im laufenden Schuljahr im Ganzen entsprochen haben. Abweichend hiervon kann eine Versetzung auch vorgenommen werden:

  1. bei Vorliegen einer Teilleistungsschwäche, die durch dafür qualifizierte Lehrkräfte, Schulpsychologinnen oder Schulpsychologen festgestellt wurde,
  2. bei einer Überalterung der Schülerin oder des Schülers,
  3. bei begründeter längerer Abwesenheit vom Unterricht, insbesondere auf Grund längerer Erkrankung,
  4. bei Wechsel der Schule oder
  5. bei Schülerinnen und Schülern, deren Herkunftssprache nicht oder nicht ausschließlich Deutsch ist.

Die Versetzungsentscheidung trifft die Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters.“

- b) In Absatz 3 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- bb) Die Sätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:
- „Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter. Wird dem Antrag der Eltern entsprochen, gilt die Versetzungsentscheidung als zurückgenommen.“
- cc) In Satz 4 werden das Semikolon und der zweite Halbsatz durch einen Punkt ersetzt.
- dd) Folgende Sätze werden angefügt:
- „Hat eine Schülerin oder ein Schüler aus einem von ihr oder ihm nicht zu vertretenden Grund über einen längeren Zeitraum den Unterricht versäumt, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter eine Ausnahme zulassen. Klassen zur Erlangung der Berufsreife an Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen sollen nicht wiederholt werden.“
35. In § 31 werden nach dem Wort „Bei“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
36. In § 32 Absatz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
37. In der Überschrift des Abschnittes 7 werden die Wörter „im Förderschwerpunkt Lernen und im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung“ gestrichen.
38. § 33 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
- § 33  
Prüfungen zum Erwerb des Real- und Hauptschulabschlusses“.
- b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Im Satzteil vor Nummer 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- bb) In Nummer 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Beeinträchtigung“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.
- cc) In Nummer 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) In Absatz 2 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
39. § 34 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift wird das Wort „und“ durch das Wort „oder“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) Absatz 2 wird aufgehoben.
- d) Absatz 3 wird Absatz 2 und wie folgt geändert:
- aa) In den Sätzen 1 und 2 werden jeweils vor dem Wort „Schülern“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- bb) In Satz 4 werden nach dem Wort „Vorsitz“ die Wörter „der Schulleiterin oder“ eingefügt.
- e) Absatz 4 wird Absatz 3 und wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Schülerinnen und Schüler können von ihren Eltern bis zum 31. Mai des Jahres zum Besuch der Klassenstufe H 8 angemeldet werden.“
- bb) In Satz 2 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.
- cc) In Satz 3 werden nach dem Wort „trifft“ die Wörter „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
- f) Absatz 5 wird Absatz 4 und nach dem Wort „dass“ werden die Wörter „die Schülerin oder“ eingefügt.
- g) Absatz 6 wird Absatz 5 und vor dem Wort „Schüler“ werden die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- h) Absatz 7 wird Absatz 6 und wie folgt gefasst:
- „(6) Den Hauptschulabschluss erwirbt eine Schülerin oder ein Schüler am Ende der Klassenstufe H 10, wenn sie oder er nach den für Schülerinnen und Schüler an Oberschulen geltenden Vorschriften der Schulordnung Ober- und Abendoberschulen an der Prüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses teilgenommen und die dort genannten weiteren Anforderungen zu dessen Erwerb erfüllt hat.“
- i) Absatz 8 wird Absatz 7 und wie folgt gefasst:
- „(7) Den dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss erwirbt eine Schülerin oder ein Schüler am Ende der Klassenstufe H 10, wenn sie oder er in allen Fächern mindestens die Note ‚ausreichend‘ erzielt hat oder die Note ‚mangelhaft‘ nach Maßgabe der Absätze 8 und 9 ausgleichen kann.“
- j) Absatz 9 wird Absatz 8 und wie folgt gefasst:
- „(8) Für den Notenausgleich gilt, dass
1. in den Fächern Deutsch, Mathematik, Informatik und Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales die Note ‚mangelhaft‘ einmal durch die Note ‚befriedigend‘ oder besser in einem der genannten Fächer,
  2. in den nicht unter Nummer 1 genannten Fächern die Note ‚mangelhaft‘ durch die Note ‚befriedigend‘ oder besser in einem anderen Fach ausgeglichen werden kann.“
- k) Absatz 10 wird Absatz 9.
- l) Absatz 11 wird Absatz 10 und wie folgt gefasst:
- „(10) Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe H 10, die die Anforderungen nach den Absätzen 6 bis 9 nicht erfüllen und die Schule verlassen, erwerben einen dem Abschluss gemäß § 34b Absatz 1 gleichgestellten Abschluss.“
40. Nach § 34 wird folgender § 34a eingefügt:
- § 34a  
Erwerb eines dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschlusses in Klassen zur Erlangung der Berufsreife
- (1) An der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen können Klassen zur Erlangung der Berufsreife ab Klassenstufe 9 eingerichtet werden, in denen ein dem Hauptschulabschluss gleichgestellter Abschluss erlangt werden kann. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulaufsichtsbehörde. Voraussetzungen dafür sind:
1. eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und der Berufsschule; über die Kooperationsvereinbarung entscheidet die jeweilige Schulkonferenz der beteiligten Schulen auf Vorschlag der jeweiligen Gesamtlehrerkonferenz,
  2. die Zustimmung des Trägers der Schülerbeförderung,
  3. ein Kooperationsvertrag der Träger der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und der Berufsschule.
- (2) Schülerinnen und Schüler können von ihren Eltern bis zum 31. Mai des Jahres zum Besuch der Klassenstufe B 9 angemeldet werden. Die Entscheidung über die Aufnahme trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter.



(3) Einen dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss erwirbt eine Schülerin oder ein Schüler am Ende der Klassenstufe B 10, wenn sie oder er in allen Fächern und Lernfeldern mindestens die Note ‚ausreichend‘ erzielt hat oder die Note ‚mangelhaft‘ nach Maßgabe des Absatzes 4 ausgleichen kann.

(4) Für den Notenausgleich gilt, dass

1. im berufsübergreifenden Bereich und im berufsbezogenen Bereich die Note ‚mangelhaft‘ jeweils höchstens einmal mit einer Note desselben Bereichs ausgeglichen werden kann, die nicht schlechter als ‚befriedigend‘ sein darf,
2. mit den Noten der Fächer Evangelische Religion, Katholische Religion, Ethik oder Sport ein Notenausgleich nicht zulässig ist.

Im Rahmen des Notenausgleichs nach Nummer 1 ist die Note für die Komplexe Arbeitsaufgabe dem berufsbezogenen Bereich zugeordnet.

(5) Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe B 10, die die Anforderungen nach den Absätzen 3 und 4 nicht erfüllen und die Schule verlassen, erwerben einen dem Abschluss gemäß § 34b Absatz 1 gleichgestellten Abschluss.“

41. Der bisherige § 34a wird § 34b und wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Wörter „Erfolgreicher Abschluss“ durch die Wörter „Erwerb des erfolgreichen Abschlusses“ ersetzt.
- b) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„(1) Die Schülerin oder der Schüler erwirbt den erfolgreichen Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen, wenn sie oder er an der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen oder an der Förderschule in der Klasse mit Förderbedarf im Förderschwerpunkt Lernen

1. die Komplexe Leistung gemäß § 26 Absatz 6 mit mindestens der Note ‚ausreichend‘ erbracht hat und
2. am Ende der Klassenstufe 9 in allen Fächern mindestens die Note ‚ausreichend‘ erzielt hat oder die Note ‚mangelhaft‘ nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 ausgleichen kann.

(2) Für den Notenausgleich gilt, dass

1. in den Fächern Deutsch, Mathematik, Informatik, Arbeitslehre und Hauswirtschaft die Note

‚mangelhaft‘ einmal durch die Note ‚befriedigend‘ oder besser in einem der genannten Fächer,

2. in den nicht unter Nummer 1 genannten Fächern die Note ‚mangelhaft‘ durch die Note ‚befriedigend‘ oder besser in einem anderen Fach ausgeglichen werden kann.“

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Schülerin oder der Schüler erwirbt den erfolgreichen Abschluss im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, wenn sie oder er an der Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung oder an der Förderschule in der Klasse mit Förderbedarf im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung am Ende der Werkstufe die Anforderungen des Förderplans gemäß § 17 Absatz 1 erfüllt.“

42. Der bisherige § 34b wird § 34c.

## Artikel 2

### Änderung

#### der Schulordnung Ober- und Abendoberschulen

Die Schulordnung Ober- und Abendoberschulen vom 11. Juli 2011 (SächsGVBl. S. 277, 365), die zuletzt durch Artikel 5 der Verordnung vom 30. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 379) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 4 Satz 1 Nummer 10 werden die Wörter „Artikel 3 der Verordnung vom 22. Juni 2021 (SächsGVBl. S. 713)“ durch die Wörter „Artikel 1 der Verordnung vom 31. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 630)“ ersetzt.
2. In § 36 Absatz 3 Satz 6 wird die Angabe „§ 33“ durch die Angabe „§ 33 Absatz 1“ ersetzt.
3. In § 63 Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie Absatz 3 Nummer 3 wird jeweils die Angabe „§ 34a“ durch die Angabe „§ 34b“ ersetzt.

## Artikel 3

### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 31. Juli 2023

Der Staatsminister für Kultus  
Christian Piwarz

**Verordnung  
des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
über die Fachschule im Freistaat Sachsen  
(Schulordnung Fachschule – FSO)**

**Vom 31. Juli 2023**

- Es verordnen auf Grund
- des § 34 Absatz 5 Satz 3 und des § 62 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 3 Halbsatz 1 und 2 Buchstabe b und c, Nummer 4, Nummer 6, 7, 8 Halbsatz 1 und 2 sowie Nummer 9 und 11, Absatz 3 und Absatz 4 Satz 1 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), von denen Absatz 2 Nummer 3 Halbsatz 1 und 2 Buchstabe b sowie c sowie Nummer 4, 6, 7, 8 Halbsatz 1 und 2 sowie Nummer 9 durch Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe b des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 731) geändert worden ist, sowie
  - des § 20 Nummer 1, 3 und 4 des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft vom 8. Juli 2015 (SächsGVBl. S. 434), von denen Nummer 4 durch Artikel 4 Nummer 10 Buchstabe a des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, das Staatsministerium für Kultus und
  - des § 62 Absatz 5 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648) das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Kultus:

**Inhaltsübersicht**

Teil 1  
Allgemeine Vorschriften

Abschnitt 1  
Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Dauer und Gliederung der Ausbildung
- § 3 Ziel, Inhalt und Gestaltung der Ausbildung
- § 4 Stundentafel, Lehrpläne und Klassenbücher
- § 5 Ausbildungszeit

Abschnitt 2  
Aufnahme

- § 6 Aufnahmevoraussetzungen
- § 7 Aufnahmeverfahren
- § 8 Auswahlverfahren
- § 9 Versagungsgründe
- § 10 Schulwechsel

Abschnitt 3  
Grundsätze der Leistungsermittlung

- § 11 Leistungsnachweise
- § 12 Bewertung der Leistungen
- § 13 Facharbeit
- § 14 Nachteilsausgleich
- § 15 Versäumnis und Verweigerung eines Leistungsnachweises

§ 16 Täuschungshandlung

Abschnitt 4  
Fortgang und Ende des Schulverhältnisses

- § 17 Versetzung
- § 18 Wiederholung der Klassenstufe
- § 19 Beurlaubung und Unterrichtsbefreiung
- § 20 Beendigung des Schulverhältnisses
- § 21 Fehlzeiten und Verlängerung des Schulverhältnisses

Abschnitt 5  
Abschlussprüfung

- § 22 Allgemeines
- § 23 Aufgabenerstellungskommission
- § 24 Prüfungsausschuss
- § 25 Fachausschuss
- § 26 Protokoll
- § 27 Festsetzung der Vornote
- § 28 Zulassung zur Abschlussprüfung
- § 29 Nachteilsausgleich während der Abschlussprüfung
- § 30 Schriftliche Prüfung
- § 31 Mündliche Prüfung
- § 32 Zusätzliche mündliche Prüfung
- § 33 Praktische Prüfung
- § 34 Festsetzung der Prüfungs- und Zeugnisnoten
- § 35 Bestehen der Ausbildung und Notenausgleich
- § 36 Versäumnis und Nachholung
- § 37 Täuschungshandlung und Ordnungsverstöße
- § 38 Teilwiederholung und Wiederholung der Abschlussprüfung

Abschnitt 6  
Abschlussprüfung für Schulfremde

Unterabschnitt 1  
Allgemeine Bestimmungen

- § 39 Allgemeines
- § 40 Antrags- und Zulassungsverfahren
- § 41 Facharbeit für Schulfremde
- § 42 Schulfremdenprüfung
- § 43 Festsetzung des Prüfungsergebnisses und Abschlusszeugnis
- § 44 Teilwiederholung, Wiederholung und Bestehen der Schulfremdenprüfung

Unterabschnitt 2  
Besondere Vorschriften für Fernlehrgangsteilnehmende

- § 45 Leistungsnachweise und -bewertung, Notenbildung
- § 46 Befreiung von einzelnen Lernfeldern in der Abschlussprüfung
- § 47 Festsetzung der Zeugnisnote, Bestehen der Abschlussprüfung und Wiederholung der Schulfremdenprüfung

**Abschnitt 7**  
Halbjahresinformationen, Zeugnisse  
und Bildungsabschlüsse

- § 48 Halbjahresinformationen, Zeugnisse und Bescheinigungen  
§ 49 Mittlerer Schulabschluss  
§ 50 Anerkennung von Befähigungsnachweisen und Berufsqualifikationen

**Teil 2**  
Besondere Vorschriften

**Abschnitt 1**  
Fachbereich Gestaltung

- § 51 Fachrichtung  
§ 52 Dauer der Ausbildung und Anrechnung einer berufsbezogenen Vorbildung  
§ 53 Schriftliche Prüfung  
§ 54 Praktische Prüfung  
§ 55 Schulfremdenprüfung  
§ 56 Berufsbezeichnung

**Abschnitt 2**  
Fachbereich Sozialwesen

**Unterabschnitt 1**  
Allgemeine Bestimmungen

- § 57 Fachrichtungen  
§ 58 Berufspraktische Ausbildung  
§ 59 Praxiseinrichtung  
§ 60 Leistungsnachweise und Beurteilungen  
§ 61 Vornote für die berufspraktische Ausbildung  
§ 62 Zulassung zum berufspraktischen Teil der Abschlussprüfung  
§ 63 Berufspraktische Prüfung und Wiederholung

**Unterabschnitt 2**  
Fachrichtung Heilerziehungspflege

- § 64 Dauer und Gliederung der Ausbildung  
§ 65 Anrechnung berufsbezogener Vorbildung  
§ 66 Aufnahmevoraussetzungen  
§ 67 Schriftliche Prüfung  
§ 68 Berufspraktische Prüfung  
§ 69 Schulfremdenprüfung  
§ 70 Berufsbezeichnung

**Unterabschnitt 3**  
Fachrichtung Sozialpädagogik

- § 71 Dauer und Gliederung der Ausbildung  
§ 72 Anrechnung berufsbezogener Vorbildung  
§ 73 Aufnahmevoraussetzungen  
§ 74 Schriftliche Prüfung  
§ 75 Berufspraktische Prüfung  
§ 76 Schulfremdenprüfung  
§ 77 Berufsbezeichnung

**Abschnitt 3**  
Fachbereich Technik

- § 78 Fachrichtungen und Schwerpunkte  
§ 79 Dauer der Ausbildung und Anrechnung einer berufsbezogenen Vorbildung  
§ 80 Schriftliche Prüfung  
§ 81 Schulfremdenprüfung  
§ 82 Berufsbezeichnung

**Abschnitt 4**  
Fachbereich Wirtschaft

- § 83 Fachrichtungen  
§ 84 Dauer der Ausbildung und Anrechnung beruflicher Vorbildung  
§ 85 Schriftliche Prüfung  
§ 86 Praktische Prüfung in der Fachrichtung Hotel- und Gaststättengewerbe  
§ 87 Schulfremdenprüfung  
§ 88 Berufsbezeichnung

**Abschnitt 5**  
Landwirtschaftliche Fachschulen

**Unterabschnitt 1**  
Allgemeine Bestimmungen

- § 89 Aufnahmevoraussetzungen  
§ 90 Gelenktes Praktikum

**Unterabschnitt 2**  
Zweijährige Fachschule

- § 91 Fachbereiche und Fachrichtungen  
§ 92 Aufnahmeverfahren und Dauer der Ausbildung  
§ 93 Schriftliche Prüfung  
§ 94 Praktische Prüfung  
§ 95 Schulfremdenprüfung  
§ 96 Berufsbezeichnung

**Unterabschnitt 3**  
Dreijährige Fachschule

- § 97 Fachbereiche und Fachrichtungen  
§ 98 Dauer der Ausbildung und Aufnahmeverfahren  
§ 99 Schriftliche Prüfung  
§ 100 Praktische Prüfung  
§ 101 Schulfremdenprüfung  
§ 102 Berufsbezeichnung

**Abschnitt 6**  
Erwerb der Fachhochschulreife

- § 103 Prüfungsrechtliche Regelungen  
§ 104 Ausbildungsziel  
§ 105 Zulassung zur Prüfung und Widerruf der Prüfungsteilnahme  
§ 106 Schriftliche Prüfungen  
§ 107 Mündliche Prüfung im Fachbereich Sozialwesen  
§ 108 Zeugnisnote im Fach Deutsch  
§ 109 Bestehen der Prüfung und Zuerkennung der Fachhochschulreife  
§ 110 Nachholung und Wiederholung der Prüfung  
§ 111 Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife für Schulfremde

**Teil 3**  
Schlussbestimmungen

- § 112 Übergangsvorschriften  
§ 113 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

## Teil 1 Allgemeine Vorschriften

### Abschnitt 1 Allgemeines

#### § 1 Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt die Ausbildung und Prüfung an öffentlichen Fachschulen der Fachbereiche Gestaltung, Sozialwesen, Technik und Wirtschaft sowie die Ausbildung und Prüfung an den landwirtschaftlichen Fachschulen.

(2) Auf staatlich anerkannte Ersatzschulen, die als Fachschule geführt werden, finden Teil 1 Abschnitt 1 mit Ausnahme der §§ 4 und 5, Abschnitt 2 mit Ausnahme der §§ 8 und 10, Abschnitt 3 bis 5 mit Ausnahme von § 23, Abschnitt 7, Teil 2 mit Ausnahme der §§ 55, 69, 76, 81, 87, 95 und 101 sowie Teil 3 entsprechende Anwendung.

(3) Soweit in dieser Verordnung die Ausbildung und Prüfung an landwirtschaftlichen Fachschulen geregelt wird, ist anstelle der Schulaufsichtsbehörde das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zuständig.

#### § 2 Dauer und Gliederung der Ausbildung

(1) Die Ausbildung ist in Klassenstufen gegliedert und kann in Vollzeit- oder Teilzeitform durchgeführt werden. Ein Wechsel zwischen der Vollzeit- und Teilzeitform ist nur zum Ende einer Klassenstufe möglich.

(2) Die Ausbildung in Vollzeitform dauert zwei oder drei Schuljahre. Eine Klassenstufe dauert bei Unterricht in Vollzeitform ein Schuljahr und bei Unterricht in Teilzeitform in der Regel zwei Schuljahre.

(3) Teil 2 Abschnitt 5 bleibt unberührt.

#### § 3 Ziel, Inhalt und Gestaltung der Ausbildung

(1) Ziel der Ausbildung ist es, im Rahmen der beruflichen Weiterbildung einen staatlich qualifizierten Abschluss für die Übernahme von Führungsaufgaben im mittleren Management oder für die selbständige Ausführung verantwortungsvoller Tätigkeiten zu erwerben. Zusätzlich können ergänzende Kompetenzen zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung erworben werden.

(2) Die Ausbildung besteht aus fachrichtungsübergreifendem und fachrichtungsbezogenem Unterricht. Der fachrichtungsbezogene Unterricht kann fachpraktische Anteile enthalten. Fachpraktische Anteile des fachrichtungsbezogenen Unterrichts können auch außerhalb der Schule vermittelt werden. Die berufspraktische Ausbildung im Fachbereich Sozialwesen muss außerhalb der Schule stattfinden. An den landwirtschaftlichen Fachschulen umfasst die Ausbildung ein gelenktes Praktikum.

(3) Unter den Voraussetzungen von Teil 2 Abschnitt 6 kann die Fachschulausbildung mit der Zusatzausbildung zum Erwerb der Fachhochschulreife verbunden werden.

## § 4 Studentafel, Lehrpläne und Klassenbücher

(1) Die Ausbildung erfolgt nach den von der obersten Schulaufsichtsbehörde erlassenen Lehrplänen und Studentafeln in Lernfeldern oder Fächern. Lernfelder sind an beruflichen Aufgabenstellungen und Handlungsabläufen orientierte thematische Einheiten. Wenn nichts anderes bestimmt ist, finden die Vorschriften für Lernfelder auf Fächer entsprechende Anwendung.

(2) Zum Nachweis der vermittelten Unterrichtsinhalte und des ordnungsgemäßen Unterrichtsablaufs wird ein Klassenbuch geführt.

## § 5 Ausbildungszeit

(1) Der Unterricht findet von Montag bis Freitag statt. Am Sonnabend kann Unterricht erteilt werden

1. in den Wahlernfeldern und
  2. während der Ausbildung in Teilzeitform.
- Wird Unterricht außerhalb der Schule durchgeführt, soll dieser frühestens um 6.00 Uhr beginnen und spätestens um 22.00 Uhr enden. Er soll acht Stunden täglich ohne Anrechnung der Pausenzeiten nicht überschreiten.

(2) Für die berufspraktische Ausbildung gilt Absatz 1 mit der Maßgabe entsprechend, dass diese auch am Wochenende, an Feiertagen und in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden kann.

### Abschnitt 2 Aufnahme

#### § 6 Aufnahmevoraussetzungen

(1) Aufnahmevoraussetzungen für die Fachbereiche Gestaltung, Technik und Wirtschaft sind

1. der erfolgreiche Abschluss einer einschlägigen Berufsausbildung nach Bundes- oder Landesrecht und, soweit während der Berufsausbildung die Pflicht zum Besuch der Berufsschule bestand, der erfolgreiche Abschluss der Berufsschule sowie eine einschlägige Berufstätigkeit von mindestens einem Jahr oder
2. der erfolgreiche Abschluss der Berufsschule in einer nicht einschlägigen Berufsausbildung oder ein gleichwertiger Bildungsstand und eine einschlägige Berufstätigkeit von mindestens fünf Jahren.

(2) Können zum Zeitpunkt der Aufnahmeentscheidung noch nicht alle Aufnahmevoraussetzungen nachgewiesen werden und ist zu erwarten, dass diese bis zum Schuljahresbeginn erfüllt sind, erfolgt die Aufnahmeentscheidung unter Widerrufsvorbehalt.

(3) Die Dauer der für die Aufnahme erforderlichen Berufstätigkeit verlängert sich bei einer Teilzeitbeschäftigung entsprechend. Sie verringert sich auf Antrag um höchstens die Hälfte auf mindestens ein halbes Jahr, wenn die Ausbildung in Teilzeitform durchgeführt wird und durch eine Nebenbestimmung in der Aufnahmeentscheidung gesichert ist, dass die noch fehlende Dauer der Tätigkeit während der schulischen Ausbildung abgeleistet wird.

## § 7 Aufnahmeverfahren

(1) Der Aufnahmeantrag ist innerhalb der Bewerbungsfrist an das Berufliche Schulzentrum zu richten, dem die Fachschule zugeordnet ist. Die Bewerbungsfrist wird von der Schule im Rahmen der Festlegungen der zuständigen Schulaufsichtsbehörde bekannt gegeben. Dem Aufnahmeantrag sind beizufügen, soweit in den besonderen Vorschriften nichts anderes geregelt ist:

1. beglaubigte Kopien der Zeugnisse, welche die Aufnahmevoraussetzungen nachweisen,
2. Nachweise über die Dauer der ausgeübten einschlägigen Berufstätigkeit,
3. ein lückenloser tabellarischer Lebenslauf,
4. eine Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers darüber,
  - a) ob bereits eine Zulassung zur Abschlussprüfung in demselben Bildungsgang vorgelegen hat,
  - b) ob an der Abschlussprüfung bereits teilgenommen wurde und welche Ergebnisse dabei erzielt wurden,
  - c) an welchen weiteren Fachschulen zum Zeitpunkt der Antragstellung Bewerbungen eingereicht worden sind,
  - d) an welcher Fachschule die Bewerbung in einem Auswahlverfahren bisher unberücksichtigt geblieben ist, sowie
5. soweit erforderlich, eine Erklärung über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3.

(2) Folgende Daten werden verarbeitet:

1. Vor- und Familienname,
2. Geburtsdatum und Geburtsort,
3. Geschlecht,
4. Anschrift,
5. Telefonnummer,
6. Staatsangehörigkeit sowie
7. Art und Grad einer Behinderung oder chronischen Erkrankung, soweit diese für die Ausbildung von Bedeutung ist.

Für die Verarbeitung der Daten nach Satz 1 Nummer 6 und 7 muss die Einwilligung der betreffenden Person vorliegen und bei Minderjährigen die Einwilligung der Eltern. Widerspricht eine berechtigte Person der Verwendung ihrer freiwilligen Angaben, insbesondere der Verwendung einer E-Mail-Adresse, sind diese Angaben von der Fachschule unverzüglich zu löschen.

(3) Die Entscheidung über die Aufnahme trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter. Die Entscheidung ist der Bewerberin oder dem Bewerber schriftlich bekannt zu geben.

(4) Die Bewerberin oder der Bewerber hat innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Aufnahmeentscheidung schriftlich zu erklären, ob der Platz in Anspruch genommen wird. Dabei ist der Schule auch mitzuteilen, ob beabsichtigt ist, am evangelischen oder katholischen Religionsunterricht oder am Ethikunterricht teilzunehmen. Wird die Erklärung nach Satz 1 nicht fristgerecht abgegeben, erlischt der Anspruch auf Aufnahme.

(5) Im Fachbereich Sozialwesen erfolgt die Aufnahmeentscheidung unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber auf Grund einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat oder aus einem sonstigen personenbezogenen Grund für den angestrebten Beruf nicht geeignet erscheint. Mit der Entscheidung über die Aufnahme wird die Bewerberin oder der Bewerber aufgefordert, unverzüglich ein erweitertes Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde gemäß § 30

Absatz 5 und § 30a des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229; 1985 I S. 195), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2146) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, zu beantragen. Liegt das Führungszeugnis zu Beginn der Ausbildung noch nicht vor, ist dessen Beantragung innerhalb von zwei Wochen nach Aufforderung der Schulleiterin oder des Schulleiters nachzuweisen. Wird der Nachweis innerhalb dieser Frist nicht erbracht, ist die Aufnahmeentscheidung unverzüglich zu widerrufen. Im Nachrückverfahren ergeht die Aufforderung zum Nachweis der Antragstellung in der Regel nach Ablauf von acht Wochen seit Bekanntgabe der Aufnahmeentscheidung.

(6) Nicht mehr Berufsschulpflichtige, die ein erweitertes Bildungsangebot gemäß § 3b Absatz 5 Satz 1 des Sächsischen Schulgesetzes wahrnehmen möchten, können aufgenommen werden, wenn sie die Aufnahmevoraussetzungen für den jeweiligen Fachbereich erfüllen und das erweiterte Bildungsangebot durchgeführt werden soll

1. im Auftrag eines Renten- oder Unfallversicherungsträgers im Rahmen der beruflichen Rehabilitation,
2. im Rahmen der Förderung schulischer oder beruflicher Bildung früherer Soldatinnen und Soldaten auf Zeit oder
3. im Auftrag eines anderen Bildungsträgers.

Die Aufnahme setzt voraus, dass ausreichende personelle und sächliche Mittel für die Durchführung des erweiterten Bildungsangebots vorhanden sind. Für das erweiterte Bildungsangebot werden die mit dem Maßnahmeträger oder die mit der nicht mehr berufsschulpflichtigen Person vertraglich vereinbarten Entgelte erhoben.

## § 8 Auswahlverfahren

(1) Können trotz Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten nicht alle Bewerbungen für die gewünschte Fachschule berücksichtigt werden, findet ein Auswahlverfahren statt.

(2) Im Auswahlverfahren sind die Plätze nach folgenden Quoten zu vergeben:

1. 75 Prozent an die Bewerbergruppe mit einschlägiger Berufsausbildung gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 1,
2. 20 Prozent an die Bewerbergruppe ohne einschlägige Berufsausbildung gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 2 und
3. 5 Prozent an die Bewerbergruppe, für deren Mitglieder eine Ablehnung eine außergewöhnliche Härte darstellen würde.

Die von einer Bewerbergruppe nicht beanspruchten Plätze stehen den anderen Bewerbergruppen im jeweiligen Quotenverhältnis zusätzlich zur Verfügung.

(3) Innerhalb der jeweiligen Bewerbergruppen gemäß Absatz 2 sind die Plätze nach der Rangfolge der Durchschnittsnote des Abschlusszeugnisses der berufsbildenden Schule oder eines gleichwertigen Zeugnisses zu vergeben. Die Durchschnittsnote ist das arithmetische Mittel aller Fächer dieses Zeugnisses, ohne das Fach Sport. Sie wird mit zwei Stellen nach dem Komma ohne Rundung gebildet. Bei Bewerbungen mit gleicher Durchschnittsnote erfolgt die Auswahl durch ein Losverfahren.

(4) Konnte eine Bewerberin oder ein Bewerber im Auswahlverfahren nicht berücksichtigt werden, wird bei jeder erneuten Bewerbung die Durchschnittsnote um jeweils einen viertel Notenpunkt angehoben.

(5) Bewerbungen, die nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingingen oder zu diesem Zeitpunkt nicht vollständig vorliegen, können im Auswahlverfahren erst berücksichtigt werden, wenn über alle rechtzeitig und vollständig eingegangenen Bewerbungen entschieden worden ist.

(6) Nicht in Anspruch genommene Plätze werden im Nachrückverfahren vergeben. Das Nachrückverfahren ist spätestens zwei Wochen nach Unterrichtsbeginn abzuschließen.

### § 9

#### Versagungsgründe

(1) Die Aufnahme ist zu versagen, wenn die Bewerberin oder der Bewerber

1. die Aufnahmevoraussetzungen nicht erfüllt,
2. in dem Bildungsgang bereits zweimal
  - a) in derselben Klassenstufe nicht versetzt worden ist,
  - b) zur Abschlussprüfung nicht zugelassen wurde,
  - c) ohne Erfolg an der Abschlussprüfung teilgenommen hat oder
3. im Auswahlverfahren gemäß § 8 nicht berücksichtigt werden konnte.

Die Aufnahme ist auch zu versagen, wenn die Aufnahme an der Fachschule im Fachbereich Sozialwesen beantragt wurde und auf Grund einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat oder aus einem sonstigen personenbezogenen Grund die betreffende Person für den angestrebten Beruf nicht geeignet erscheint.

(2) Die Aufnahme kann versagt werden, wenn der Hauptwohnsitz der Bewerberin oder des Bewerbers nicht im Freistaat Sachsen liegt und die Aufnahme die Einrichtung einer weiteren Klasse an der Schule zur Folge hätte.

### § 10

#### Schulwechsel

Ein Schulwechsel ist innerhalb des gleichen Bildungsgangs auf Antrag aus wichtigem Grund möglich, wenn an der aufnehmenden Fachschule ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht. Bei einem Schulwechsel erhält die aufnehmende Fachschule von der abgebenden Fachschule sämtliche Schülerunterlagen, einschließlich der im laufenden Schuljahr erteilten Noten. Bei der abgebenden Fachschule verbleiben die Zeugniskopien. Erfolgt ein Schulwechsel an eine Fachschule in freier Trägerschaft, verbleiben die Originalunterlagen bei der abgebenden Fachschule.

### Abschnitt 3

#### Grundsätze der Leistungsermittlung

### § 11

#### Leistungsnachweise

(1) Während der Ausbildung dienen schriftliche, mündliche und praktische Leistungsnachweise der Leistungsermittlung. Schriftliche Leistungsnachweise sind Klassenarbeiten, Projektarbeiten, Dokumentationen, Berichte und Kurzkontrollen. Mündliche Leistungsnachweise sind Kurzbeiträge, Präsentationen und die Unterrichtsbeteiligung. Praktische Leistungsnachweise sind die Ausführungen praktischer Aufgaben und Projekte.

(2) Projektarbeiten, Präsentationen und praktische Leistungsnachweise können als Gruppenarbeit erbracht werden.

Dabei ist die Leistung jedes Gruppenmitglieds einzeln auszuweisen und zu bewerten.

(3) Die Art, die Gesamtzahl und die Gewichtung sowie die Anzahl der für die Jahresnoten erforderlichen Leistungsnachweise werden zu Beginn des Schuljahres von der Fachkonferenz festgelegt und den Schülerinnen und Schülern bekannt gegeben.

### § 12

#### Bewertung der Leistungen

(1) Die Note eines Leistungsnachweises ist eine pädagogisch-fachliche Gesamtbewertung der von der Schülerin oder dem Schüler erbrachten Leistung. Die Schülerleistung ist von der Lehrkraft bezogen auf die Anforderungen der im Lehrplan festgelegten Ziele und Inhalte zu beurteilen. Die Notenstufen haben folgende Bedeutung:

1. sehr gut (1), wenn eine Leistung den Anforderungen in besonderem Maße entspricht,
2. gut (2), wenn eine Leistung den Anforderungen voll entspricht,
3. befriedigend (3), wenn eine Leistung im Allgemeinen den Anforderungen entspricht,
4. ausreichend (4), wenn eine Leistung zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,
5. mangelhaft (5), wenn eine Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können,
6. ungenügend (6), wenn eine Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

Es werden nur ganze Noten vergeben.

(2) Die Notenstufen entsprechen folgenden Leistungen:

1. 100 bis 92 Prozent der erwarteten Leistung entspricht der Note sehr gut,
2. unter 92 bis 81 Prozent der erwarteten Leistung entspricht der Note gut,
3. unter 81 bis 67 Prozent der erwarteten Leistung entspricht der Note befriedigend,
4. unter 67 bis 50 Prozent der erwarteten Leistung entspricht der Note ausreichend,
5. unter 50 bis 30 Prozent der erwarteten Leistung entspricht der Note mangelhaft,
6. unter 30 Prozent der erwarteten Leistung entspricht der Note ungenügend.

(3) Die Jahresnote eines Lernfeldes wird aus den Noten sämtlicher in der jeweiligen Klassenstufe erbrachten Leistungsnachweise nach Maßgabe der Festlegungen der Fachkonferenz gemäß § 11 Absatz 3 gebildet.

(4) Die Gesamtnote eines Lernfeldes wird aus den Noten aller in der bisherigen Ausbildung in diesem Lernfeld erbrachten Leistungsnachweise nach Maßgabe der Festlegungen der Fachkonferenz gebildet. Wurde eine Klassenstufe wiederholt, sind nur die in der Wiederholung erbrachten Leistungsnachweise zu berücksichtigen.

(5) Leistungsnachweise in Wahllernfeldern werden nicht benotet. Die Teilnahme am Unterricht in einem Wahllernfeld wird im Zeugnis ausgewiesen und kann auf Antrag der Schülerin oder des Schülers durch eine verbale Einschätzung ergänzt werden.

### § 13 Facharbeit

(1) In jedem Bildungsgang ist in der letzten Klassenstufe eine Facharbeit anzufertigen. Die Schülerin oder der Schüler wählt das Thema der Facharbeit im Einvernehmen mit der Fachlehrkraft oder der Lehrkraft aus, welche die berufspraktische Ausbildung fachlich begleitet. Die Facharbeit muss ohne Anlagen einen Umfang von mindestens 20 Seiten umfassen. Bei einer Gruppenarbeit erhöht sich die Seitenzahl um mindestens zehn Seiten für jedes weitere Gruppenmitglied. Eine Gruppenarbeit ist mit bis zu drei Schülerinnen und Schülern zulässig.

(2) Die Facharbeit ist Gegenstand eines fachlichen Gesprächs. Dieses soll in der Regel 30 Minuten dauern. Bei Gruppenarbeit verlängert sich die Gesprächszeit um jeweils zehn Minuten für jedes weitere Gruppenmitglied. Zu Beginn des fachlichen Gesprächs erhält die Schülerin oder der Schüler Gelegenheit, die Ergebnisse der Facharbeit vorzustellen.

(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter beauftragt jeweils eine Lehrkraft mit der Erst- oder Zweitkorrektur der Facharbeit. Mit der Erstkorrektur ist die Lehrkraft befasst, welche die Facharbeit betreut hat, während die Zweitkorrektur von einer weiteren Fachlehrkraft der Schule vorgenommen wird. Die Note für die Facharbeit ist das arithmetische Mittel aus beiden Bewertungen. Ist die erste Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Note der Erstkorrektur die bessere Note ist.

(4) Das fachliche Gespräch wird von den Lehrkräften durchgeführt und bewertet, die mit der Erst- oder Zweitkorrektur der Facharbeit befasst waren. Das fachliche Gespräch ist zu protokollieren. § 26 Absatz 3 gilt entsprechend.

(5) Die Note für das Lernfeld „Facharbeit erstellen“ wird aus der Note für die Facharbeit und der Note für das fachliche Gespräch gebildet, wobei die Note für die Facharbeit zweifach und die Note für das fachliche Gespräch einfach gewichtet wird.

(6) Wird keine Facharbeit abgegeben, entfällt das fachliche Gespräch und das Lernfeld „Facharbeit erstellen“ wird mit der Note „ungenügend“ bewertet.

(7) Wurde das Lernfeld „Facharbeit erstellen“ mit der Note „mangelhaft“ oder „ungenügend“ bewertet, kann die Facharbeit einmal erneut erstellt werden. In diesem Fall findet das fachliche Gespräch spätestens drei Monate nach Beginn des folgenden Schuljahres statt.

### § 14 Nachteilsausgleich

(1) Ist die Leistungsfähigkeit einer Schülerin oder eines Schülers auf Grund einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung oder eines festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarfs beeinträchtigt, sind die besonderen Belange dieser Schülerin oder dieses Schülers während der Ausbildung zu berücksichtigen. Eine chronische Erkrankung ist eine über einen Zeitraum von sechs Monaten hinausgehende diagnostizierte gesundheitliche Beeinträchtigung. Die Leistungsfähigkeit ist beeinträchtigt, wenn diese infolge der Beeinträchtigung hinter der Leistungsfähigkeit vergleich-

barer gleichaltriger Schülerinnen und Schüler ohne Beeinträchtigung zurückbleibt.

(2) Die Fachschule legt während der Ausbildung Maßnahmen zur Gestaltung und Organisation der Leistungsermittlung fest, welche die Belange der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers berücksichtigen, jedoch die Leistungsanforderungen qualitativ nicht verändern.

### § 15 Versäumnis und Verweigerung eines Leistungsnachweises

(1) Wer einen Leistungsnachweis ohne wichtigen Grund versäumt, erhält die Note „ungenügend“. Der Grund des Versäumnisses ist unverzüglich der klassenleitenden Lehrkraft mitzuteilen. Diese entscheidet über das Vorliegen eines wichtigen Grundes. Als wichtiger Grund gilt insbesondere Krankheit.

(2) Bei wiederholt krankheitsbedingten Versäumnissen eines Leistungsnachweises kann die klassenleitende Lehrkraft zum Nachweis der Erkrankung die Vorlage eines ärztlichen Attests anfordern.

(3) Weigert sich eine Schülerin oder ein Schüler, einen Leistungsnachweis zu erbringen, wird für die nicht erbrachte Leistung die Note „ungenügend“ erteilt.

### § 16 Täuschungshandlung

(1) Eine Täuschungshandlung liegt vor, wenn eine Schülerin oder ein Schüler es unternimmt, das Ergebnis eines Leistungsnachweises durch das Mitführen, Bereithalten oder Verwenden nicht zugelassener Hilfsmittel, durch die Hilfe einer dritten Person oder durch die Hilfe für eine dritte Person zu beeinflussen.

(2) Wird eine Täuschungshandlung festgestellt, müssen die an der Täuschungshandlung Beteiligten das Anfertigen des Leistungsnachweises abbrechen. Der jeweilige Leistungsnachweis ist mit der Note „ungenügend“ unter Angabe des Grundes zu bewerten.

### Abschnitt 4 Fortgang und Ende des Schulverhältnisses

### § 17 Versetzung

(1) Die Klassenkonferenz entscheidet auf der Grundlage der Jahresnoten aller Lernfelder über die Versetzung in die nächste Klassenstufe.

(2) Die Versetzung ist zu versagen, wenn

1. die Leistungen in mindestens einem Lernfeld mit der Jahresnote „ungenügend“ bewertet wurden,
2. die Leistungen in mehr als einem Lernfeld mit der Jahresnote „mangelhaft“ bewertet wurden,
3. auf Grund einer nicht ausreichenden Zahl von Leistungsnachweisen eine Jahresnote in einem Lernfeld nicht gebildet werden konnte oder
4. ein Blockpraktikum der berufspraktischen Ausbildung mit einer schlechteren Note als „ausreichend“ bewertet wurde.

**§ 18****Wiederholung der Klassenstufe**

(1) Wer nicht versetzt oder nicht zur Abschlussprüfung zugelassen wurde, kann die Klassenstufe während der Ausbildung einmal wiederholen. Die Wiederholung der Klassenstufe erfolgt in der Regel im unmittelbar anschließenden Schuljahr.

(2) Die freiwillige Wiederholung einer Klassenstufe ist nicht möglich.

**§ 19****Beurlaubung und Unterrichtsbefreiung**

(1) Eine Schülerin oder ein Schüler kann auf Antrag bis zu vier Wochen beurlaubt werden, um Teile der Ausbildung im Ausland zu absolvieren.

(2) Wer bereits über die allgemeine Hochschulreife oder die Fachhochschulreife verfügt, kann auf Antrag vom Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch befreit werden, wenn der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife oder Fachhochschulreife bei Antragstellung nicht länger als sechs Jahre zurückliegt.

(3) Über die Beurlaubung und die Unterrichtsbefreiung entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter.

**§ 20****Beendigung des Schulverhältnisses**

(1) Das Schulverhältnis endet nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung und der Aushändigung des Abschlusszeugnisses.

(2) Es endet auch

1. nach schriftlicher Erklärung der Schülerin oder des Schülers über das Ausscheiden aus dem Schulverhältnis,
2. auf Grund wiederholter Nichtversetzung,
3. auf Grund wiederholter Nichtzulassung zur Abschlussprüfung,
4. bei Nichtbestehen der Ausbildung, wenn bereits die letzte Klassenstufe wiederholt wurde,
5. auf Grund wiederholten Nichtbestehens der Abschlussprüfung oder
6. wenn während der Teilzeitausbildung die Berufstätigkeit aufgegeben wird und ein Wechsel in die vollzeitschulische Ausbildung nicht möglich ist.

In diesen Fällen wird ein Abgangszeugnis erteilt.

(3) Das Schulverhältnis endet ferner durch schriftlichen Bescheid über den Ausschluss von der Schule nach den Bestimmungen über Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen gemäß § 39 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 des Sächsischen Schulgesetzes.

(4) Das Schulverhältnis im Fachbereich Sozialwesen endet auch durch schriftlichen Bescheid der Schulleiterin oder des Schulleiters über den Ausschluss von der Schule, wenn sich die Schülerin oder der Schüler während der Ausbildung eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich die persönliche Nichteignung und die Unzuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs ergibt. § 9 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

**§ 21****Fehlzeiten und Verlängerung des Schulverhältnisses**

(1) Werden Fehlzeiten der berufspraktischen Ausbildung mit Genehmigung der Schulleiterin oder des Schulleiters unverzüglich nachgeholt, verlängert sich das Schulverhältnis entsprechend, längstens jedoch um ein Jahr.

(2) Wird die berufspraktische Ausbildung mit weniger als der wöchentlichen tariflichen Regelarbeitszeit abgeleistet, verlängert sich das Schulverhältnis um den Zeitraum der erforderlich ist, um mindestens 90 Prozent des Ausbildungsumfangs nachweisen zu können.

**Abschnitt 5****Abschlussprüfung****§ 22****Allgemeines**

(1) Durch die Abschlussprüfung soll festgestellt werden, ob die Schülerin oder der Schüler das Ziel der Ausbildung erreicht hat.

(2) Für die Bewertung der jeweiligen Prüfungsleistung in der Abschlussprüfung gilt § 12 Absatz 1 und 2 entsprechend.

**§ 23****Aufgabenerstellungskommission**

(1) Die Schulaufsichtsbehörde bildet für jede Aufsichtsarbeit eine Aufgabenerstellungskommission. Diese setzt sich aus mindestens drei Lehrkräften zusammen, welche in der Regel zum Zeitpunkt ihrer Berufung in den Lernfeldern unterrichten, die Gegenstand der Abschlussprüfung sind. In die Aufgabenerstellungskommission können Lehrkräfte verschiedener Fachschulen berufen werden.

(2) Für jede Aufsichtsarbeit erarbeitet die Aufgabenerstellungskommission jeweils zwei Vorschläge. Die Vorschläge bestehen aus einem Aufgabenteil und einem Lösungsteil. Aus den eingereichten Vorschlägen wählt die Schulaufsichtsbehörde jeweils einen Vorschlag für jede Aufsichtsarbeit aus.

(3) Die Mitglieder der Aufgabenerstellungskommission sind, bezogen auf ihre Tätigkeit in der Aufgabenerstellungskommission, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

**§ 24****Prüfungsausschuss**

(1) An der Fachschule wird für jeden Bildungsgang ein Prüfungsausschuss gebildet, dessen vorsitzendes Mitglied für die Durchführung der Abschlussprüfung verantwortlich ist. Mitglieder des Prüfungsausschusses sind

1. als vorsitzendes Mitglied die Schulleiterin, der Schulleiter oder eine von der Schulleiterin oder dem Schulleiter beauftragte Lehrkraft,
2. in Vertretung des vorsitzenden Mitglieds die stellvertretende Schulleiterin oder der stellvertretende Schulleiter oder eine vom vorsitzenden Mitglied beauftragte Lehrkraft und
3. die Lehrkräfte, die in den Lernfeldern der Abschlussprüfung in der letzten Klassenstufe unterrichtet haben.

Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses kann weitere Lehrkräfte oder andere geeignete Personen in den Prüfungsausschuss berufen.



(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 2 kann die Schulaufsichtsbehörde eine andere geeignete Person mit dem Vorsitz des Prüfungsausschusses beauftragen, deren Vertretung benennen sowie sonstige geeignete Personen in den Prüfungsausschuss berufen.

(3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind zur Verschwiegenheit über alle Prüfungsvorgänge verpflichtet.

(4) Kommt ein Ausschluss von der Prüfertätigkeit gemäß den §§ 20 und 21 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Betracht, meldet das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses dies der Schulaufsichtsbehörde, die über den Ausschluss entscheidet.

(5) Der Prüfungsausschuss entscheidet bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln seiner Mitglieder mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds, im Vertretungsfall die Stimme der vertretenden Person, den Ausschlag. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(6) Ist das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses der Auffassung, dass ein Beschluss des Prüfungs- oder eines Fachausschusses gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften verstößt, muss es diesen Beschluss beanstanden, seinen Vollzug aussetzen und eine Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde herbeiführen.

## § 25

### Fachausschuss

(1) Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses bildet aus den Mitgliedern des Prüfungsausschusses für die Bewertung der mündlichen und praktischen Prüfung Fachausschüsse und bestimmt das jeweils vorsitzende Mitglied.

(2) Ein Fachausschuss besteht aus drei Mitgliedern. Der Fachausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit bei Anwesenheit seines vorsitzenden Mitglieds und mindestens eines weiteren Mitglieds. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(3) Fachausschüsse können durch Festlegung der Schulaufsichtsbehörde auch schulübergreifend gebildet werden.

## § 26

### Protokoll

(1) Jeder Ausschuss fertigt über Verlauf und Ergebnis jeder Sitzung ein Protokoll. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses bestimmt die protokollführende Person. Das Protokoll ist vom vorsitzenden Mitglied des jeweiligen Ausschusses und von der protokollführenden Person zu unterzeichnen.

(2) Über die schriftliche Prüfung ist ein Protokoll zu fertigen, das insbesondere Angaben über Beginn und Ende der Prüfung, die Belehrungen über die Bestimmungen der §§ 36 und 37 sowie über besondere Vorkommnisse enthält. Es ist von den Aufsichtführenden zu unterschreiben.

(3) Das Protokoll der mündlichen Prüfung muss die Namen der Mitglieder des Fachausschusses und des Prüflings,

Beginn und Ende der Prüfung, die Prüfungsaufgaben, den wesentlichen Inhalt der Beiträge des Prüflings und das Ergebnis der mündlichen Prüfung enthalten.

(4) Das Protokoll der praktischen Prüfung muss die Namen der Mitglieder des Fachausschusses und des Prüflings, Beginn und Ende der Prüfung, die Prüfungsaufgabe, die Art und Weise der Umsetzung der Aufgabe und das Ergebnis der praktischen Prüfung enthalten. Für die Protokollierung einer Präsentation oder eines Fachgesprächs gilt Absatz 3 entsprechend.

## § 27

### Festsetzung der Vornote

(1) Vor Beginn der Abschlussprüfung ermittelt der Prüfungsausschuss die Vornote für jedes Lernfeld der Stundentafel. Für das Lernfeld „Facharbeit erstellen“ wird keine Vornote gebildet.

(2) Die Vornote ist eine Gesamtnote gemäß § 12 Absatz 4 Satz 1 unter Einschluss der in der Zusatzausbildung zum Erwerb der Fachhochschulreife erbrachten Noten, soweit dieser Abschluss angestrebt wird.

(3) Die Vornote für die Komplexprüfung wird aus der Summe sämtlicher Leistungsnachweise aus den Lernfeldern gebildet, die Teil der Komplexprüfung sind. Dabei geht jeder Leistungsnachweis entsprechend seiner Gewichtung in die Vornote ein, ohne dass für das jeweilige Lernfeld vorher eine Gesamtnote gebildet wird.

(4) Wird eine frühere Fachschulausbildung oder eine berufsbezogene Vorbildung auf die Ausbildung angerechnet, zählen bei der Bildung der Vornoten in den fortgeführten Lernfeldern die Zeugnisnoten der früheren Fachschulausbildung zweifach.

(5) Die Vornoten werden der Schülerin oder dem Schüler mindestens drei Werktage vor Beginn der Abschlussprüfung mitgeteilt.

## § 28

### Zulassung zur Abschlussprüfung

(1) Über die Zulassung zur Abschlussprüfung entscheidet der Prüfungsausschuss. Zur Abschlussprüfung wird nicht zugelassen, wenn in mindestens einem Lernfeld die Vornote „ungenügend“ oder in mehr als einem Lernfeld die Vornote „mangelhaft“ erteilt wurde oder auf Grund einer in der letzten Klassenstufe nicht ausreichenden Anzahl von Leistungsnachweisen in einem Lernfeld keine Jahresnote gebildet werden konnte. Wird eine frühere Fachschulausbildung angerechnet, sind die im Rahmen der Anrechnung übernommenen Zeugnisnoten bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen.

(2) § 62 bleibt unberührt.

(3) Mit der Nichtzulassung gilt die Abschlussprüfung als nicht bestanden.

## § 29

### Nachteilsausgleich während der Abschlussprüfung

Während der Abschlussprüfung gilt § 14 entsprechend. Der Antrag auf Nachteilsausgleich soll zu Beginn des letzten Ausbildungsjahres, jedoch spätestens drei Monate vor Be-

ginn der ersten Prüfung gestellt werden. Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung eines Nachteilsausgleichs erst zu einem späteren Zeitpunkt vor, ist der Antrag unverzüglich nach Eintritt der Beeinträchtigung zu stellen. Die Schulaufsichtsbehörde legt während der Ausbildung Maßnahmen zur Gestaltung und Organisation der Leistungsermittlung fest, welche die Belange der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers berücksichtigen, jedoch die Leistungsanforderungen qualitativ nicht verändern.

### **§ 30 Schriftliche Prüfung**

(1) Die schriftliche Prüfung besteht aus Aufsichtsarbeiten. Eine Aufsichtsarbeit kann aus lernfeldbezogenen Prüfungsaufgaben oder einer Komplexprüfung bestehen. Eine Komplexprüfung enthält Prüfungsaufgaben aus mehr als einem Lernfeld zu berufsbezogenen Handlungsabläufen und Problemstellungen.

(2) Die Bewertung der Aufsichtsarbeit erfolgt jeweils von zwei Lehrkräften des Prüfungsausschusses, die vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses mit der Erst- und Zweitkorrektur beauftragt worden sind.

(3) Können sich die beiden mit der Erst- und Zweitkorrektur beauftragten Lehrkräfte nach Abschluss ihrer Korrekturen nicht auf eine Note einigen, entscheidet das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses im Rahmen der beiden vorgeschlagenen Noten.

### **§ 31 Mündliche Prüfung**

(1) Der Fachausschuss legt die Prüfungsaufgaben und die Vorbereitungszeit für die mündliche Prüfung fest.

(2) Die mündliche Prüfung kann als Einzel- oder als Gruppenprüfung durchgeführt werden. Die Einzelprüfung dauert 15 Minuten. Eine Gruppenprüfung ist mit bis zu drei Prüflingen zulässig. Wird die Prüfung als Gruppenprüfung durchgeführt, verlängert sich die Prüfungszeit für jeden Prüfling um fünf Minuten. Die Entscheidung, die mündliche Prüfung als Gruppenprüfung durchzuführen, trifft der Prüfungsausschuss. Bei einer Gruppenprüfung ist die Leistung jedes Prüflings einzeln zu bewerten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Prüfling unverzüglich nach Abschluss der mündlichen Prüfung mitzuteilen.

(3) An der mündlichen Prüfung, einschließlich der Bewertung, Festsetzung und Mitteilung des Ergebnisses, können als Zuhörende Bedienstete der Schulaufsichtsbehörde teilnehmen. Bei einem berechtigten dienstlichen Interesse ist auch die Teilnahme von anderen Personen mit Genehmigung des vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses zulässig. Die Teilnahme von mehr als zwei Zuhörenden bedarf des Einverständnisses sämtlicher Prüflinge.

(4) Eine mündliche Prüfung wird nicht durchgeführt, wenn auf Grund der Vornoten und der bisher in der Abschlussprüfung erbrachten Leistungen bereits feststeht, dass ein erfolgreicher Abschluss der Ausbildung nicht möglich ist. Die Feststellung trifft der Prüfungsausschuss.

### **§ 32 Zusätzliche mündliche Prüfung**

(1) Ein Prüfling wird auf schriftlichen Antrag im Rahmen der Abschlussprüfung höchstens einmal in einem Prüfungslernfeld oder einer Komplexprüfung zusätzlich mündlich geprüft, wenn die Zeugnisnote auf Grund der schriftlichen Prüfungsnote aufzurunden wäre. Der Antrag ist spätestens am dritten Werktag nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse beim vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu stellen.

(2) Der Termin für die zusätzliche mündliche Prüfung wird dem Prüfling in der Regel drei Werktage vor Beginn der Prüfung vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses bekannt gegeben.

(3) Die zusätzliche mündliche Prüfung wird als Einzelprüfung durchgeführt und dauert in der Regel 15 Minuten. War die schriftliche Prüfung eine Komplexprüfung, ist jedes Lernfeld aus der Komplexprüfung zu berücksichtigen.

(4) § 31 Absatz 4 gilt entsprechend.

### **§ 33 Praktische Prüfung**

(1) Der Prüfungsausschuss legt die Prüfungsaufgaben für die praktische Prüfung fest. Aus der Aufgabenstellung muss sich der Inhalt der praktischen Prüfung ergeben. Diese kann bestehen aus

1. der Ausführung einer komplexen beruflichen Handlung,
2. der Übergabe des Bearbeitungsergebnisses in schriftlicher Form,
3. der Präsentation des Bearbeitungsergebnisses vor dem Fachausschuss,
4. einem Fachgespräch mit dem Fachausschuss oder
5. einer Kombination der in den Nummern 1 bis 4 genannten Aufgabenstellungen.

Wird die praktische Prüfung als Komplexprüfung durchgeführt, gilt § 30 Absatz 1 Satz 3 entsprechend. Die Präsentation, das Fachgespräch oder die Präsentation in Verbindung mit einem Fachgespräch soll in der Regel 30 Minuten dauern.

(2) Das Prüfungsergebnis ist dem Prüfling unverzüglich nach Abschluss der praktischen Prüfung mitzuteilen.

(3) § 31 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend.

### **§ 34 Festsetzung der Prüfungs- und Zeugnisnoten**

(1) Der Prüfungsausschuss setzt für jedes Prüfungslernfeld und für jede Komplexprüfung die Prüfungsnoten und nach Beendigung der Abschlussprüfung die Zeugnisnoten fest. Bei der Festsetzung der Zeugnisnoten werden nur ganze Noten vergeben.

(2) In Lernfeldern, die nicht Gegenstand der Abschlussprüfung waren, ist die Vornote gemäß § 27 Absatz 2 die Zeugnisnote.

(3) In den Prüfungslernfeldern ist die Zeugnisnote das arithmetische Mittel aus der Vornote gemäß § 27 Absatz 2 und der Prüfungsnote. Wurde eine Komplexprüfung durchgeführt, ist abweichend von Satz 1 die Zeugnisnote das arithmetische Mittel aus der Vornote gemäß § 27 Absatz 3 und der Prüfungsnote für die Komplexprüfung. Ist die erste

Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Prüfungsnote die bessere Note ist. Wurde eine zusätzliche mündliche Prüfung gemäß § 32 durchgeführt, gilt Satz 3 entsprechend, wenn die Note der zusätzlichen mündlichen Prüfung besser ist als die Prüfungsnote.

(4) Im Fachbereich Sozialwesen ist die Zeugnisnote für die berufspraktische Ausbildung das arithmetische Mittel aus der Vornote gemäß § 61 und der Prüfungsnote gemäß § 63 Absatz 5. Ist die erste Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Prüfungsnote die bessere Note ist.

(5) Für das Lernfeld „Facharbeit erstellen“ ist die Note gemäß § 13 Absatz 5 die Zeugnisnote.

(6) Bei einer Unterrichtsbefreiung gemäß § 19 Absatz 2 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik werden die entsprechenden Zeugnisnoten aus dem Zeugnis über die Zuerkennung der allgemeinen Hochschulreife oder der Fachhochschulreife übernommen und im Zeugnis entsprechend gekennzeichnet.

### § 35

#### Bestehen der Ausbildung und Notenausgleich

(1) Der Prüfungsausschuss entscheidet über das Bestehen der Ausbildung. Die Ausbildung ist bestanden, wenn

1. in den Komplexprüfungen und in den Prüfungslernfeldern keine schlechtere Zeugnisnote als „ausreichend“ erteilt wurde sowie
2. in den nicht von Nummer 1 umfassten Lernfeldern keinmal die Zeugnisnote „ungenügend“ und höchstens einmal die Zeugnisnote „mangelhaft“ erteilt wurde und die Zeugnisnote „mangelhaft“ durch eine andere Zeugnisnote, die nicht schlechter als „befriedigend“ sein darf, ausgeglichen werden kann.

(2) Zeugnisnoten, die nachrichtlich auf dem Zeugnis ausgewiesen werden, bleiben beim Notenausgleich unberücksichtigt.

(3) In den Bildungsgängen des Fachbereichs Sozialwesen ist die Ausbildung bestanden, wenn zusätzlich zu den Anforderungen gemäß Absatz 1 Satz 2

1. in der berufspraktischen Abschlussprüfung keine schlechtere Prüfungsnote als „ausreichend“ erzielt wurde und
2. nachweislich mindestens 90 Prozent der in der Stundentafel jeweils ausgewiesenen Gesamtstunden erfolgreich absolviert wurden.

(4) Das Gesamtergebnis der Ausbildung lautet „bestanden“ oder „nicht bestanden“.

### § 36

#### Versäumnis und Nachholung

(1) Versäumt ein Prüfling die Abschlussprüfung, einen Prüfungsteil oder eine Prüfung, wird dafür die Note „ungenügend“ erteilt, es sei denn, es liegt ein wichtiger Grund für das Versäumnis vor. Der Prüfling hat den Grund des Versäumnisses unverzüglich unter Vorlage entsprechender Nachweise dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses mitzuteilen. Als ein wichtiger Grund gilt insbesondere eine Krankheit, die unverzüglich durch ärztliches Attest, das in der Regel nicht später als am Prüfungstag ausgestellt sein darf, nachzuweisen ist. In Zweifelsfällen kann das vorsit-

zende Mitglied des Prüfungsausschusses die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangen. Über das Vorliegen eines wichtigen Grundes entscheidet der Prüfungsausschuss.

(2) Liegt ein wichtiger Grund für das Versäumnis vor, kann der Prüfling die Abschlussprüfung, den betreffenden Prüfungsteil oder die jeweilige Prüfung nachholen. Dies geschieht in der Regel innerhalb eines Monats nach Unterrichtsbeginn des folgenden Schulhalbjahres. Versäumt der Prüfling auch diese Nachprüfung aus einem wichtigen Grund, findet eine weitere Nachprüfung erst am Ende des Schuljahres statt. Die Pflicht zur Unterrichtsteilnahme besteht bis zur Nachprüfung fort. Auf Antrag kann die Schulleiterin oder der Schulleiter den Prüfling von der Teilnahme am Unterricht befreien.

(3) Hat sich ein Prüfling in Kenntnis von Umständen, die ein Versäumnis rechtfertigen würden, der Abschlussprüfung, einem Prüfungsteil oder einer Prüfung unterzogen, kann dies nachträglich nicht mehr geltend gemacht werden. Der Kenntnis steht die fahrlässige Unkenntnis gleich. Letztere liegt insbesondere vor, wenn der Prüfling bei Vorliegen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung die Prüffähigkeit nicht unverzüglich hat abklären lassen.

(4) Die Prüflinge sind vor Beginn der Abschlussprüfung über die vorstehenden Bestimmungen zu belehren.

### § 37

#### Täuschungshandlung und Ordnungsverstöße

(1) Während der Abschlussprüfung gilt § 16 entsprechend.

(2) Wird während einer Prüfung festgestellt, dass ein Prüfling eine Täuschungshandlung begeht oder besteht ein entsprechender Verdacht, ist dieser Sachverhalt zu protokollieren.

(3) In schweren Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der weiteren Teilnahme an der Abschlussprüfung ausschließen. Die Entscheidung trifft bei einer schriftlichen Prüfung das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses, im Übrigen das vorsitzende Mitglied des Fachausschusses. In der schriftlichen Prüfung sind die Aufsichtführenden, im Übrigen das vorsitzende Mitglied des Fachausschusses berechtigt, nicht zugelassene Hilfsmittel sicherzustellen.

(4) Bei Verdacht auf Vorliegen einer Täuschungshandlung setzt der Prüfling die Prüfung bis zur Entscheidung des vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses fort.

(5) Behindert ein Prüfling eine Prüfung so, dass es nicht möglich ist, diese ordnungsgemäß durchzuführen, ist die Prüfung abzubrechen. § 16 Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) Die Prüflinge sind vor Beginn der Abschlussprüfung über die vorstehenden Bestimmungen zu belehren.

(7) Stellt sich nach Aushändigung des Zeugnisses eine Täuschungshandlung heraus, kann die Schulaufsichtsbehörde die Prüfungsentscheidung innerhalb von drei Jahren nach Abschluss der Prüfung aufheben und das Abschlusszeugnis einziehen. § 48 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.

### **§ 38 Teilwiederholung und Wiederholung der Abschlussprüfung**

(1) Wer in einer Komplexprüfung oder in einem Prüfungslernfeld einmal die Zeugnisnote „ungenügend“ oder höchstens zweimal die Note „mangelhaft“ erhalten hat, kann die jeweilige Prüfung innerhalb eines Monats nach Unterrichtsbeginn des folgenden Schuljahres wiederholen. Der Prüfungstermin ist der Schülerin oder dem Schüler mindestens zehn Werktage vor Beginn dieser Prüfung bekannt zu geben. § 36 Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(2) Eine Wiederholungsprüfung gemäß Absatz 1 ist schriftlich beim vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu beantragen. Der Antrag ist spätestens fünf Werktage nach Bekanntgabe der Zeugnisnoten zu stellen. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses entscheidet über die Zulassung.

(3) Bei der Bekanntgabe der Zeugnisnoten ist auf die Möglichkeit der Wiederholungsprüfung gemäß Absatz 1 Satz 1 und die Antragsfrist gemäß Absatz 2 Satz 2 hinzuweisen.

(4) Die Klassenstufe muss im anschließenden Schuljahr wiederholen, wer

1. die Wiederholungsprüfung gemäß Absatz 1 Satz 1 ohne Erfolg abgelegt oder die Teilnahme an der Wiederholungsprüfung nicht beantragt hat,
2. in der Abschlussprüfung die Zeugnisnoten „ungenügend“ und „mangelhaft“ oder mehr als zweimal die Zeugnisnote „mangelhaft“ erhalten hat oder
3. gemäß § 37 Absatz 3 Satz 1 von der Abschlussprüfung oder gemäß § 37 Absatz 5 Satz 1 von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen wurde.

Eine vollständige Wiederholung der Abschlussprüfung umfasst alle Prüfungslernfelder und Komplexprüfungen. Wenn im Lernfeld „Facharbeit erstellen“ keine schlechtere Zeugnisnote als „ausreichend“ erzielt wurde, wird auf Antrag der Schülerin oder des Schülers von der Wiederholung der Facharbeit abgesehen.

(5) Wer nach der Wiederholung der Klassenstufe zur Abschlussprüfung nicht zugelassen wird oder diese Abschlussprüfung nicht bestanden hat, schließt die Ausbildung endgültig ohne Erfolg ab.

## **Abschnitt 6 Abschlussprüfung für Schulfremde**

### **Unterabschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen**

#### **§ 39 Allgemeines**

(1) Auf die Abschlussprüfung für Schulfremde (Schulfremdenprüfung) finden § 6 Absatz 1, die §§ 22 bis 26, die §§ 29 und 30, § 31 Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Satz 3 bis 7 sowie Absatz 3, § 33 Absatz 1 und 2, § 36 Absatz 1, 3 und Absatz 4 sowie die §§ 37 und 38 Absatz 1 bis 3 entsprechende Anwendung. In den mündlichen Prüfungen gemäß § 42 Absatz 3 beträgt die Prüfungsdauer 20 Minuten.

(2) Die Schulfremdenprüfung kann nicht früher abgelegt werden, als dies bei einem Besuch des entsprechenden Bildungsgangs an einer öffentlichen Schule möglich wäre.

(3) Die Schulaufsichtsbehörde beauftragt in der Regel einen Prüfungsausschuss einer öffentlichen Schule mit der Durchführung der Schulfremdenprüfung.

#### **§ 40 Antrags- und Zulassungsverfahren**

(1) Die Schulaufsichtsbehörde lässt die Bewerberin oder den Bewerber auf Antrag zur Schulfremdenprüfung zu, wenn kein Versagungsgrund vorliegt.

(2) Antragsberechtigt ist, wer

1. eine genehmigte Ersatzschule im entsprechenden Bildungsgang besucht,
2. an einem von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht zugelassenen und dem Bildungsgang entsprechenden Fernlehrgang teilgenommen hat (Fernlehrgangsteilnehmende oder Fernlehrgangsteilnehmender) oder
3. als Bewerberin oder Bewerber mit Hauptwohnsitz im Freistaat Sachsen nachweisen kann, dass Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten erworben wurden, die den Zielen und Inhalten des Bildungsgangs entsprechen, in dem die Schulfremdenprüfung abgelegt werden soll.

(3) Für Prüfungen, die bis März des Schuljahres stattfinden, ist die Zulassung bis zum 15. November des Vorjahres zu beantragen. Im Übrigen endet die Antragsfrist am 15. Januar des Schuljahres, in dem die Prüfung liegt. Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Nachweis über die Antragsberechtigung gemäß Absatz 2,
2. beglaubigte Kopien der Zeugnisse, welche die Aufnahmevoraussetzungen nachweisen,
3. Nachweise über die Dauer der ausgeübten einschlägigen Berufstätigkeit,
4. eine lückenlose tabellarische Darstellung des schulischen und beruflichen Werdegangs sowie
5. eine Erklärung darüber, ob die Bewerberin oder der Bewerber bereits an Abschlussprüfungen in dem entsprechenden Bildungsgang teilgenommen hat und welches Ergebnis dabei erzielt wurde.

(4) Mit der Prüfungszulassung fordert die Schulaufsichtsbehörde die Bewerberin oder den Bewerber für einen Bildungsgang im Fachbereich Sozialwesen auf, unverzüglich ein Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde gemäß den § 30 Absatz 5 und § 30a des Bundeszentralregistergesetzes zu beantragen. Liegt das Führungszeugnis innerhalb von acht Wochen seit der Bekanntgabe der Prüfungszulassung nicht vor, wird die Bewerberin oder der Bewerber von der Schulaufsichtsbehörde aufgefordert, die Beantragung des Führungszeugnisses innerhalb von zwei Wochen nachzuweisen. Wird dieser Nachweis nicht fristgerecht erbracht oder werden nachträglich Tatsachen bekannt, die gemäß Absatz 5 Satz 1 Nummer 4 einen Versagungsgrund darstellen, ist die Prüfungszulassung unverzüglich zu widerrufen.

(5) Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Bewerberin oder der Bewerber

1. die Aufnahmevoraussetzungen für den entsprechenden Bildungsgang nicht erfüllt,
2. die Nachweise gemäß Absatz 3 Satz 2 nicht erbringt,
3. bereits zweimal ohne Erfolg an der Abschlussprüfung in dem jeweiligen Bildungsgang teilgenommen hat,
4. auf Grund einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat oder aus einem sonstigen personenbezogenen Grund für den angestrebten Beruf des Fachbereichs Sozialwesen nicht geeignet ist oder

5. dem Bewerberkreis gemäß Absatz 2 Nummer 3 angehört und nicht geprüft werden kann, weil zum beantragten Prüfungstermin in diesem Bildungsgang keine Abschlussprüfung durchgeführt wird.

Bewerberinnen und Bewerber gemäß Satz 1 Nummer 5 wird mit der Entscheidung über die Nichtzulassung der nächstmögliche Prüfungstermin bekanntgegeben.

(6) Die Zulassung kann versagt werden, wenn sie nicht fristgerecht beantragt wurde oder die notwendigen Unterlagen nicht rechtzeitig vorgelegt worden sind.

(7) Die Entscheidung über die Zulassung ergeht durch schriftlichen Bescheid.

#### § 41

##### **Facharbeit für Schulfremde**

(1) In der Schulfremdenprüfung gelten für die Facharbeit folgende Vorschriften entsprechend:

1. für Schülerinnen und Schüler einer als Fachschule genehmigten Ersatzschule § 13,
2. für Fernlehrgangsteilnehmende § 13 Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 2 Satz 1 und 3, Absatz 3 Satz 3 und 4 sowie Absatz 4 bis 7,
3. für Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 40 Absatz 2 Nummer 3 § 13 Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 Satz 1, 2 und 3 sowie Absatz 3 bis 7.

(2) Die Korrektur der Facharbeit von Fernlehrgangsteilnehmenden nimmt eine Fachlehrkraft der Fachschule im Benehmen mit der zuständigen Lehrkraft des Fernlehrgangs vor.

(3) Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 40 Absatz 2 Nummer 3 reichen mit dem Zulassungsantrag das Thema der Facharbeit ein. Das Thema der Facharbeit muss vom Prüfungsausschuss bestätigt werden, anderenfalls sind weitere Themenvorschläge zu unterbreiten. Wird das Thema der Facharbeit vom Prüfungsausschuss bestätigt, ist die Facharbeit innerhalb von zwölf Wochen zu bearbeiten. Danach beauftragt der Prüfungsausschuss jeweils eine Lehrkraft mit der Erst- und Zweitkorrektur der Facharbeit.

(4) Für das Lernfeld „Facharbeit erstellen“ ist die Note gemäß § 13 Absatz 5 die Zeugnisnote.

#### § 42

##### **Schulfremdenprüfung**

(1) Die Prüflinge haben sich vor Beginn jeder Einzelprüfung durch ein gültiges Personaldokument auszuweisen.

(2) Die Schulfremdenprüfung umfasst alle Komplexprüfungen und Prüfungslernfelder, die im entsprechenden Bildungsgang in der Abschlussprüfung an einer öffentlichen Fachschule zu prüfen sind, einschließlich der Lernfelder des Pflicht- und Wahlpflichtbereichs der Stundentafel, die nach Maßgabe der besonderen Vorschriften des Teils 2 Abschnitt 1 bis 5 Gegenstand der Schulfremdenprüfung sind.

(3) In allen weiteren, nicht von Absatz 2 umfassten Lernfeldern der Stundentafel finden, mit Ausnahme des Lernfeldes „Facharbeit erstellen“, mündliche Prüfungen statt. Die mündliche Prüfung kann auch als Gruppenprüfung durchgeführt werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

(4) Wer über die allgemeine Hochschulreife oder die Fachhochschulreife verfügt, wird auf Antrag von der Prüfung

in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch befreit, wenn der Erwerb der Hochschulreife oder der Fachhochschulreife bei Antragstellung nicht länger als sechs Jahre zurückliegt und das jeweilige Fach kein Prüfungsfach ist.

(5) Im Fall der Prüfungsbefreiung werden die Noten der betreffenden Fächer aus dem Zeugnis über die Zuerkennung der allgemeinen Hochschulreife oder dem Zeugnis über die Zuerkennung der Fachhochschulreife als Zeugnisnoten in das Abschlusszeugnis übernommen und entsprechend gekennzeichnet.

#### § 43

##### **Festsetzung des Prüfungsergebnisses und Abschlusszeugnis**

(1) Die Zeugnisnoten legt der Prüfungsausschuss fest. Sie sind eine pädagogisch-fachliche Bewertung der in der Abschlussprüfung erbrachten Leistung des Prüflings. Der Prüfungsausschuss entscheidet über das Bestehen der Abschlussprüfung.

- (2) Die Schulfremdenprüfung ist bestanden, wenn
1. in den Komplexprüfungen und den Prüfungslernfeldern gemäß § 42 Absatz 2 keine schlechtere Zeugnisnote als „ausreichend“ erteilt wurde und
  2. in den nicht von Nummer 1 umfassten Lernfeldern keinmal die Zeugnisnote „ungenügend“ und höchstens einmal die Zeugnisnote „mangelhaft“ erteilt wurde und diese Zeugnisnote durch eine andere Zeugnisnote, die nicht schlechter als „befriedigend“ sein darf, ausgeglichen werden kann.

Ein Notenausgleich mit Zeugnisnoten, die nachrichtlich auf dem Abschlusszeugnis ausgewiesen werden, ist nicht möglich.

#### § 44

##### **Teilwiederholung, Wiederholung und Bestehen der Schulfremdenprüfung**

(1) Wer bei der Festsetzung der Zeugnisnoten die Note „ungenügend“ oder zweimal die Note „mangelhaft“ und im Übrigen keine schlechtere Zeugnisnote als „ausreichend“ erhalten hat, kann jeweils die schlechter als „ausreichend“ bewertete Prüfung innerhalb eines Monats nach Unterrichtsbeginn des folgenden Schuljahres wiederholen.

(2) Die Schulfremdenprüfung kann einmal wiederholt werden, wenn die Wiederholungsprüfung nach Absatz 1 nicht beantragt oder diese ohne Erfolg abgeschlossen wurde.

(3) Wer die Schulfremdenprüfung in demselben Bildungsgang zweimal nicht bestanden hat, hat diese endgültig nicht bestanden.

#### Unterabschnitt 2

##### **Besondere Vorschriften für Fernlehrgangsteilnehmende**

#### § 45

##### **Leistungsnachweise und -bewertung, Notenbildung**

(1) Die Vornote ist eine Gesamtnote. Sie wird aus den Noten gebildet, die nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 für jedes Lernfeld vom Prüfungsausschuss festgesetzt worden sind. In die Vornote fließen die Noten ein, die von Lehrkräften öffentlicher Fachschulen oder als Fachschule anerkannt

ter Ersatzschulen erteilt wurden. Bei der Bildung der Vornote für die Komplexprüfung findet § 27 Absatz 3 entsprechende Anwendung.

(2) Die Art, die Gesamtzahl und die Gewichtung der in die Vornote einfließenden Leistungsnachweise werden in der Lehrgangsplanung im Einvernehmen mit der Zentralstelle für Fernunterricht festgelegt und zu Beginn des Fernlehrgangs den Fernlehrgangsteilnehmenden bekanntgegeben. Leistungsnachweise sind Leistungskontrollen, Fallaufgaben, schriftliche Tests, praktische Übungen, Klausuren und mündliche Leistungen.

(3) Die Benotung von Leistungsnachweisen, die die Fernlehrgangsteilnehmenden während des begleitenden Unterrichts erbringen, erfolgt jeweils von der diesen Unterricht begleitenden Fachlehrkraft der Fachschule.

(4) Schriftliche Leistungsnachweise, die außerhalb des begleitenden Unterrichts erbracht werden und deren Ergebnisse in die Vornote einfließen, werden von einer Fachlehrkraft der Fachschule, an welcher der begleitende Unterricht erteilt wurde, im Benehmen mit der jeweils zuständigen Lehrkraft des Fernlehrgangs bewertet.

#### § 46

##### **Befreiung von einzelnen Lernfeldern in der Abschlussprüfung**

(1) Die Schulaufsichtsbehörde befreit einen Fernlehrgangsteilnehmenden auf Antrag in einem oder in mehreren Lernfeldern von der Prüfung, wenn

1. das Lernfeld nicht Gegenstand der Schulfremdenprüfung gemäß § 42 Absatz 2 ist,
2. das Lernfeld des Fernlehrgangs dem Lernfeld des Bildungsgangs inhaltlich entspricht,
3. bei der Bildung der Vornoten des Fernlehrgangs keinmal die Note „ungenügend“ und höchstens einmal die Note „mangelhaft“ erteilt wurde und
4. die Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme am Fernlehrgang weniger als ein Jahr seit dem Antrag auf Zulassung zur Abschlussprüfung zurückliegt.

(2) Es sollen insgesamt nicht weniger als sechs Prüfungen absolviert werden. Im Fall der Wiederholung der Abschlussprüfung bleibt Absatz 1 Nummer 4 unberührt. Eine Befreiung vom Lernfeld „Facharbeit erstellen“ ist nicht möglich.

(3) Sind insgesamt mehr als sechs Prüfungen zu absolvieren, findet auf die Prüfungen in den weiteren Lernfeldern der Stundentafel § 42 Absatz 3 entsprechende Anwendung.

#### § 47

##### **Festsetzung der Zeugnisnote, Bestehen der Abschlussprüfung und Wiederholung der Schulfremdenprüfung**

(1) In den Prüfungslernfeldern ist die Zeugnisnote das arithmetische Mittel aus der Vornote gemäß § 45 Absatz 1 und der Prüfungsnote. Wurde die Prüfung als Komplexprüfung durchgeführt, ist die Zeugnisnote das arithmetische Mittel aus der Vornote und der Prüfungsnote für die Komplexprüfung. Ist die erste Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Prüfungsnote die bessere Note ist.

(2) In den Lernfeldern, die nicht Gegenstand der Abschlussprüfung waren, ist die Vornote gemäß § 45 Absatz 1 die Zeugnisnote.

- (3) Die Schulfremdenprüfung ist bestanden, wenn
1. in den Komplexprüfungen und in den Prüfungslernfeldern, die gemäß Teil 2 Abschnitt 1 bis 5 Gegenstand der Schulfremdenprüfung sind, keine schlechtere Zeugnisnote als „ausreichend“ erteilt wurde und
  2. in den nicht von Nummer 1 umfassten Lernfeldern keinmal die Zeugnisnote „ungenügend“ und höchstens einmal die Zeugnisnote „mangelhaft“ erteilt wurde und diese Zeugnisnote durch eine andere Zeugnisnote, die nicht schlechter als „befriedigend“ sein darf, ausgeglichen werden kann.

Ein Notenausgleich mit Zeugnisnoten, die nachrichtlich auf dem Abschlusszeugnis ausgewiesen werden, ist nicht möglich.

#### Abschnitt 7

##### **Halbjahresinformationen, Zeugnisse und Bildungsabschlüsse**

#### § 48

##### **Halbjahresinformationen, Zeugnisse und Bescheinigungen**

(1) Die Schule erteilt Halbjahresinformationen, Jahreszeugnisse, Halbjahreszeugnisse, Abschlusszeugnisse, Abgangszeugnisse und Bescheinigungen nach den von der obersten Schulaufsichtsbehörde durch Verwaltungsvorschrift vorgegebenen Mustern.

(2) Halbjahresinformationen sind Mitteilungen über den jeweils erreichten Entwicklungs- und Leistungsstand am Ende des ersten Schulhalbjahres. Sie enthalten auf der Grundlage der in diesem Schulhalbjahr erbrachten Leistungsnachweise eine Note für jedes unterrichtete Lernfeld und werden am letzten Unterrichtstag des Schulhalbjahres ausgegeben. Bei Teilzeitausbildung verschiebt sich der maßgebende Zeitpunkt entsprechend.

(3) Jahreszeugnisse sind staatliche Urkunden, die der Schülerin oder dem Schüler den erreichten Entwicklungs- und Leistungsstand am Ende einer Klassenstufe bescheinigen. Sie enthalten auf der Grundlage der erbrachten Leistungsnachweise Jahresnoten für jedes in diesem Schuljahr unterrichtete Lernfeld und werden in der Regel am letzten Unterrichtstag der Klassenstufe ausgegeben. Im Fachbereich Sozialwesen enthalten die Jahreszeugnisse zusätzlich jeweils die Jahresnote für das Arbeitsfeld der berufspraktischen Ausbildung. Wird ein Abschluss- oder Abgangszeugnis erteilt, entfällt das Jahreszeugnis.

(4) Halbjahreszeugnisse werden im letzten Jahr der Ausbildung anstelle der Halbjahresinformationen erteilt. Sie enthalten auf der Grundlage der in der bisherigen Ausbildung erbrachten Leistungsnachweise eine Gesamtnote für jedes Lernfeld.

(5) Abschlusszeugnisse sind staatliche Urkunden für Schülerinnen und Schüler sowie Teilnehmende an der Schulfremdenprüfung, die den erfolgreichen Abschluss des Bildungsgangs bestätigen. Sie enthalten die Zeugnisnoten, das Gesamtergebnis der Ausbildung, die Angabe des Schwerpunktes der Ausbildung und die Berechtigung zum Führen der jeweiligen Berufsbezeichnung. Die Vornoten der Lernfelder, die Gegenstand der Komplexprüfung waren, werden ebenso wie das Thema der Facharbeit und die Note für

die Facharbeit nachrichtlich im Abschlusszeugnis ausgewiesen. In das Abschlusszeugnis wird zusätzlich aufgenommen:

1. die Zuerkennung der Fachhochschulreife nebst Durchschnittsnote nach erfolgreicher Prüfungsteilnahme oder,
2. wenn die Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife nicht bestanden wurde, ein Hinweis über das Nichtbestehen dieser Prüfung und auf Antrag des Prüflings eine Bescheinigung über die dort erbrachten Prüfungsleistungen.

Die Durchschnittsnote auf dem Abschlusszeugnis ist das arithmetische Mittel aller Zeugnisnoten. Sie wird mit einer Stelle nach dem Komma ohne Rundung gebildet.

(6) Abgangszeugnisse sind staatliche Urkunden für Schülerinnen und Schüler, die ohne Ausbildungsabschluss aus der Schule ausscheiden und das Schulverhältnis beenden. Sie enthalten die Zeugnisnoten, das Gesamtergebnis der schulischen Ausbildung und auf der Grundlage sämtlicher Leistungsnachweise eine Darstellung des bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens erreichten Leistungsstandes. Zur Abschlussprüfung zugelassene Schülerinnen und Schüler erhalten auf Antrag den Hinweis im Abgangszeugnis, dass das Schulverhältnis nach der Zulassung endete. Absatz 5 Satz 3 gilt entsprechend.

(7) Hat ein Prüfling die Schulfremdenprüfung nicht bestanden, wird anstelle des Abschlusszeugnisses eine Bescheinigung über die in der Abschlussprüfung erbrachten Leistungen erteilt. Die Bescheinigung enthält die Zeugnisnoten und die Feststellung, dass die Abschlussprüfung nicht bestanden wurde. Ein Abschlusszeugnis wird nicht erteilt.

#### § 49

##### **Mittlerer Schulabschluss**

(1) Der mittlere Schulabschluss wird Schülerinnen und Schülern, die noch keinen Realschulabschluss erworben haben, mit der Versetzung in die zweite Klassenstufe zuerkannt. Im Jahreszeugnis der ersten Klassenstufe wird vermerkt, dass ein Bildungsstand erreicht wurde, der dem Realschulabschluss entspricht.

(2) Teilnehmenden an der Schulfremdenprüfung wird der Realschulabschluss mit der erfolgreich abgeschlossenen Schulfremdenprüfung zuerkannt. An die Stelle des Jahreszeugnisses tritt das Abschlusszeugnis.

#### § 50

##### **Anerkennung von Befähigungsnachweisen und Berufsqualifikationen**

(1) Für die Feststellung der Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Befähigungsnachweisen und Berufsqualifikationen findet für die Bildungsgänge nach dieser Schulordnung das Sächsische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz vom 17. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 874), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. September 2020 (SächsGVBl. S. 522) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, Anwendung.

(2) Zuständige Stelle ist für die in Teil 2 Abschnitt 1 bis 4 geregelten Bildungsgänge die Schulaufsichtsbehörde und für die in Teil 2 Abschnitt 5 geregelten Bildungsgänge das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft.

(3) Für die Anerkennung der nach den Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossenen Ausbildungen in den Erzieherberufen gemäß Artikel 37

des Einigungsvertrages ist die Schulaufsichtsbehörde zuständig.

#### Teil 2

##### **Besondere Vorschriften**

#### Abschnitt 1

##### **Fachbereich Gestaltung**

#### § 51

##### **Fachrichtung**

Im Fachbereich Gestaltung wird die Fachrichtung Kommunikationsdesign geführt.

#### § 52

##### **Dauer der Ausbildung und Anrechnung einer berufsbezogenen Vorbildung**

Die Ausbildung dauert in Vollzeitform zwei Jahre. Wurde bereits eine Ausbildung in der Fachrichtung Produktdesign oder in den Fachrichtungen Bekleidungs- oder Textiltechnik des Fachbereichs Technik erfolgreich abgeschlossen, ist diese Ausbildung auf Antrag der Schülerin oder des Schülers im Umfang ihrer fachlichen Gleichwertigkeit bis zu einer Klassenstufe anzurechnen. Die Entscheidung trifft die Schulaufsichtsbehörde.

#### § 53

##### **Schriftliche Prüfung**

Die Prüfung wird als Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten durchgeführt und umfasst Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Unternehmen gründen und Geschäftsprozesse steuern“, dem Lernfeld 6 „Mitarbeiter führen und Teams managen“, dem Lernfeld 7 „Kunden gewinnen und Vertragsverhandlungen führen“ sowie dem Lernfeld 8 „Projekte kundenorientiert managen“.

#### § 54

##### **Praktische Prüfung**

(1) Die praktische Prüfung wird als Komplexprüfung durchgeführt. Gegenstand der praktischen Prüfung sind Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Gestaltungslösungen entwickeln“, dem Lernfeld 2 „Printprodukte entwerfen, gestalten und umsetzen“, dem Lernfeld 3 „Non-Printprodukte entwerfen, gestalten und umsetzen“ sowie dem Lernfeld 4 „Marketingkonzepte erstellen und Werbestrategien entwickeln“.

(2) Die praktische Prüfung erstreckt sich über zwei Schultage. Am ersten Prüfungstag sind die Aufgaben innerhalb einer Bearbeitungsdauer von 480 Minuten zu bearbeiten. Am zweiten Prüfungstag sind die Arbeitsergebnisse des ersten Prüfungstages innerhalb von 60 Minuten vom Prüfling zu präsentieren.

#### § 55

##### **Schulfremdenprüfung**

Die Schulfremdenprüfung umfasst die Prüfungen gemäß den §§ 53 und 54 sowie eine weitere Prüfung im Fach Englisch. Die Prüfung im Fach Englisch besteht aus einem schriftlichen Prüfungsteil mit einer Bearbeitungsdauer von 90 Minuten und einem mündlichen Prüfungsteil von 20 Minuten. Die Prüfungsnote im Fach Englisch ist das arithmetische

Mittel aus der Note für den schriftlichen und der Note für den mündlichen Prüfungsteil. Ist die erste Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Note für den schriftlichen Prüfungsteil die bessere Note ist.

## **§ 56 Berufsbezeichnung**

Die erfolgreich bestandene Abschlussprüfung berechtigt zum Führen der Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfte Gestalterin für Kommunikationsdesign (Bachelor Professional in Gestaltung)“ oder „Staatlich geprüfter Gestalter für Kommunikationsdesign (Bachelor Professional in Gestaltung)“.

## **Abschnitt 2 Fachbereich Sozialwesen**

### **Unterabschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen**

## **§ 57 Fachrichtungen**

(1) Der Fachbereich Sozialwesen kann geführt werden in den Fachrichtungen

1. Heilerziehungspflege und
2. Sozialpädagogik.

(2) Die Ausbildung im Fachbereich Sozialwesen gliedert sich in einen schulischen und einen berufspraktischen Teil.

## **§ 58 Berufspraktische Ausbildung**

(1) Die berufspraktische Ausbildung dient der fachgerechten Einarbeitung in die selbständige Tätigkeit. Erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten werden angewendet und vertieft. Die berufspraktische Ausbildung umfasst insgesamt drei Blockpraktika in Arbeitsfeldern nach Maßgabe der jeweiligen Stundentafel.

(2) Die berufspraktische Ausbildung gilt als vollständig abgeleistet, wenn nicht mehr als 10 Prozent von der in der Stundentafel ausgewiesenen Mindeststundenzahl aus krankheitsbedingten Gründen oder aus anderen, von der Schülerin oder dem Schüler nicht zu vertretenden Gründen versäumt wurden.

(3) Während der ersten Woche der berufspraktischen Ausbildung hat die Praxiseinrichtung der Schule einen auf jede Schülerin und jeden Schüler abgestimmten Ausbildungsplan vorzulegen. Der Ausbildungsplan soll folgende Ausbildungsschwerpunkte vorsehen:

1. Vertiefung und Erweiterung der fachlichen, personellen und sozialen Kompetenz,
2. Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten in der praktischen Erziehungs-, Bildungs-, Betreuungs-, Förderungs- oder Pflegearbeit und
3. Einführung in die Verwaltungsarbeit.

(4) Die Schülerin oder der Schüler wird während der berufspraktischen Ausbildung von einer Fachkraft der Praxiseinrichtung angeleitet und ausgebildet. Die Fachkraft muss über eine mehrjährige einschlägige Berufserfahrung und über Kompetenzen zur Praxisanleitung verfügen. Diese ist in der Regel durch eine entsprechend fachbezogene Fortbildung

gemäß der VwV Praxisanleiterfortbildung vom 12. Mai 2017 (MBI. SMK S. 154), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 3. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 211), in der jeweils geltenden Fassung, im Umfang von mindestens 80 Stunden Dauer nachzuweisen.

(5) Während der berufspraktischen Ausbildung wird die Schülerin oder der Schüler zusätzlich von einer Lehrkraft fachlich begleitet. Die fachliche Begleitung umfasst die Bewertung der Tätigkeit der Schülerin oder des Schülers in der Praxiseinrichtung. Dabei nimmt die Lehrkraft Einsicht in die von der Schülerin oder dem Schüler erstellten Vor- und Nachbereitungsunterlagen und Dokumentationen und führt gemeinsam mit der Schülerin oder dem Schüler sowie der anleitenden Fachkraft der Praxiseinrichtung reflektierende und beratende Gespräche.

(6) Wird die Ausbildung in Teilzeitform durchgeführt, setzt dies ein im Arbeitsumfang entsprechend reduziertes Beschäftigungsverhältnis mit dem Träger einer Praxiseinrichtung voraus. Die Praxiseinrichtung muss personell die Voraussetzungen für die Durchführung der berufspraktischen Ausbildung erfüllen. Der Nachweis über das Beschäftigungsverhältnis ist dem Aufnahmeantrag ergänzend zu den Unterlagen gemäß § 7 Absatz 1 Satz 3 beizufügen.

## **§ 59 Praxiseinrichtung**

Die berufspraktische Ausbildung ist an einer geeigneten Praxiseinrichtung durchzuführen. Die Schülerin oder der Schüler wählt die Praxiseinrichtung aus und zeigt sie der Schule an. Ist die Praxiseinrichtung für die Ausbildung nicht geeignet, hat die Schule der Anzeige innerhalb von drei Wochen zu widersprechen und die Schülerin oder den Schüler aufzufordern, eine erneute Auswahl zu treffen. Eine Praxiseinrichtung ist insbesondere dann nicht geeignet, wenn die dort tätigen Fachkräfte nicht über die erforderlichen Kompetenzen gemäß § 58 Absatz 4 Satz 2 und 3 verfügen.

## **§ 60 Leistungsnachweise und Beurteilungen**

(1) In der berufspraktischen Ausbildung hat die Schülerin oder der Schüler als Leistungsnachweise eine schriftliche Situationsanalyse und eine schriftliche Reflexion anzufertigen. Wurde die Ausbildung gemäß § 73 Absatz 3 verkürzt, werden die Leistungsnachweise gemäß Satz 1 durch einen Erfahrungsbericht ersetzt.

(2) Die Schülerin oder der Schüler wird für jedes Blockpraktikum, das sich zeitlich zusammenhängend über mehrere Wochen erstreckt, von der Fachkraft der Praxiseinrichtung schriftlich beurteilt. Auf der Grundlage dieser Beurteilung und der eigenen Bewertung erteilt die fachlich begleitende Lehrkraft im Benehmen mit der Fachkraft der Praxiseinrichtung für jedes Blockpraktikum eine Jahresnote.

## **§ 61 Vornote für die berufspraktische Ausbildung**

Die Vornote für die berufspraktische Ausbildung wird aus den Noten der Leistungsnachweise gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 und den Jahresnoten gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 gebildet, wobei die Jahresnoten zweifach gewichtet werden. War ein Erfahrungsbericht anzufertigen, wird die Vornote aus der Note für den Erfahrungsbericht und den



zweifach gewichteten Jahresnoten für die Blockpraktika gebildet.

## § 62

### **Zulassung zum berufspraktischen Teil der Abschlussprüfung**

(1) Abweichend von § 28 Absatz 1 Satz 2 erfolgt die Zulassung zum berufspraktischen Teil der Abschlussprüfung, wenn

1. die Note gemäß § 60 Absatz 2 für das im letzten Ausbildungsjahr absolvierte Blockpraktikum nicht schlechter als „ausreichend“ ist und
2. nachweislich mindestens 80 Prozent der in der Stundentafel ausgewiesenen Stundenzahl für die berufspraktische Ausbildung absolviert wurde.

Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 40 Absatz 2 Nummer 2 und 3 werden zugelassen, wenn sie nachweisen, dass sie eine Ausbildung absolviert haben, die den Anforderungen gemäß § 58 entspricht und diese Ausbildung nicht länger als drei Jahre seit dem Antrag auf Zulassung zur Schulfremdenprüfung zurückliegt.

(2) Liegen die Zulassungsvoraussetzungen gemäß Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, ist das Blockpraktikum in diesem Arbeitsfeld zu wiederholen, bevor über die Zulassung erneut entschieden werden kann.

(3) Im Fall der Nichtzulassung gemäß Absatz 1 Satz 1 verlängert sich das Ausbildungsverhältnis entsprechend.

(4) Wer nach der Wiederholung des Blockpraktikums erneut nicht zugelassen wird, hat die Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden.

## § 63

### **Berufspraktische Prüfung und Wiederholung**

(1) Die berufspraktische Prüfung umfasst eine berufspraktische Aufgabe einschließlich deren schriftlicher Vorbereitung und ein Fachgespräch.

(2) Gegenstand der berufspraktischen Aufgabe ist ein Arbeitsfeld, in dem der Prüfling während der berufspraktischen Ausbildung eingesetzt war. Die Bearbeitung der berufspraktischen Aufgabe soll an der Praxiseinrichtung erfolgen.

(3) Schwerpunkt des Fachgesprächs sind didaktisch-methodische Inhalte aus dem Arbeitsfeld gemäß Absatz 2.

(4) Die berufspraktische Prüfung dauert insgesamt 180 Minuten. Davon entfallen in der Regel 30 Minuten auf das Fachgespräch. Der Zeitplan für die Durchführung der berufspraktischen Aufgabe wird vom Prüfungsausschuss im Benehmen mit der Praxiseinrichtung festgelegt und dem Prüfling mindestens fünf Werktage vor Beginn der berufspraktischen Prüfung vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses schriftlich bekannt gegeben. Die Lehrkraft, welche die Schülerin oder den Schüler während der berufspraktischen Ausbildung fachlich begleitet hat, muss Mitglied des Fachausschusses für die berufspraktische Prüfung sein.

(5) Die Prüfungsnote für die berufspraktische Prüfung wird aus der Note für die berufspraktische Aufgabe und der Note für das Fachgespräch gebildet. Dabei wird die Note für die berufspraktische Aufgabe zweifach gewichtet.

(6) Die berufspraktische Prüfung ist bestanden, wenn keine schlechtere Prüfungsnote als „ausreichend“ erzielt wurde.

(7) Für die Wiederholung der berufspraktischen Prüfung gilt § 38 entsprechend mit der Maßgabe, dass die berufspraktische Prüfung insoweit einem Prüfungslernfeld gleichgesetzt wird.

## Unterabschnitt 2

### **Fachrichtung Heilerziehungspflege**

## § 64

### **Dauer und Gliederung der Ausbildung**

Die Ausbildung dauert in Vollzeitform drei Jahre. Die berufspraktische Ausbildung findet in den heilerziehungspflegerischen Arbeitsfeldern nach Maßgabe der Stundentafel statt.

## § 65

### **Anrechnung berufsbezogener Vorbildung**

(1) Verfügt die Schülerin oder der Schüler bereits über einen Abschluss in einer anderen Fachrichtung des Fachbereichs Sozialwesen oder über einen Hochschulabschluss, der in einem dem Fachbereich Sozialwesen zuzuordnenden Studiengang erworben wurde, ist auf Antrag der Schülerin oder des Schülers diese Ausbildung im Umfang ihrer fachlichen Gleichwertigkeit bis zu zwei Klassenstufen anzurechnen.

(2) Teile einer Hochschulausbildung in einem dem Fachbereich Sozialwesen zuzuordnenden Studiengang sind auf Antrag der Schülerin oder des Schülers im Umfang ihrer fachlichen Gleichwertigkeit bis maximal 1 200 Unterrichtsstunden anzurechnen. Die Anrechnung darf die Durchführung der Ausbildung und das Erreichen des Ausbildungszieles nicht gefährden.

(3) Die Entscheidung trifft jeweils die Schulaufsichtsbehörde.

## § 66

### **Aufnahmevoraussetzungen**

- (1) Aufnahmevoraussetzungen sind
  1. der Realschulabschluss oder ein gleichwertiger Bildungsabschluss und
    - a) der erfolgreiche Abschluss einer für den Bildungsgang einschlägigen, nach Bundes- oder Landesrecht anerkannten Berufsausbildung,
    - b) der erfolgreiche Abschluss einer nach Bundes- oder Landesrecht anerkannten Berufsausbildung von mindestens zweijähriger Dauer und zusätzlich der Nachweis über eine einschlägige sozialpädagogische, heilerziehungspflegerische oder pflegerische Tätigkeit in einem Arbeitsfeld der Heilerziehungspflege im Umfang von mindestens sechs Wochen oder
    - c) eine einschlägige Berufstätigkeit von mindestens sieben Jahren in Vollzeitbeschäftigung,
  2. der erfolgreiche Abschluss der Fachoberschule in der Fachrichtung Gesundheit und Soziales oder
  3. der erfolgreiche Abschluss der Fachoberschule in einer von Nummer 2 abweichenden Fachrichtung oder die allgemeine Hochschulreife und zusätzlich jeweils der Nachweis über eine einschlägige sozialpädagogische,

heilerziehungspflegerische oder pflegerische Tätigkeit in einem Arbeitsfeld des Fachbereichs Heilerziehungspflege im Umfang von mindestens sechs Wochen.

(2) Ergänzend zu Absatz 1 ist die gesundheitliche Eignung durch ein ärztliches Attest, das bei Antragstellung nicht älter als einen Monat sein darf, nachzuweisen.

(3) Freiwilligendienste werden auf Tätigkeiten gemäß Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 3 angerechnet, wenn diese für die Arbeit in der Heilerziehungspflege einschlägig waren.

(4) Abweichend von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a und b ist der erfolgreiche Abschluss einer für den Bildungsgang einschlägigen Berufsausbildung der Deutschen Demokratischen Republik von mindestens eineinhalbjähriger Dauer ausreichend, wenn die Ausbildung den Abschluss der Klasse 10 der Zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule voraussetzte.

### **§ 67 Schriftliche Prüfung**

Die Prüfung wird als Komplexprüfung mit Aufgaben aus den folgenden Lernfeldern durchgeführt:

1. die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Beziehungen gestalten und Gruppenprozesse begleiten“ sowie dem Lernfeld 3 „Menschen mit Behinderung oder Behinderungen individuell begleiten und pflegen“ und
2. die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 4 „Die Lebenswelt mit Menschen mit Behinderung oder Behinderungen strukturieren und gestalten“ sowie dem Lernfeld 6 „Heilerziehungspflegerische Prozesse planen, durchführen, dokumentieren und evaluieren“.

### **§ 68 Berufspraktische Prüfung**

Gegenstand der berufspraktischen Prüfung ist die Planung, Gestaltung und Reflexion eines Tagesablaufes für Menschen mit Behinderung oder Behinderungen einschließlich der aus dem individuellen Förderbedarf abgeleiteten Ziele und Maßnahmen.

### **§ 69 Schuldfremdenprüfung**

(1) Die Schuldfremdenprüfung wird gemäß den §§ 67 und 68 durchgeführt.

(2) Ergänzend zu Absatz 1 ist im Fach Deutsch eine schriftliche Prüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 60 Minuten verpflichtend.

### **§ 70 Berufsbezeichnung**

Die erfolgreich bestandene Abschlussprüfung berechtigt zum Führen der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerin (Bachelor Professional in Sozialwesen)“ oder „Staatlich anerkannter Heilerziehungspfleger (Bachelor Professional in Sozialwesen)“.

## **Unterabschnitt 3 Fachrichtung Sozialpädagogik**

### **§ 71 Dauer und Gliederung der Ausbildung**

Die Ausbildung dauert in Vollzeitform drei Jahre. Die berufspraktische Ausbildung findet in den sozialpädagogischen Arbeitsfeldern nach Maßgabe der Stundentafel statt.

### **§ 72 Anrechnung berufsbezogener Vorbildung**

(1) § 65 gilt entsprechend.

(2) Für Bewerberinnen und Bewerber mit dem Abschluss „Staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerin“ oder „Staatlich anerkannter Heilerziehungspfleger“ verkürzt sich die Ausbildung auf ein Jahr und wird berufsbegleitend angeboten. Satz 1 gilt entsprechend für Bewerberinnen und Bewerber mit einem Abschluss gemäß § 70, wenn die Berufsbezeichnung durch den Fortbildungsabschluss „Bachelor Professional“ ergänzt wird.

### **§ 73 Aufnahmevoraussetzungen**

- (1) Aufnahmevoraussetzungen sind
1. der Realschulabschluss oder ein gleichwertiger Bildungsabschluss und
    - a) der erfolgreiche Abschluss einer für den Bildungsgang einschlägigen, nach Bundes- oder Landesrecht anerkannten Berufsausbildung von mindestens zweijähriger Dauer,
    - b) der erfolgreiche Abschluss einer nach Bundes- oder Landesrecht anerkannten Berufsausbildung von mindestens zweijähriger Dauer und zusätzlich eine einschlägige sozialpädagogische Tätigkeit von mindestens sechs Wochen oder
    - c) eine einschlägige Berufstätigkeit von mindestens sieben Jahren in Vollzeitbeschäftigung oder
  2. der erfolgreiche Abschluss der Fachoberschule in der Fachrichtung Gesundheit und Soziales oder
  3. der erfolgreiche Abschluss der Fachoberschule in einer von Nummer 2 abweichenden Fachrichtung oder die allgemeine Hochschulreife und zusätzlich eine einschlägige sozialpädagogische Tätigkeit von mindestens sechs Wochen.

(2) Ergänzend zu Absatz 1 ist die gesundheitliche Eignung durch ein ärztliches Attest, das bei Antragstellung nicht älter als einen Monat sein darf, nachzuweisen.

(3) Freiwilligendienste werden auf Tätigkeiten gemäß Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 3 angerechnet, wenn diese für die Arbeit in der Sozialpädagogik einschlägig waren.

(4) Abweichend von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a und b ist der erfolgreiche Abschluss einer für den Bildungsgang einschlägigen Berufsausbildung der Deutschen Demokratischen Republik von mindestens eineinhalbjähriger Dauer ausreichend, wenn die Ausbildung den Abschluss der Klasse 10 der Zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule voraussetzte.

(5) Bewerberinnen und Bewerber, bei denen die Ausbildung gemäß § 72 Absatz 3 verkürzt wird, haben ergänzend zu Absatz 1 dem Aufnahmeantrag einen Nachweis über eine

mindestens einjährige heilerziehungspflegerische oder sozialpädagogische Tätigkeit beizufügen. Wurde diese Tätigkeit in Teilzeitform ausgeübt, verlängert sich die Dauer entsprechend.

#### § 74 Schriftliche Prüfung

Die Prüfung wird als Komplexprüfung mit Aufgaben aus folgenden Lernfeldern durchgeführt:

1. die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Pädagogische Beziehungen gestalten und Gruppenprozesse begleiten“ sowie dem Lernfeld 4 „Bildungs- und Entwicklungsprozesse anregen und unterstützen“ und
2. die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen analysieren, strukturieren und mitgestalten“ sowie dem Lernfeld 6 „Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bei der Bewältigung besonderer Lebenssituationen unterstützen“.

#### § 75 Berufspraktische Prüfung

Gegenstand der berufspraktischen Prüfung ist die Planung, Gestaltung und Reflexion eines Tagesablaufes von Kindern, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen.

#### § 76 Schulfremdenprüfung

(1) Die Schulfremdenprüfung wird gemäß den §§ 74 und 75 durchgeführt.

(2) Ergänzend zu Absatz 1 findet eine schriftliche Prüfung im Fach Deutsch mit einer Bearbeitungsdauer von 60 Minuten statt.

#### § 77 Berufsbezeichnung

Die erfolgreich bestandene Abschlussprüfung berechtigt zum Führen der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannte Erzieherin (Bachelor Professional in Sozialwesen)“ oder „Staatlich anerkannter Erzieher (Bachelor Professional in Sozialwesen)“.

#### Abschnitt 3 Fachbereich Technik

#### § 78 Fachrichtungen und Schwerpunkte

Der Fachbereich Technik kann in den folgenden Fachrichtungen geführt werden:

1. Bautechnik in den Schwerpunkten
  - a) Bausanierung,
  - b) Hochbau und
  - c) Tiefbau,
2. Bekleidungstechnik,
3. Bergbautechnik,
4. Bohrtechnik,
5. Chemietechnik in den Schwerpunkten
  - a) Biotechnologie sowie

- b) Labortechnik und Umweltanalytik,
6. Elektrotechnik in den Schwerpunkten
  - a) Energie- und Automatisierungstechnik,
  - b) Kommunikationselektronik und Datenverarbeitungstechnik sowie
  - c) Projektierung und Systemmanagement,
7. Fahrzeugtechnik,
8. Farb- und Lacktechnik,
9. Feinwerktechnik,
10. Geologietechnik,
11. Gießereitechnik,
12. Holztechnik,
13. Informatik in den Schwerpunkten
  - a) Datenbanktechnologie,
  - b) Netzwerktechnologie und
  - c) Softwaretechnologie,
14. Kälte- und Klimasystemtechnik,
15. Kunststofftechnik,
16. Lebensmitteltechnik,
17. Maschinentechnik,
18. Mechatronik,
19. Medizintechnik,
20. Metallbautechnik,
21. Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie
22. Textiltechnik.

#### § 79 Dauer der Ausbildung und Anrechnung einer berufsbezogenen Vorbildung

Die Ausbildung dauert in Vollzeitform zwei Jahre. Wurde bereits eine Ausbildung im Fachbereich Technik in einer anderen Fachrichtung oder in derselben Fachrichtung und in einem anderen Schwerpunkt erfolgreich abgeschlossen, ist diese Ausbildung auf Antrag der Schülerin oder des Schülers im Umfang ihrer fachlichen Gleichwertigkeit auf die Dauer der Ausbildung anzurechnen:

1. bis zu einer Klassenstufe bei einer Ausbildung in einer anderen Fachrichtung und
2. bis zu eineinhalb Klassenstufen bei einer Ausbildung in derselben Fachrichtung, aber in einem anderen Schwerpunkt.

Die Entscheidung trifft jeweils die Schulaufsichtsbehörde.

#### § 80 Schriftliche Prüfung

(1) Die Prüfung in den einzelnen Fachrichtungen wird als Komplexprüfungen und als lernfeldbezogene Prüfung mit Aufgaben aus folgenden Lernfeldern durchgeführt:

1. Bautechnik mit dem
  - a) Schwerpunkt Bausanierung, welcher umfasst
    - aa) Aufgaben aus dem Lernfeld 12 „Unternehmen gründen und führen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
    - bb) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Baustatische Zusammenhänge analysieren und bewerten“ sowie dem Lernfeld 8a „Sanierungsbauteile aus Stahl, Holz und Mauerwerk statisch bemessen und nachweisen“,
    - cc) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 7a „Sanierung von Bauteilen und Bauwerken des Hochbaus planen“ sowie dem Lernfeld 11 „Baubetriebliche Prozesse planen, bewerten und optimieren“ und

- dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 9a „Bauteile aus Beton sanieren, bemessen und konstruieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
  - b) dem Schwerpunkt Hochbau, welcher umfasst
    - aa) Aufgaben aus dem Lernfeld 12 „Unternehmen gründen und führen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
    - bb) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Baustatische Zusammenhänge analysieren und bewerten“ sowie dem Lernfeld 8b „Bauteile und Bauwerke des Hochbaus statisch bemessen und nachweisen“,
    - cc) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 7b „Bauteile und Bauwerke des Hochbaus planen“, sowie dem Lernfeld 11 „Baubetriebliche Prozesse planen, bewerten und optimieren“ und
    - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 9b „Bauteile aus Beton bemessen und konstruieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
  - c) dem Schwerpunkt Tiefbau, welcher umfasst
    - aa) Aufgaben aus dem Lernfeld 12 „Unternehmen gründen und führen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
    - bb) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Baustatische Zusammenhänge analysieren und bewerten“ sowie dem Lernfeld 8c „Bauteile und Bauwerke des Tief- und Verkehrswegebau statisch bemessen und nachweisen“,
    - cc) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 7c „Bauteile und Bauwerke des Tief- und Verkehrswegebau planen“ sowie dem Lernfeld 11 „Baubetriebliche Prozesse planen, bewerten und optimieren und
    - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 9c „Bauteile des Tief- und Verkehrswegebau aus Beton bemessen und konstruieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
2. Bekleidungstechnik, welche umfasst
- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Qualitätsmanagement planen und realisieren“, dem Lernfeld 2 „Mitarbeiter führen und Teams managen“, dem Lernfeld 3 „Unternehmen führen und Geschäftsprozesse steuern“ sowie dem Lernfeld 4 „Marktorientiert handeln und kundenorientiert kommunizieren“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 300 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Modelle planen und entwickeln“, dem Lernfeld 9 „Schnitte entwickeln, modifizieren und optimieren“ sowie dem Lernfeld 10 „Produktionsprozesse planen und gestalten“ und
  - c) Aufgaben aus dem Lernfeld 11 „Konfektionsprojekte planen, realisieren und dokumentieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
3. Bergbautechnik, welche umfasst
- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 3 „Unternehmen führen und Geschäftsprozesse steuern“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Mechanische Bauelemente und Baugruppen beurteilen und dimensionieren“ sowie dem Lernfeld 15 „Bergbautechnische Maschinen und Anlagen analysieren und einsetzen“,
- c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Einrichtungen zur Bewetterung und Wasserhaltung konzipieren, betreiben und überwachen“, dem Lernfeld 16 „Rohstoffe gewinnen, laden und fördern“ sowie dem Lernfeld 18 „Tief- und Tagebaue herstellen und unterhalten“ und
  - d) Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Umwelt- und bergrechtliche Vorgaben umsetzen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten,
4. Bohrtechnik, welche umfasst
- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 3 „Unternehmen führen und Geschäftsprozesse steuern“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 14 „Bohrlöcher herstellen und ausbauen“ sowie dem Lernfeld 16 „Bohrspülungen und Zementsuspensionen herstellen, analysieren und einsetzen“,
  - c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Mechanische Bauelemente und Baugruppen beurteilen und dimensionieren“ sowie dem Lernfeld 15 „Bohrtechnische Maschinen und Anlagen analysieren und einsetzen“ und
  - d) Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Umwelt- und bergrechtliche Vorgaben umsetzen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten,
5. Chemietechnik mit dem
- a) Schwerpunkt Biotechnologie, welcher umfasst
    - aa) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 9 „Unternehmen gründen und Geschäftsprozesse planen und steuern“,
    - bb) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 300 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 11a „Zellkulturtechnische Arbeiten durchführen“, dem Lernfeld 13a „Mikrobiologische Arbeitsmethoden zur Produktion von Biomasse anwenden“ sowie dem Lernfeld 15a „Biotechnologische Apparaturen projektieren und überwachen“,
    - cc) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 60 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Qualitätsmanagementsysteme umsetzen“ sowie dem Lernfeld 17a „Spezielle Anwendungsprojekte managen und realisieren“ und
    - dd) die vierte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 90 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 14a „Gentechnische Arbeitsmethoden auswählen und anwenden“ sowie dem Lernfeld 16a „Biologische Daten mit Methoden der Bioinformatik auswerten“,
  - b) dem Schwerpunkt Labortechnik und Umweltanalytik, welcher umfasst
    - aa) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 9 „Unternehmen gründen und Geschäftsprozesse planen und steuern“,
    - bb) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 300 Minuten und Aufgaben

- aus dem Lernfeld 4 „Stoffe und Stoffgemische analysieren und beurteilen“, dem Lernfeld 6 „Umweltmedien mit physikalisch-chemischen Methoden analysieren“ sowie dem Lernfeld 11b „Komplexe chemisch-technische Systeme über den Labormaßstab optimieren“,
- cc) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Qualitätsmanagementsysteme umsetzen“ sowie dem Lernfeld 15b „Spezielle Anwendungsprojekte managen und realisieren“ und
- dd) die vierte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Biotechnologische Methoden für die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft auswählen“, dem Lernfeld 12b „Ressourcen nachhaltig nutzen“ sowie dem Lernfeld 13b „Entsorgungsverfahren optimieren“,
6. Elektrotechnik mit dem
- a) Schwerpunkt Energie- und Automatisierungstechnik, welcher umfasst
- aa) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 11 „Unternehmen gründen und führen“ sowie dem Lernfeld 12 „Personal planen und führen“,
- bb) Aufgaben aus dem Lernfeld 6a „Erzeugeranlagen, Versorgungsnetze und Verteilungsanlagen konzipieren und instand halten“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- cc) Aufgaben aus dem Lernfeld 7a „Elektrische Maschinen und Antriebe sowie deren Ansteuerung dimensionieren und bewerten“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und
- dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 8a „Steuerungs- und regelungstechnische Systeme analysieren, programmieren und testen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten,
- b) dem Schwerpunkt Kommunikationselektronik und Datenverarbeitungstechnik, welcher umfasst
- aa) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 11 „Unternehmen gründen und führen“ sowie dem Lernfeld 12 „Personal planen und führen“,
- bb) Aufgaben aus dem Lernfeld 6b „Elektrische und elektronische Baugruppen und Geräte analysieren, auswählen und konfigurieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- cc) Aufgaben aus dem Lernfeld 7b „Komponenten von Kommunikationssystemen analysieren, planen, bereitstellen und betreiben“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und
- dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 9b „Industrielle IT-Systeme hardwareseitig konfigurieren und implementieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
- c) dem Schwerpunkt Projektierung und Systemmanagement, welcher umfasst
- aa) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 11 „Unternehmen gründen und führen“ sowie dem Lernfeld 12 „Personal planen und führen“,
- bb) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8c „Produktionsprozesse planen“ sowie dem Lernfeld 9c „Produktionsprozesse überwachen und sichern“,
- cc) Aufgaben aus dem Lernfeld 6c „Elektronische Systeme kundengerecht projektieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und
- dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 7c „Fertigungs- und Prüfsysteme prozessgerecht projektieren und einrichten“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
7. Fahrzeugtechnik, welche umfasst
- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Geschäftsprozesse steuern“ und dem Lernfeld 5 „Betrieblichen Leistungsprozess gestalten“,
- b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Funktionen elektrischer, elektronischer, pneumatischer und hydraulischer Baugruppen erfassen, vergleichen und optimieren“ sowie dem Lernfeld 7 „Instandhaltungsprozesse gestalten und überwachen“,
- c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Diagnosevorgänge konzipieren und Diagnosedaten auswerten“ sowie dem Lernfeld 9 „Fahrzeugkomponenten nach Beanspruchung und Qualitätsstandards auslegen“ und
- d) die vierte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Montage mechanischer Baugruppen analysieren und bewerten“, dem Lernfeld 6 „Fahrzeugkomponenten und -baugruppen herstellen“ sowie dem Lernfeld 10 „Mechatronische Systeme entwickeln“,
8. Farb- und Lacktechnik, welche umfasst
- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Betriebsabläufe gestalten und Kundenaufträge realisieren“ sowie dem Lernfeld 9 „Betriebswirtschaftliche Prozesse planen und steuern“,
- b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 4 „Lebensräume gestalten“ sowie dem Lernfeld 5 „Gestaltende Techniken analysieren, auswählen und anwenden“,
- c) Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Untergründe vorbereiten und beschichten“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und
- d) Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Beschichtungssstoffe analysieren, bewerten, prüfen und optimieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
9. Feinwerktechnik, welche umfasst
- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Mitarbeiter auswählen und führen“ und dem Lernfeld 8 „Unternehmen gründen und Geschäftsprozesse steuern“,
- b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 4 „Mechanische Bauteile dimensionieren“ sowie dem Lernfeld 10 „Bauteile und Baugruppen der Feinwerktechnik auswählen und dimensionieren“,
- c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Werk- und Betriebsstoffe für den Fertigungsprozess planen und einsetzen“ sowie dem Lernfeld 13 „Instandhaltung von feinwerktechnischen Maschinen und Systemen organisieren“ und
- d) Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Fertigungsabläufe planen, überwachen und optimieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten.

10. Geologietechnik, welche umfasst
  - a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 3 „Unternehmen führen und Geschäftsprozesse steuern“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 14 „Lagerstätten erkunden“ sowie dem Lernfeld 15 „Altlasten erkunden und Umweltprojekte bearbeiten“,
  - c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 11 „Ingenieurgeologische Untersuchungen planen und durchführen“ sowie dem Lernfeld 12 „Grundwasser erkunden, untersuchen und geochemisch analysieren“ und
  - d) Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Umwelt- und bergrechtliche Vorgaben umsetzen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten,
11. Gießereitechnik, welche umfasst
  - a) Aufgaben aus dem Lernfeld 12 „Betriebswirtschaftliche Prozesse planen, steuern und reflektieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
  - b) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Kräfte in Formen auf ihre Wirkung analysieren“ sowie dem Lernfeld 3 „Werk- und Hilfsstoffe analysieren, herstellen und prüfen“,
  - c) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Gussstücke in verlorenen Formen herstellen“ sowie dem Lernfeld 7 „Gussstücke in Dauerformen herstellen“ und
  - d) Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Urformwerkzeuge planen und deren Herstellung beauftragen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten,
12. Holztechnik, welche umfasst
  - a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Unternehmen gründen und Geschäftsprozesse steuern“ sowie dem Lernfeld 8 „Betriebswirtschaftliche Prozesse planen und steuern“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Einsatz der Fertigungstechnik planen“ sowie dem Lernfeld 7 „Fertigungsprozesse planen, umsetzen und optimieren“,
  - c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Möbel planen und fertigen“, dem Lernfeld 11 „Fenster und Türen planen, fertigen und montieren“ sowie dem Lernfeld 12 „Treppen und Elemente des Innenausbaus planen und abrechnen“ und
  - d) Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Bauteile und Produkte rechnergestützt konstruieren, darstellen und fertigen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
13. Informatik mit dem
  - a) Schwerpunkt Datenbanktechnologie, welcher umfasst
    - aa) Aufgaben aus dem Lernfeld 4 „Geschäfts- und Unternehmensprozesse analysieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
    - bb) Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Mitarbeiterführung und Personalmanagement“ mit einer Bearbeitungsdauer von 90 Minuten,
    - cc) Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Datenbanken planen und bereitstellen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und
  - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Datenbankanwendungen entwickeln und anpassen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
  - b) dem Schwerpunkt Netzwerktechnologie, welcher umfasst
    - aa) Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Geschäfts- und Unternehmensprozesse analysieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
    - bb) Aufgaben aus dem Lernfeld 9 „Mitarbeiterführung und Personalmanagement“ mit einer Bearbeitungsdauer von 90 Minuten,
    - cc) Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Netzwerkdienste planen, bereitstellen und betreiben“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und
    - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Netzwerkkomponenten und -strukturen planen, bereitstellen und betreiben“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
  - c) dem Schwerpunkt Softwaretechnologie, welcher umfasst
    - aa) Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Geschäfts- und Unternehmensprozesse analysieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
    - bb) Aufgaben aus dem Lernfeld 9 „Mitarbeiterführung und Personalmanagement“ mit einer Bearbeitungsdauer von 90 Minuten,
    - cc) Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Applikationen entwickeln“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und
    - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Applikationen anpassen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
14. Kälte- und Klimasystemtechnik, welche umfasst
  - a) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Kundenaufträge planen, bearbeiten und kontrollieren“ sowie dem Lernfeld 9 „Unternehmen führen und Personal managen“,
  - b) Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Raumlufth Technische Anlagen planen und optimieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
  - c) Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Kältetechnische Systeme planen und optimieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und
  - d) Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Kälte- und klimatische Systeme projektieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
15. Kunststofftechnik, welche umfasst
  - a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Betriebswirtschaftliche Prozesse planen, steuern und kontrollieren“ sowie dem Lernfeld 11 „Unternehmen gründen und führen“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Produktionsprozesse und Instandhaltung organisieren und optimieren“, dem Lernfeld 12 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 13 „Qualitäts- und Projektmanagement planen und realisieren“,
  - c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 4 „Bauteile konstruieren und dokumentieren“ sowie dem Lernfeld 6 „Systeme und Baugruppen entwickeln, bewerten und dokumentieren“ und
  - d) die vierte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Elektrische Systeme analysieren und einsetzen“ sowie dem Lernfeld 7 „Fertigungsverfahren zur Kunststoffverarbeitung beurteilen und einsetzen“,

## 16. Lebensmitteltechnik, welche umfasst

- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 8 „Unternehmen gründen und führen“,
- b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Mikrobiologische Kontrollen durchführen“ sowie dem Lernfeld 12 „Lebensmittel mit chemisch-physikalischen Methoden untersuchen und bewerten“,
- c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 13 „Maschinen und Anlagen für die Lebensmittelherstellung auswählen und betreiben“ sowie dem Lernfeld 14 „Steuerungs- und Regelungstechnik in lebensmitteltechnischen Systemen analysieren und optimieren“ und
- d) Aufgaben aus dem Lernfeld 15 „Technologische Abläufe der Lebensmittelherstellung planen, überwachen und optimieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,

## 17. Maschinentechnik, welche umfasst

- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Betriebswirtschaftliche Prozesse planen, steuern und kontrollieren“ sowie dem Lernfeld 11 „Unternehmen gründen und führen“,
- b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Produktionsanlagen analysieren und Fertigungsprozesse auswählen“ sowie dem Lernfeld 13 „Qualitäts- und Projektmanagement durchführen“,
- c) Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Technische Systeme automatisieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und
- d) Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Bauteile, Baugruppen und Systeme entwerfen, dimensionieren und auswählen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,

## 18. Mechatronik, welche umfasst

- a) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 12 „Unternehmen gründen und führen“ sowie dem Lernfeld 13 „Personal führen“,
- b) Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Mechatronische Systeme instand halten“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- c) Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Mechatronische Teilsysteme programmieren und testen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und
- d) Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Elektrische und mechanische Größen erfassen und analysieren“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,

## 19. Medizintechnik, welche umfasst

- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 8 „Unternehmen gründen und Geschäftsprozesse steuern“,
- b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Medizintechnische Geräte und Systeme verkaufen und betreiben“ sowie dem Lernfeld 7 „Bildgebende medizintechnische Geräte und Systeme in Betrieb nehmen und betreiben“,
- c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Medizinische Geräte sicherheits- und

messtechnisch kontrollieren“ sowie dem Lernfeld 13 „Medizinische Versorgungsanlagen überwachen“ und

- d) die vierte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 9 „In der medizinischen Fachsprache berufsbezogen kommunizieren“ sowie dem Lernfeld 15 „Hygienische Maßnahmen im Umgang mit Medizinprodukten umsetzen“,

## 20. Metallbautechnik, welche umfasst

- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 11 „Unternehmen gründen und Geschäftsprozesse steuern“, dem Lernfeld 17 „Mitarbeiter auswählen und führen“ sowie dem Lernfeld 18 „Berufsbezogene Projekte managen“,
- b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Metallfassaden dimensionieren und deren Fertigung und Montage planen“ sowie dem Lernfeld 15 „Montageabläufe für Stahl- und Metallbauten planen“,
- c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Bautechnische Systeme analysieren und dimensionieren“ sowie dem Lernfeld 9 „Metallbauelemente dimensionieren“ und
- d) die vierte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Massiv- und Holzbaukonstruktionen analysieren und entwickeln“ sowie dem Lernfeld 12 „Bauwerke einmessen und aufmessen“,

## 21. Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, welche umfasst

- a) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Rechtliche Aspekte der Unternehmensführung analysieren und gestalten“ sowie dem Lernfeld 6 „Betriebliche Prozesse prüfen, bewerten und beeinflussen“,
- b) Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Raumlufttechnische Anlagen auswählen, planen, bemessen und instand halten“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- c) Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Heizungstechnische Anlagen auswählen, planen, bemessen und instand halten“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und
- d) Aufgaben aus dem Lernfeld 9 „Sanitärtechnische Anlagen auswählen, planen, bemessen und instand halten“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,

## 22. Textiltechnik, welche umfasst

- a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Qualitätsmanagement planen und realisieren“, dem Lernfeld 2 „Mitarbeiter führen und Teams managen“, dem Lernfeld 3 „Unternehmen führen und Geschäftsprozesse steuern“ sowie dem Lernfeld 4 „Marktorientiert handeln und kundenorientiert kommunizieren“,
- b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 300 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Fertigungstechnologien der Garnherstellung beurteilen und einsetzen“, dem Lernfeld 9 „Fertigungstechnologien der Gestrickherstellung beurteilen und einsetzen“, dem Lernfeld 10 „Fertigungstechnologien der Gewebeerstellung beurteilen und einsetzen“, dem Lernfeld 11 „Fertigungstechnologien der Vliesstoffherstellung beurteilen und einsetzen“ sowie dem Lernfeld 12 „Fertigungs-

technologien der Näh- und Kettengewirkeherstellung beurteilen und einsetzen“ und

- c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Faserstoffe analysieren und auswählen“, dem Lernfeld 13 „Fertigungstechnologien der Stickerei beurteilen und einsetzen“ sowie dem Lernfeld 14 „Veredlungsverfahren beurteilen und einsetzen“.

(2) Die Auswahl der Prüfungsaufgaben in den Fachrichtungen Bergbautechnik, Bohrtechnik und Geologietechnik soll im Benehmen mit dem Sächsischen Oberbergamt erfolgen.

### § 81

#### Schulfremdenprüfung

(1) Die Schulfremdenprüfung wird gemäß § 80 durchgeführt.

(2) Ergänzend zu Absatz 1 findet im Fach Englisch eine weitere Prüfung statt. Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen Prüfungsteil mit einer Bearbeitungsdauer von 90 Minuten und einem mündlichen Prüfungsteil von 20 Minuten. Die Prüfungsnote ist das arithmetische Mittel aus der Note für den schriftlichen und der Note für den mündlichen Prüfungsteil. Ist die erste Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Note für den schriftlichen Prüfungsteil die bessere Note ist.

### § 82

#### Berufsbezeichnung

Die erfolgreich bestandene Abschlussprüfung berechtigt entsprechend der Fachrichtung zum Führen der Berufsbezeichnung

1. „Staatlich geprüfte Technikerin für Bautechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Bautechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
2. „Staatlich geprüfte Technikerin für Bekleidungstechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Bekleidungstechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
3. „Staatlich geprüfte Technikerin für Bergbautechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Bergbautechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
4. „Staatlich geprüfte Technikerin für Bohrtechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Bohrtechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
5. „Staatlich geprüfte Technikerin für Chemietechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Chemietechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
6. „Staatlich geprüfte Technikerin für Elektrotechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Elektrotechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
7. „Staatlich geprüfte Technikerin für Fahrzeugtechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Fahrzeugtechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
8. „Staatlich geprüfte Technikerin für Farb- und Lacktechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Farb- oder Lacktechnik (Bachelor Professional in Technik)“,

9. „Staatlich geprüfte Technikerin für Feinwerktechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker in Feinwerktechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
10. „Staatlich geprüfte Technikerin für Geologietechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Geologietechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
11. „Staatlich geprüfte Technikerin für Gießereitechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Gießereitechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
12. „Staatlich geprüfte Technikerin für Holztechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Holztechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
13. „Staatlich geprüfte Technikerin für Informatik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Informatik (Bachelor Professional in Technik)“,
14. „Staatlich geprüfte Technikerin für Kälte- und Klimatechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Kälte- und Klimatechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
15. „Staatlich geprüfte Technikerin für Kunststofftechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Kunststofftechnik“, (Bachelor Professional in Technik)
16. „Staatlich geprüfte Technikerin für Lebensmitteltechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Lebensmitteltechnik“ (Bachelor Professional in Technik),
17. „Staatlich geprüfte Technikerin für Maschinentechnik (Bachelor Professional für Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Maschinentechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
18. „Staatlich geprüfte Technikerin für Mechatronik (Bachelor Professional für Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Mechatronik (Bachelor Professional in Technik)“,
19. „Staatlich geprüfte Technikerin für Medizintechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Medizintechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
20. „Staatlich geprüfte Technikerin für Metallbautechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Metallbautechnik (Bachelor Professional in Technik)“,
21. „Staatlich geprüfte Technikerin für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder
22. „Staatlich geprüfte Technikerin für Textiltechnik (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Textiltechnik (Bachelor Professional in Technik)“.

### Abschnitt 4

#### Fachbereich Wirtschaft

### § 83

#### Fachrichtungen

Der Fachbereich Wirtschaft kann geführt werden in den Fachrichtungen

1. Betriebswirtschaft und
2. Hotel- und Gaststättengewerbe.



**§ 84****Dauer der Ausbildung  
und Anrechnung beruflicher Vorbildung**

Die Ausbildung dauert in Vollzeitform zwei Jahre. Wurde bereits eine andere Ausbildung in einer anderen Fachrichtung des Fachbereichs Wirtschaft erfolgreich abgeschlossen, ist diese Ausbildung auf Antrag der Schülerin oder des Schülers im Umfang ihrer fachlichen Gleichwertigkeit auf die erste Klassenstufe anzurechnen. Die Entscheidung trifft die Schulaufsichtsbehörde.

**§ 85****Schriftliche Prüfung**

Die Prüfung in den einzelnen Fachrichtungen wird als Komplexprüfungen und als lernfeldbezogene Prüfung mit Aufgaben aus den folgenden Lernfeldern durchgeführt:

1. Betriebswirtschaft, welche umfasst
  - a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Marketingentscheidungen kundenorientiert vorbereiten, umsetzen und reflektieren“, dem Lernfeld 6 „Beschaffungs- und Bereitstellungsprozesse gestalten“ sowie dem Lernfeld 7 „Leistungserstellung planen, steuern und kontrollieren“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 2 „Werteflüsse analysieren, kontrollieren und steuern“ sowie dem Lernfeld 8 „Den Jahresabschluss erstellen und als Controllinginstrument nutzen“ und
  - c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Ein Unternehmen gründen und führen“, dem Lernfeld 3 „Personalwirtschaftliche Prozesse gestalten“ sowie dem Lernfeld 4 „Finanzierungsentscheidungen treffen und Investitionen vorbereiten“,
2. Hotel- und Gaststättengewerbe, welche umfasst
  - a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Betriebswirtschaftliche Kennziffern aufbereiten und nutzen“, dem Lernfeld 2 „Betriebliche Beschaffungsprozesse realisieren“ und dem Lernfeld 3 „Gastgewerbliche Leistungen kalkulieren“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Gastgewerbliche Leistungen vermarkten“ sowie dem Lernfeld 6 „Touristische Leistungen gestalten und kommunizieren“,
  - c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 4 „Technologische Prozesse im Gastgewerbe gestalten“, dem Lernfeld 8 „Maßnahmen des Qualitätsmanagements umsetzen“ sowie dem Lernfeld 12 „Veranstaltungen organisieren, vermarkten und durchführen“ und
  - d) die vierte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Ein gastgewerbliches Unternehmen gründen“, dem Lernfeld 10 „Ein gastgewerbliches Unternehmen führen“ und dem Lernfeld 11 „Personaleinsatz im Unternehmen organisieren“.

**§ 86****Praktische Prüfung  
in der Fachrichtung Hotel- und Gaststättengewerbe**

(1) Die praktische Prüfung wird als Komplexprüfung durchgeführt. Gegenstand der praktischen Prüfung in der Fachrichtung Hotel- und Gaststättengewerbe ist eine fachrichtungsbezogene Prüfung in Französisch zu Inhalten des Lernfeldes 4 „Technologische Prozesse im Gastgewerbe gestalten“ und des Lernfeldes 6 „Touristische Leistungen gestalten und kommunizieren“.

(2) Die praktische Prüfung wird in der Regel mit zwei und in Ausnahmefällen mit maximal drei Prüflingen durchgeführt. Sie dauert insgesamt 90 Minuten, wobei 60 Minuten für die Bearbeitung der Aufgabenstellung und 30 Minuten für die Präsentation des Ergebnisses und das Fachgespräch zur Verfügung stehen. Nehmen drei Prüflinge an der praktischen Prüfung teil, verlängert sich die Prüfungszeit für die Präsentation und das Fachgespräch um insgesamt 10 Minuten. Die Leistung jedes Prüflings ist einzeln auszuweisen und zu bewerten.

**§ 87****Schulfremdenprüfung**

Die Schulfremdenprüfung umfasst

1. in der Fachrichtung Betriebswirtschaft die Prüfung gemäß § 85 Nummer 1 und
2. in der Fachrichtung Hotel- und Gaststättengewerbe die Prüfungen gemäß den §§ 85 Nummer 2 und 86.

Es findet darüber hinaus in beiden Fachrichtungen eine weitere Prüfung im Fach Englisch statt. Diese besteht aus einem schriftlichen Prüfungsteil mit einer Bearbeitungsdauer von 90 Minuten und einem mündlichen Prüfungsteil von 20 Minuten. Die Prüfungsnote im Fach Englisch ist das arithmetische Mittel aus der Note für den schriftlichen und der Note für den mündlichen Prüfungsteil. Ist die erste Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Note für den schriftlichen Prüfungsteil die bessere Note ist.

**§ 88****Berufsbezeichnung**

(1) Die erfolgreich bestandene Abschlussprüfung berechtigt entsprechend der Fachrichtung zum Führen der Berufsbezeichnung

1. „Staatlich geprüfte Betriebswirtin für Betriebswirtschaft (Bachelor Professional in Wirtschaft)“ oder „Staatlich geprüfter Betriebswirt für Betriebswirtschaft (Bachelor Professional in Wirtschaft)“ oder
2. „Staatlich geprüfte Betriebswirtin für Hotel- und Gaststättengewerbe (Bachelor Professional in Wirtschaft)“ oder „Staatlich geprüfter Betriebswirt für Hotel- und Gaststättengewerbe (Bachelor Professional in Wirtschaft)“.

## Abschnitt 5 Landwirtschaftliche Fachschulen

### Unterabschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

#### § 89 Aufnahmevoraussetzungen

- Aufnahmevoraussetzungen sind
1. der erfolgreiche Abschluss einer einschlägigen Berufsausbildung nach Bundes- oder Landesrecht und, soweit während der Berufsausbildung die Pflicht zum Besuch der Berufsschule bestand, der erfolgreiche Abschluss der Berufsschule oder
  2. im Ausnahmefall der erfolgreiche Abschluss der Berufsschule oder ein gleichwertiger Bildungsstand und eine einschlägige Berufstätigkeit von mindestens fünf Jahren, auf die ein für die Ausbildung in der Fachrichtung einschlägiger Besuch der Berufsfachschule angerechnet werden kann.

#### § 90 Gelenktes Praktikum

(1) Ziel des gelenkten Praktikums ist die Vertiefung und Erweiterung fachlicher, personeller und sozialer Kompetenzen sowie der Erwerb von einschlägigen berufspraktischen Erfahrungen.

(2) Das gelenkte Praktikum dauert ein Jahr. Die tarifliche Regelarbeitszeit ist einzuhalten. Das gelenkte Praktikum gilt als vollständig abgeleistet, wenn nicht mehr als 20 Praktikumstage aus krankheitsbedingten Gründen oder aus anderen Gründen, die die Schülerin oder der Schüler nicht zu vertreten hat, versäumt wurden. Zeiten, die auf Grund von Krankheit oder anderen, nicht zu vertretenden Gründen versäumt wurden, können auch nach dem erfolgreichen Abschluss der schulischen Ausbildung absolviert werden. § 35 Absatz 3 Nummer 2 gilt entsprechend.

(3) Das gelenkte Praktikum soll in den für den einschlägigen Beruf anerkannten Ausbildungsbetrieben absolviert werden. Es ist ein Praktikumsvertrag zu schließen. Dieser ist von der Schule zu genehmigen.

(4) Die Schule berät bei der Wahl der Praktikumsstelle. Die Schülerin oder der Schüler wählt eine Praktikumsstelle aus und zeigt sie der Schule an. Die Schule hat innerhalb von drei Wochen nach der Anzeige der Auswahl zu widersprechen und die Schülerin oder den Schüler zur erneuten Auswahl aufzufordern, wenn die Praktikumsstelle nicht geeignet ist.

(5) Während des gelenkten Praktikums findet an 15 von der Schule festzulegenden Tagen fachtheoretischer Unterricht statt. Für jeden dieser Tage ist ein schriftlicher Bericht anzufertigen.

(6) Im Rahmen des gelenkten Praktikums sind

1. eine Projektarbeit,
2. eine Erfassung und Aufbereitung betriebswirtschaftlicher Daten sowie
3. eine Analyse und Bewertung eines betrieblichen Teilbereichs im Produktionsablauf zu erstellen und der Schule vorzulegen.

## Unterabschnitt 2 Zweijährige Fachschule

### § 91 Fachbereiche und Fachrichtungen

Die zweijährige landwirtschaftliche Fachschule kann im Fachbereich Agrarwirtschaft in den folgenden Fachrichtungen geführt werden:

1. Gartenbau,
2. Garten- und Landschaftsbau,
3. Hauswirtschaft und
4. Landwirtschaft.

### § 92 Aufnahmeverfahren und Dauer der Ausbildung

(1) Die Ausbildung dauert in Vollzeitform zwei Jahre. Die Ausbildung gliedert sich in ein gelenktes Praktikum und eine berufstheoretische Ausbildung. Eine vor Beginn der Fachschule absolvierte einschlägige Berufstätigkeit gemäß § 89 Nummer 2 in Vollzeitform von mindestens einem Jahr ist auf Antrag auf das Praktikum anzurechnen. Im Fall der Anrechnung findet § 90 Absatz 5 und 6 keine Anwendung. Für die Zeit der Anrechnung ruht das Schulverhältnis.

(2) Ergänzend zu § 7 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 ist, wenn kein Fall des Absatzes 1 Satz 3 gegeben ist, dem Aufnahmeantrag der Ausbildungsvertrag beizufügen.

### § 93 Schriftliche Prüfung

Die Prüfung in den einzelnen Fachrichtungen wird unter Berücksichtigung der im berufstheoretischen Unterricht und im Praktikum vermittelten Kompetenzen als Komplexprüfung und lernfeldbezogene Prüfungsaufgabe aus folgenden Lernfeldern durchgeführt:

1. Gartenbau, welcher umfasst
  - a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Unternehmen gründen, übernehmen, führen und beurteilen“ sowie dem Lernfeld 4 „Unternehmerische Prozesse organisieren, beeinflussen und steuern“,
  - b) Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Produkte und Dienstleistungen kalkulieren, präsentieren und vermarkten, Verträge abschließen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
  - c) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Produktionsabläufe vorbereiten und unter pflanzenbaulichen Aspekten gestalten“ sowie
    - aa) den Lernfeldern des Zierpflanzenbaus 8 „Topfpflanzen produzieren, vermarkten und verwenden“ und 9 „Schnittblumen produzieren, vermarkten und verwenden“,
    - bb) den Lernfeldern des Gemüsebaus 8 „Gemüse im Gewächshaus produzieren und vermarkten“ und 9 „Gemüse im Freiland produzieren und vermarkten“,
    - cc) den Lernfeldern der Baumschule 8 „Gehölze im Boden produzieren und vermarkten“ und 9 „Gehölze in Töpfen und Containern produzieren und vermarkten“,
    - dd) den Lernfeldern des Obstbaus 8 „Beeren- und Steinobst produzieren und vermarkten“ und 9 „Kernobst produzieren und vermarkten“ oder

- ee) den Lernfeldern der Friedhofsgärtnerei 8 „Friedhofsgärtnerische Produktions- und Arbeitsabläufe planen und organisieren“ und 9 „Friedhofsgärtnerische Dienstleistungen planen und durchführen“ und
- d) Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- 2. Garten- und Landschaftsbau, welcher umfasst
  - a) Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Unternehmen gründen, übernehmen, führen und beurteilen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten,
  - b) Aufgaben aus dem Lernfeld 4 „Betriebliche Leistungen kalkulieren, bewerten und vermarkten, Verträge abschließen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
  - c) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Bauprojekte organisieren und leiten“, dem Lernfeld 6 „Bautechnische Anlagen errichten und erhalten“, dem Lernfeld 7 „Rahmenbedingungen einschätzen und Pflanzen auswählen“ sowie dem Lernfeld 8 „Vegetationstechnische Anlagen herstellen und pflegen“ und
  - d) Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- 3. Hauswirtschaft, welche umfasst
  - a) Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Hauswirtschaftliche Unternehmen gründen und führen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten,
  - b) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Wohn- und Funktionsbereiche gestalten, reinigen und pflegen“ sowie dem Lernfeld 4 „Personengruppen verpflegen“ und
  - c) Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- 4. Landwirtschaft, welche umfasst
  - a) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Unternehmen gründen und führen“ sowie dem Lernfeld 2 „Rahmenbedingungen analysieren und in die Unternehmensführung integrieren“,
  - b) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Landwirtschaftliche Flächen umweltschonend und nachhaltig bewirtschaften“ sowie dem Lernfeld 4 „Marktfürchte und nachwachsende Rohstoffe wirtschaftlich erzeugen“,
  - c) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Grundfutter qualitätsgerecht produzieren“, dem Lernfeld 6 „Schweine tier- und marktgerecht erzeugen“ sowie dem Lernfeld 7 „Milch und Rindfleisch wirtschaftlich produzieren“ und
  - d) Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten.

#### § 94

##### Praktische Prüfung

(1) Gegenstand der Prüfung sind in den einzelnen Fachrichtungen unter Berücksichtigung der im berufstheoretischen Unterricht und im Praktikum vermittelten Kompetenzen:

1. eine Aufgabe mit Inhalten aus dem Lernfeld „Berufsnachwuchs ausbilden“; die Prüfung dauert in der Regel

- gel 60 Minuten für die Durchführung einer von dem Prüfling in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss auszuwählenden Ausbildungssituation und 30 Minuten für ein Fachgespräch, in dem die Auswahl und Gestaltung der Ausbildungssituation zu begründen sind, und
2. eine Aufgabe mit Inhalten aus dem Lernfeld „Mitarbeiter einstellen und führen“; die Prüfung dauert in der Regel 120 Minuten für die schriftliche Darlegung, in der eine vom Prüfungsausschuss vorgegebene Situation der Mitarbeiterführung analysiert und Handlungsoptionen entwickelt werden, und 20 Minuten für das darauf aufbauende Fachgespräch.

(2) Ergänzend zu Absatz 1 ist in der Fachrichtung Hauswirtschaft Gegenstand der Prüfung eine Aufgabe aus dem Lernfeld 4 „Personengruppen verpflegen“. Die Prüfung dauert in der Regel 120 Minuten für die schriftliche Planung und 180 Minuten für die praktische Durchführung.

#### § 95

##### Schulfremdenprüfung

(1) Die Schulfremdenprüfung wird gemäß den §§ 93 und 94 durchgeführt.

(2) In den weiteren Lernfeldern der Studentafel, mit Ausnahme des Wahlbereichs, finden schriftliche Prüfungen von jeweils 60 bis 120 Minuten statt. Die Schulaufsichtsbehörde kann für einzelne Lernfelder anordnen, dass anstelle einer schriftlichen eine mündliche Prüfung durchgeführt wird.

#### § 96

##### Berufsbezeichnung

Die erfolgreich bestandene Abschlussprüfung berechtigt entsprechend der Fachrichtung zum Führen der Berufsbezeichnung

1. „Staatlich geprüfte Wirtschafterin für Gartenbau“ oder „Staatlich geprüfter Wirtschafter für Gartenbau“,
2. „Staatlich geprüfte Wirtschafterin für Garten- und Landschaftsbau“ oder „Staatlich geprüfter Wirtschafter für Garten- und Landschaftsbau“,
3. „Staatlich geprüfte Wirtschafterin für Hauswirtschaft“ oder „Staatlich geprüfter Wirtschafter für Hauswirtschaft“ oder
4. „Staatlich geprüfte Wirtschafterin für Landwirtschaft“ oder „Staatlich geprüfter Wirtschafter für Landwirtschaft“.

#### Unterabschnitt 3

##### Dreijährige Fachschule

#### § 97

##### Fachbereiche und Fachrichtungen

Die dreijährige landwirtschaftliche Fachschule wird in den folgenden Fachbereichen und Fachrichtungen geführt:

1. Fachbereich Technik
  - a) Fachrichtung Gartenbau – Produktion und Vermarktung,
  - b) Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau,
  - c) Fachrichtung Landwirtschaft sowie
  - d) Fachrichtung Ökologischer Landbau,
2. Fachbereich Wirtschaft
  - a) Fachrichtung Hauswirtschaft und
  - b) Fachrichtung Agrarwirtschaft.

**§ 98****Dauer der Ausbildung und Aufnahmeverfahren**

(1) Die Ausbildung dauert in Vollzeitform drei Jahre. § 92 Absatz 1 Satz 2 bis 5 gilt entsprechend.

(2) Auf die Dauer der berufstheoretischen Ausbildung kann auf Antrag der Schülerin oder des Schülers eine bereits erfolgreich abgeschlossene berufstheoretische Ausbildung in einem anderen Fachbereich, einer anderen Fachrichtung oder in der zweijährigen landwirtschaftlichen Fachschule im Umfang ihrer fachlichen Gleichwertigkeit bis zu einer Klassenstufe angerechnet werden. Über die Anrechnung entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter.

(3) Auf die Dauer der Ausbildung wird ein absolviertes gelenktes Praktikum angerechnet.

(4) Ergänzend zu § 7 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 ist, wenn kein Fall des Absatzes 3 oder des § 92 Absatz 1 Satz 3 gegeben ist, dem Aufnahmeantrag der Ausbildungsvertrag beizufügen.

**§ 99****Schriftliche Prüfung**

Die Prüfung in den einzelnen Fachrichtungen wird unter Berücksichtigung der im berufstheoretischen Unterricht und im Praktikum vermittelten Kompetenzen als Komplexprüfung und lernfeldbezogene Prüfungsaufgabe aus folgenden Lernfeldern durchgeführt:

1. Fachbereich Technik mit der
    - a) Fachrichtung Gartenbau – Produktion und Vermarktung, welche umfasst
      - aa) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Unternehmen gründen, übernehmen, führen und beurteilen“ sowie dem Lernfeld 4 „Unternehmerische Prozesse organisieren, beeinflussen und steuern“,
      - bb) Aufgaben aus dem
        - aaa) Lernfeld 7 „Zierpflanzen produzieren, vermarkten und verwenden“,
        - bbb) Lernfeld 8 „Gemüse produzieren und vermarkten“,
        - ccc) Lernfeld 9 „Gehölze produzieren und vermarkten“,
        - ddd) Lernfeld 10 „Obst produzieren und vermarkten“ oder
        - eee) Lernfeld 11 „Gärtnerische Dienstleistungen planen und erbringen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
      - cc) Aufgaben aus einem weiteren, unter Doppelbuchstabe bb genannten Lernfeld mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und
      - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
    - b) Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau, welche umfasst
      - aa) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Unternehmen gründen, übernehmen, führen und beurteilen“ sowie dem Lernfeld 4 „Betriebliche Leistungen kalkulieren, bewerten und vermarkten, Verträge abschließen“,
      - bb) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Bauprojekte organisieren und
  - leiten“, dem Lernfeld 6 „Bautechnische Anlagen errichten und erhalten“ sowie dem Lernfeld 8 „Vegetationstechnische Anlagen herstellen und pflegen“,
  - cc) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Rahmenbedingungen einschätzen und Pflanzen auswählen“ sowie dem Lernfeld 9 „Entwurfs- und Ausführungspläne erstellen“ und
  - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- c) Fachrichtung Landwirtschaft, welche umfasst
  - aa) Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Unternehmen analysieren und führen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
  - bb) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 4 „Landwirtschaftliche Flächen umweltschonend und nachhaltig bewirtschaften“ sowie dem Lernfeld 5 „Marktfrüchte und nachwachsende Rohstoffe erzeugen“,
  - cc) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 6 „Grundfutter produzieren“, dem Lernfeld 7 „Schweine züchten und mästen“, dem Lernfeld 8 „Rinder züchten und Milch erzeugen“ sowie dem Lernfeld 9 „Rinder züchten und Fleisch erzeugen“ und
  - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 11 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- d) Fachrichtung Ökologischer Landbau, welche umfasst
  - aa) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Unternehmen gründen und gestalten“ sowie dem Lernfeld 2 „Unternehmen im ökologischen Landbau wirtschaftlich führen“,
  - bb) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 5 „Landwirtschaftliche Flächen nachhaltig bewirtschaften“, dem Lernfeld 6 „Fruchtfolgen im ökologischen Landbau planen und realisieren“ sowie dem Lernfeld 7 „Dauergrünland im ökologischen Landbau nutzen und pflegen“,
  - cc) die dritte Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 8 „Rinder im ökologischen Landbau halten und nutzen“, dem Lernfeld 9 „Schafe und Ziegen im ökologischen Landbau halten und nutzen“ sowie dem Lernfeld 10 „Schweine und Geflügel im ökologischen Landbau halten und nutzen“ sowie
  - dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 12 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
2. Fachbereich Wirtschaft mit der
  - a) Fachrichtung Hauswirtschaft, welche umfasst
    - aa) die erste Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Hauswirtschaftliche Unternehmen gründen und führen“ sowie dem Lernfeld 5 „Marketingentscheidungen vorbereiten, umsetzen und reflektieren“,
    - bb) die zweite Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 3 „Wohn- und Funktionsbereiche gestalten, reinigen und pflegen“, dem Lern-

- feld 4 „Personengruppen verpflegen“ sowie dem Lernfeld 2 „Alltag von Personengruppen strukturieren und gestalten“ und
- cc) Aufgaben aus dem Lernfeld 7 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten,
- b) Fachrichtung Agrarwirtschaft, welche umfasst
- aa) Komplexprüfung mit einer Bearbeitungsdauer von 240 Minuten und Aufgaben aus dem Lernfeld 1 „Unternehmen gründen, planen und führen“, dem Lernfeld 2 „Jahresabschluss erstellen, analysieren und als Controllinginstrument nutzen“, dem Lernfeld 3 „Betriebliche Steuer-tatbestände prüfen“, dem Lernfeld 4 „Unternehmen finanzieren und Investitionen planen“ sowie dem Lernfeld 6 „Rahmenbedingungen analysieren und in die Unternehmensführung integrieren“,
- bb) Aufgaben aus dem Lernfeld 9 „Flächen nachhaltig zur wirtschaftlichen Nahrungsmittel-, Futtermittel- und Rohstoffgewinnung nutzen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten,
- cc) Aufgaben aus dem Lernfeld 10 „Tierbestände wirtschaftlich, tier- und umweltgerecht führen“ mit einer Bearbeitungsdauer von 120 Minuten und
- dd) Aufgaben aus dem Lernfeld 11 „Berufsnachwuchs ausbilden“ mit einer Bearbeitungsdauer von 150 Minuten.

#### § 100

##### Praktische Prüfung

- (1) § 94 Absatz 1 gilt entsprechend.

(2) Ergänzend zu Absatz 1 ist in der Fachrichtung Hauswirtschaft Gegenstand der Prüfung eine Aufgabe aus dem Lernfeld 4 „Personengruppen verpflegen“. Die Prüfung dauert in der Regel 180 Minuten für die schriftliche Planung und 240 Minuten für die praktische Durchführung. Sie kann an zwei aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

#### § 101

##### Schulfremdenprüfung

(1) Die Schulfremdenprüfung wird gemäß den §§ 99 und 100 durchgeführt.

- (2) § 95 Absatz 2 gilt entsprechend.

#### § 102

##### Berufsbezeichnung

Die erfolgreich bestandene Abschlussprüfung berechtigt entsprechend der Fachrichtung zum Führen der Berufsbezeichnung

1. im Fachbereich Technik
  - a) „Staatlich geprüfte Technikerin für Gartenbau – Produktion und Vermarktung (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Gartenbau – Produktion und Vermarktung (Bachelor Professional in Technik)“,
  - b) „Staatlich geprüfte Technikerin für Garten- und Landschaftsbau (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Garten- und Landschaftsbau (Bachelor Professional in Technik)“,

- c) „Staatlich geprüfte Technikerin für Landwirtschaft (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Landwirtschaft (Bachelor Professional in Technik)“ oder
  - d) „Staatlich geprüfte Technikerin für Ökologischen Landbau (Bachelor Professional in Technik)“ oder „Staatlich geprüfter Techniker für Ökologischen Landbau (Bachelor Professional in Technik)“,
2. im Fachbereich Wirtschaft
    - a) „Staatlich geprüfte hauswirtschaftliche Betriebsleiterin (Bachelor Professional in Wirtschaft)“ oder „Staatlich geprüfter hauswirtschaftlicher Betriebsleiter (Bachelor Professional in Wirtschaft)“ oder
    - b) „Staatlich geprüfte Betriebswirtin für Agrarwirtschaft (Bachelor Professional in Wirtschaft)“ oder „Staatlich geprüfter Betriebswirt für Agrarwirtschaft (Bachelor Professional in Wirtschaft)“.

#### Abschnitt 6

##### Erwerb der Fachhochschulreife

#### § 103

##### Prüfungsrechtliche Regelungen

Für die Zusatzausbildung gilt Teil 1 Abschnitt 5 entsprechend, wenn in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist.

#### § 104

##### Ausbildungsziel

(1) In den Fachbereichen Gestaltung, Sozialwesen, Technik und Wirtschaft sowie in der dreijährigen landwirtschaftlichen Fachschule kann in Verbindung mit der Fachschulausbildung und der Zusatzausbildung nach Maßgabe der für den jeweiligen Bildungsgang geltenden Stundentafel die Fachhochschulreife erworben werden.

(2) Grundlagen für den Erwerb der Fachhochschulreife sind

1. die Zeugnisnote in dem in § 106 Absatz 1 genannten Fach,
2. die Zeugnisnote gemäß § 109 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und
3. in den Fachbereichen Gestaltung und Technik sowie in der dreijährigen landwirtschaftlichen Fachschule die Zeugnisnote im Fach Englisch, im Fachbereich Sozialwesen die Zeugnisnote im Fach Mathematik oder im Fachbereich Wirtschaft die Zeugnisnoten im Fach Englisch und, in Abhängigkeit vom Unterrichtsangebot der jeweiligen Fachschule, in einem naturwissenschaftlichen Fach der Stundentafel.

#### § 105

##### Zulassung zur Prüfung und Widerruf der Prüfungsteilnahme

(1) Zur Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife wird zugelassen, wer

1. über einen mittleren Schulabschluss als Aufnahmeveraussetzung für die Fachschule verfügt,
2. vor dem Erwerb des mittleren Schulabschlusses mindestens sechs Schuljahre fortlaufend im Fach Englisch unterrichtet worden ist,
3. an dem in der Stundentafel für die Zusatzausbildung zur Erlangung der Fachhochschulreife ausgewiesenen Unterricht teilgenommen und nicht mehr als 20 Prozent

dieser Zusatzausbildung unentschuldigt versäumt hat sowie

4. die Teilnahme an der Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife spätestens bis zum Ende der ersten Klassenstufe bei der Schulleiterin oder dem Schulleiter beantragt hat.

(2) Der Antrag gemäß Absatz 1 Nummer 4 kann bis zum Beginn des Schulhalbjahres, in dem die Prüfung stattfindet, schriftlich widerrufen werden. In diesem Fall werden die in der Zusatzausbildung zur Erlangung der Fachhochschulreife erbrachten Leistungsnachweise bei der Notenbildung nicht berücksichtigt.

(3) Zur Prüfung wird zugelassen, wer in dem in § 104 Absatz 2 Nummer 3 jeweils genannten Fach des Fachbereichs insgesamt sieben Leistungsnachweise, darunter mindestens vier schriftliche Leistungsnachweise erbracht und für dieses Fach keine schlechtere Vornote als „ausreichend“ erhalten hat.

(4) Mit der Nichtzulassung zur Prüfung gilt die Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife als nicht bestanden. § 110 bleibt unberührt.

#### **§ 106 Schriftliche Prüfungen**

- (1) Gegenstand der schriftlichen Prüfung sind
  1. im Fachbereich Gestaltung Aufgaben aus dem Fach Mathematik mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten,
  2. im Fachbereich Sozialwesen Aufgaben aus dem Fach Englisch mit einer Bearbeitungsdauer von 180 Minuten,
  3. im Fachbereich Technik Aufgaben aus dem Fach Mathematik mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten,
  4. im Fachbereich Wirtschaft Aufgaben aus dem Fach Mathematik mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten und
  5. in der dreijährigen landwirtschaftlichen Fachschule Aufgaben aus dem Fach Mathematik mit einer Bearbeitungsdauer von 210 Minuten.

(2) Die Aufgaben werden von der obersten Schulaufsichtsbehörde festgelegt. Die Leistungsbewertung erfolgt für jedes dieser Fächer nach dem für die Fachoberschule geltenden Bewertungsmaßstab.

#### **§ 107 Mündliche Prüfung im Fachbereich Sozialwesen**

(1) Gegenstand der mündlichen Prüfung im Fachbereich Sozialwesen sind Aufgaben aus dem Fach Englisch.

(2) Die mündliche Prüfung kann als Einzel- oder Gruppenprüfung durchgeführt werden und dauert als Einzelprüfung 20 Minuten. Wird die Prüfung als Gruppenprüfung mit bis zu drei Schülern durchgeführt, verlängert sich die Prüfungsdauer um jeweils 5 Minuten für jeden weiteren Schüler und beträgt maximal 30 Minuten. Die Entscheidung über die Durchführung als Einzel- oder Gruppenprüfung trifft der Prüfungsausschuss.

(3) Die Prüfungsaufgaben werden den Prüflingen schriftlich vorgelegt. Jeder Prüfling kann sich unter Aufsicht 20 Minuten vorbereiten. Die während der Vorbereitungszeit angefertigten Aufzeichnungen können in der mündlichen Prüfung benutzt werden.

(4) Die Prüfungsnote im Fach Englisch ist das arithmetische Mittel aus der Note für den schriftlichen und der Note für den mündlichen Prüfungsteil. Ist die erste Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Note für den schriftlichen Prüfungsteil die bessere Note ist.

#### **§ 108 Zeugnisnote im Fach Deutsch**

(1) Die Zeugnisnote im Fach Deutsch ist das arithmetische Mittel aus der Vornote für das Fach Deutsch und der Note für das Lernfeld „Facharbeit erstellen“. Ist die erste Nachkommastelle des arithmetischen Mittels mit der Ziffer 5 besetzt, wird abgerundet, wenn die Gesamtnote der Facharbeit die bessere Note ist. Die Lehrkraft, welche die Zweiterkorrektur durchführt, soll die Lehrbefähigung für das Fach Deutsch haben.

(2) Die Note für das Lernfeld „Facharbeit erstellen“ wird aus den gemäß § 13 Absatz 5 ermittelten Einzelnoten gebildet, wobei abweichend von § 13 Absatz 5 die Note für das fachliche Gespräch mit dem Bewertungsschwerpunkt mündlicher Sprachkompetenz zweifach gewichtet wird.

#### **§ 109 Bestehen der Prüfung und Zuerkennung der Fachhochschulreife**

(1) Der Prüfungsausschuss setzt die Prüfungsnoten gemäß § 34 Absatz 3 Satz 1 fest und entscheidet über das Bestehen der Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife. Die Prüfung ist bestanden, wenn

1. in dem in § 106 Absatz 1 genannten Fach und
2. im Fach Deutsch jeweils keine schlechtere Zeugnisnote als „ausreichend“ erteilt worden ist.

- (2) Die Fachhochschulreife wird zuerkannt, wenn
1. die Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife bestanden ist,
  2. in dem Fach gemäß § 104 Absatz 2 Nummer 3 keine schlechtere Zeugnisnote als „ausreichend“ erteilt wurde und
  3. der Bildungsgang an der Fachschule im Übrigen erfolgreich abgeschlossen wurde.

#### **§ 110 Nachholung und Wiederholung der Prüfung**

(1) Wer die Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife aus wichtigem Grund versäumt, kann diese am Nachprüftermin nachholen. Wird auch die Nachprüfung aus einem wichtigen Grund versäumt, ist eine Prüfungsteilnahme in der Regel innerhalb eines Monats nach Unterrichtsbeginn des folgenden Schulhalbjahres möglich.

(2) Wurde die Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife nicht bestanden, kann sie unabhängig vom Fortbestehen des Schulverhältnisses einmal wiederholt werden. Die Wiederholungsprüfung findet in der Regel innerhalb eines Monats nach Unterrichtsbeginn des folgenden Schulhalbjahres statt. Wird auch diese Prüfung nicht bestanden, ist die Prüfung endgültig nicht bestanden.

**§ 111****Prüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife  
für Schulfremde**

Eine Schulfremdenprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife wird nicht durchgeführt. Die Fachhochschulreife kann durch eine Teilnahme an der Schulfremdenprüfung nach Maßgabe der Schulordnung Fachoberschule vom 27. Februar 2017 (SächsGVBl. S. 128), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 23. April 2021 (SächsGVBl. S. 509) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erworben werden.

**Teil 3****Schlussbestimmungen****§ 112****Übergangsvorschriften**

(1) Für Schülerinnen, Schüler und Schulfremde, die vor dem 1. August 2023 eine Ausbildung an einer Fachschule oder einen Fernlehrgang begonnen haben oder zur Schulfremdenprüfung an der Fachschule zugelassen wurden, gilt die Schulordnung Fachschule in der bis zum 31. Juli 2023 geltenden Fassung bis zum Abschluss der Ausbildung fort.

(2) Genehmigungen gemäß § 4 des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft und Anerkennungen gemäß dessen § 8 gelten als erteilt und fortbestehend

1. in der Fachrichtung Bautechnik mit dem Schwerpunkt Bauerneuerung und Bausanierung für den Schwerpunkt Bausanierung,
2. in der Fachrichtung Chemietechnik
  - a) mit dem Schwerpunkt Biochemie für den Schwerpunkt Biotechnologie sowie
  - b) mit den Schwerpunkten Labortechnik, Umweltanalytik und Umweltschutz jeweils für den Schwerpunkt Labortechnik und Umweltanalytik,
3. in der Fachrichtung Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik für die Fachrichtung Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik,
4. in der Fachrichtung Kältetechnik für die Fachrichtung Kälte- und Klimasystemtechnik sowie
5. in der Fachrichtung Kraftfahrzeugtechnik für die Fachrichtung Fahrzeugtechnik.

**§ 113****Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Schulordnung Fachschule vom 3. August 2017 (SächsGVBl. S. 428), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 23. April 2021 (SächsGVBl. S. 509) geändert worden ist, außer Kraft.

Dresden, den 31. Juli 2023

Der Staatsminister für Kultus  
Christian Piwarz

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
Wolfram Günther

**Berichtigung  
der Verordnung des  
Sächsischen Staatsministeriums für Kultus  
zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften  
über die schulische Bildung und Prüfung an  
allgemeinbildenden Gymnasien**

**Vom 8. August 2023**

Artikel 1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften über die schulische Bildung und Prüfung an allgemeinbildenden Gymnasien vom 30. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 379) wird wie folgt berichtigt:

In § 62 Absatz 4 Schulordnung Gymnasien Abiturprüfung werden die Wörter „bis zu“ durch die Wörter „mehr als“ ersetzt.

Dresden, den 8. August 2023

Sächsisches Staatsministerium für Kultus  
Rothkopf  
Referatsleiter



# **Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das Inkrafttreten von Staatsverträgen**

**Vom 25. Juli 2023**

Die Sächsische Staatskanzlei gibt das Inkrafttreten des folgenden Staatsvertrages bekannt:

**Der Dritte Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) (SächsGVBl. 2023 S. 119) ist gemäß seinem Artikel 2 Absatz 2 am 1. Juli 2023 in Kraft getreten.**

Dresden, den 25. Juli 2023

Sächsische Staatskanzlei  
Bechtel  
Referatsleiterin

## **Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das Inkrafttreten von Staatsverträgen**

**Vom 28. Juli 2023**

Die Sächsische Staatskanzlei gibt das Inkrafttreten des folgenden Staatsvertrages bekannt:

**Der Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektro-**

**nischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen (eGBR-Staatsvertrag – eGBRStVtr) (SächsGVBl. 2022 S. 293) ist gemäß seinem Artikel 11 Absatz 1 Satz 2 am 1. August 2023 in Kraft getreten.**

Dresden, den 28. Juli 2023

Sächsische Staatskanzlei  
Bechtel  
Referatsleiterin

---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 485 26 0  
Telefax: 0351 485 26 61  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH, Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

18. August 2023

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 87,64 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 21,35 Euro Postversand) bzw. 61,83 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 11,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73796, PVSt +4, **Deutsche Post** 